



17. April 2014

**BARCLAYS BANK PLC**

*(errichtet mit beschränkter Haftung in England und Wales)*

---

NACHTRAG

GEMÄß § 16 ABS. 1 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ ("WPPG")

ZU DEN FOLGENDEN BASISPROSPEKTEN:

(DIE "BASISPROSPEKTE"):

RSSP BASISPROSPEKT A VOM 8. JULI 2013 IN DER DURCH VORHERGEHENDE NACHTRÄGE VOM  
23. OKTOBER 2013 UND 13. JANUAR 2014 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "RSSP BASISPROSPEKT A")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE AUTOCALL WERTPAPIERE (DIE "RSSP A WERTPAPIERE")

(DRITTER NACHTRAG)

RSSP BASISPROSPEKT B VOM 24. JULI 2013 IN DER DURCH VORHERGEHENDE NACHTRÄGE  
VOM 23. OKTOBER 2013 UND 13. JANUAR 2014 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "RSSP BASISPROSPEKT B")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE NON-LINEARE WERTPAPIERE (DIE "RSSP B WERTPAPIERE")

(DRITTER NACHTRAG)

RSSP BASISPROSPEKT C VOM 25. JULI 2013 IN DER DURCH VORHERGEHENDE NACHTRÄGE  
VOM 23. OKTOBER 2013 UND 13. JANUAR 2014 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "RSSP BASISPROSPEKT C")

FÜR

WARENBEZOGENE AUTOCALL UND REVERSE CONVERTIBLE BZW. WORST OF REVERSE  
CONVERTIBLE WERTPAPIERE (DIE "RSSP C WERTPAPIERE")

(DRITTER NACHTRAG)

RSSP BASISPROSPEKT D VOM 25. JULI 2013 IN DER DURCH VORHERGEHENDE NACHTRÄGE  
VOM 23. OKTOBER 2013 UND 13. JANUAR 2014 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "RSSP BASISPROSPEKT D")

FÜR

REVERSE CONVERTIBLE AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE AUTOCALL WERTPAPIERE  
(DIE "RSSP D WERTPAPIERE")

(DRITTER NACHTRAG)

RSSP BASISPROSPEKT E VOM 4. JULI 2013 IN DER DURCH VORHERGEHENDE NACHTRÄGE  
VOM 23. OKTOBER 2013 UND 13. JANUAR 2014 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "RSSP BASISPROSPEKT E")

FÜR

FESTVERZINSLICHE, VARIABEL VERZINSLICHE WERTPAPIERE, WERTPAPIERE MIT  
INFLATIONSBEZOGENER VERZINSUNG SOWIE NULLKUPONWERTPAPIERE

(DIE "RSSP E WERTPAPIERE")

(DRITTER NACHTRAG)

UND

RSSP BASISPROSPEKT G VOM 12. NOVEMBER 2013 IN DER DURCH VORHERGEHENDEN  
NACHTRAG VOM 13. JANUAR 2014 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "RSSP BASISPROSPEKT G")

FÜR

WECHSELKURSBEZOGENE AUTOCALL WERTPAPIERE (DIE "RSSP G WERTPAPIERE")

(ZWEITER NACHTRAG)

(DIE RSSP A WERTPAPIERE, DIE RSSP B WERTPAPIERE, DIE RSSP C WERTPAPIERE, DIE  
RSSP D WERTPAPIERE, DIE RSSP E WERTPAPIERE UND DIE RSSP G WERTPAPIERE, DIE  
"WERTPAPIERE")

---

Anleger, die vor der Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von Wertpapieren, die unter Endgültigen Bedingungen zu den Basisprospekten begeben wurden, gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, haben das Recht, diese gemäß § 16 Abs. 3 WpPG innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags zu widerrufen, sofern der neue Umstand oder die Unrichtigkeit gemäß § 16 Abs. 1 WpPG vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist.

Der Widerruf (der nicht begründet werden muss) ist in Textform gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber der der jeweilige Anleger seine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben hat. Falls Barclays Bank plc die Gegenpartei des

**Erwerbsgeschäft war, ist der Widerruf an Barclays Bank plc, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich, zu richten. Für die Wahrung der Widerrufsfrist ist die rechtzeitige Abgabe der Erklärung ausreichend.**

Während der Gültigkeitsdauer der Basisprospekte sowie solange im Zusammenhang mit den Basisprospekten begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieses Nachtrags und der Basisprospekte in der Fassung eventueller Nachträge, auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei Barclays Bank plc, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich und auf der Internetseite der Emittentin [www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors](http://www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors) (oder einer Nachfolgersite) bereitgehalten.

Die nachtragsbegründenden Umstände sind:

- I. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf den geprüften Jahresabschluss 2013 der Barclays PLC und der Emittentin, der am 5. März 2014 veröffentlicht wurde (Nachtragspunkt 1, 2, 13,14, 16 und 17);
- II. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Mitarbeiterzahl der Gruppe zum 31. Dezember 2013 (Nachtragspunkt 22);
- III. die Aktualisierung der Basisprospekte in Hinblick auf die Ersetzung der British Bankers Association durch Intercontinental Exchange als Verantwortlicher für den London Interbank Offered Rate (LIBOR) zum 1. Februar 2014 (Nachtragspunkt 5, 6, 7, 8, 11 und 24);
- IV. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf Änderungen im Hinblick auf die Besteuerung nach US-FATCA vom 28. Februar 2014 (Nachtragspunkt 9, 23 und 26);
- V. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Überarbeitung der Vorschläge für Regelungen (Regulations) im Rahmen von Section 871(m) des U.S. Internal Revenue Code von 1986 durch das U.S. Treasury Department vom 20. Januar 2014 (Nachtragspunkt 10 und 25);
- VI. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die ergriffenen Maßnahmen der Emittentin im Hinblick auf ihre Fremdkapitalaufnahme-Planung am 9. März 2014 (Nachtragspunkt 3, 4 und 18);
- VII. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Direktoren (*Directors*) der Emittentin am 9. März 2014 (Nachtragspunkt 21);
- VIII. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die im Jahre 2013 und aktuell anhängigen Gerichtsverfahren am 9. März 2014 (Nachtragspunkt 15, 19 und 20); und
- IX. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Risiken im Zusammenhang mit der Fähigkeit der Emittentin ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Wertpapiere zu erfüllen zum 9. März 2014 (Nachtragspunkt 5, 6 und 12).

1. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "ZUSAMMENFASSUNG", Element B.12 wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand I.):

<b>B.12</b>	<b>Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen</b>	Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Emittentin für das zum 31. Dezember 2013 bzw. zum 31. Dezember 2012 endende Jahr entnommen:		
	<b>Keine wesentliche Verschlechterung der Aussichten der Emittentin</b>	2013	2012	
	<b>Keine wesentlichen Veränderungen bei der Finanzlage oder Handelsposition der Gruppe</b>	GBP Mio.	GBP Mio.	
		Gesamte Aktiva:	1.312.840	1.488.761
		Gesamte Nettoforderungen	468.664	464.777
		Gesamte Einlagen	482.770	462.512
		Gesamtes Eigenkapital	63.220	59.923
		Minderheitsbeteiligungen	2.211	2.856
		Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2.855	650
		Wertminderungsaufwand	3.071	3.340
		Die Aussichten der Emittentin haben sich seit dem 31. Dezember 2013, dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses nicht wesentlich verschlechtert.		
		Es gab keine wesentliche Veränderung in der Finanzlage der Gruppe seit dem 31. Dezember 2013.		

2. In den Basisprospekten, wird in dem Abschnitt "SUMMARY", Element B.12 wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand I.):

<b>B.12</b>	<b>Selected historical key financial information;</b>	The following financial information is extracted from the audited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2013 and 31 December 2012, respectively:		
	<b>No material adverse change in the prospects of the Issuer</b>	2013	2012	
	<b>No significant change in the financial or trading position of the Group</b>	£m	£m	
		Total Assets	1,312,840	1,488,761
		Net Loans and advances	468,664	464,777
		Total Deposits	482,770	462,512
		Total Shareholders' equity	63,220	59,923
		Non-controlling interests	2,211	2,856
		Profit before tax from continuing operations	2,855	650
		Credit impairment charges	3,071	3,340

		<p>There has been no material adverse change in the prospects of the Issuer since 31 December 2013, the date of its last published audited financial statements.</p> <p>There has been no significant change in the financial position of the Group since 31 December 2013.</p>
--	--	---

3. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "ZUSAMMENFASSUNG", Element B.13 wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand VI.):

<b>B.13</b>	<b>Jüngste Ereignisse, die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin im hohen Maße relevant sind</b>	<p>Am 6. Dezember 2012 hat die Bank eine Vereinbarung zur Zusammenlegung des größten Teils ihrer Afrika-Geschäfte ("Afrika-Geschäft") mit Absa Group Limited ("Absa") geschlossen. Im Rahmen des Zusammenschlusses übernahm Absa Barclays Africa Limited, die Holdinggesellschaft für das Afrika-Geschäft; als Gegenleistung erhielt Barclays Africa Limited 129.540.636 Absa-Stammaktien (im Wert von ca. GBP 1,3 Mrd.). Der Zusammenschluss wurde am 31. Juli 2013 abgeschlossen und mit dem Vollzug der Transaktion erhöhte sich die 55,5 %-Beteiligung der Bank an Absa auf 62,3 %. Absa wurde danach in Barclays Africa Group Limited umbenannt, firmiert aber weiterhin unter ihrem alten kommerziellen Namen Absa.</p> <p>In 2013 forderte der britische finanzpolitische Ausschuss (<i>UK Financial Policy Committee</i>) die PRA auf, Schritte einzuleiten, um sicherzustellen, dass am Ende des Jahres 2013 große britische Banken und Bausparkassen, einschließlich der Gruppe, über ein Eigenkapital verfügen, welches 7 % ihrer risikogewichteten Aktiva entspricht. Im Rahmen ihrer Prüfung führte die PRA auch eine Zielvorgabe für die Verschuldungsquote in Höhe von 3 % ein und verlangte von der Gruppe, sie solle planen, diese Verschuldungsquote von 3 % bis zum 30. Juni 2014 zu erreichen. Die Berechnungen der PRA sowohl für die Kapital- als auch die Verschuldungsquote basierten auf den CRD IV-Definitionen, die vollumfänglich mit weiteren aufsichtsrechtlichen Anpassungen angewendet wurden.</p> <p>Um diese Ziele im Rahmen der von der PRA gesetzten Zeitvorgaben zu erreichen, hat die Gruppe einen Plan entworfen und mit der PRA abgestimmt, bestehend aus Kapitalmanagement und Fremdkapitalrisikomaßnahmen (<i>leverage exposure actions</i>), welcher am 30. Juli 2013 bekannt gegeben wurde. Die Gruppe hat diesen Plan 2013 durch folgende Maßnahmen umgesetzt: Durchführung einer</p>
-------------	---	--

		<p>Bezugsrechtsemission mit Underwriting zur Aufnahme von hartem Kernkapital in Höhe von ca. GBP 5,8 Mrd. (nach Abzug der Kosten), Emission von GBP 2,1 Mrd. (Gegenwert) Contingent Convertible-Wertpapieren des zusätzlichen Kernkapitals, die den CRD IV-Vorgaben entsprechen (<i>CRD IV qualifying contingent convertible Additional Tier 1 securities</i>) mit einer vollumfänglich angewendeten harten Kernkapitalquote von 7 % als Auslöser und Reduzierung der PRA Verschuldungsquote auf GBP 1.363 Mrd.. Infolge dieser Maßnahmen wies die Gruppe zum 31. Dezember 2013 eine geschätzte harte Kernkapitalquote bei vollumfänglicher Anwendung der CRD IV (<i>fully loaded CRD IV CET1 ratio</i>) von 9,3 % und eine geschätzte PRA Verschuldungsquote von knapp 3 % aus.</p>
--	--	--

4. In den Basisprospekten, wird in dem Abschnitt "**SUMMARY**", Element B.13 wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand VI.):

<b>B.13</b>	<b>Recent events materially relevant to the evaluation of Issuer's solvency</b>	<p>On 6 December 2012, the Bank entered into an agreement to combine the majority of its Africa operations ("<b>African Business</b>") with Absa Group Limited ("<b>Absa</b>"). Under the terms of the combination, Absa acquired Barclays Africa Limited, the holding company of the African Business, for a consideration of 129,540,636 Absa ordinary shares (representing a value of approximately £1.3 billion for Barclays Africa Limited). The combination completed on 31 July 2013 and, on completion, the Bank's stake in Absa increased from 55.5% to 62.3%. Absa was subsequently renamed Barclays Africa Group Limited but continues to trade under its old commercial name Absa.</p> <p>In 2013 the UK Financial Policy Committee asked the PRA to take steps to ensure that, by the end of 2013, major UK banks and building societies, including the Group, held capital resources equivalent to 7% of their risk weighted assets. As part of its review, the PRA also introduced a 3% leverage ratio target, which the PRA requested the Group plan to achieve by 30 June 2014. The PRA's calculations for both capital and leverage ratios were based on CRD IV definitions, applied on a fully loaded basis with further prudential adjustments.</p> <p>In order to achieve these targets within the PRA's expected timeframes the Group formulated and agreed with the PRA a plan comprised of capital management and leverage exposure actions which was announced on 30 July 2013.</p>
-------------	---	--



		<p>The Group executed on this plan in 2013 by completing an underwritten rights issue to raise approximately £5.8bn (net of expenses) in common equity tier 1 capital; issuing £2.1bn (equivalent) CRD IV qualifying contingent convertible Additional Tier 1 securities with a 7% fully loaded CET1 ratio trigger; and reducing PRA leverage exposure to £1,363bn. These actions resulted in the Group reporting a fully loaded CRD IV CET1 ratio of 9.3% and an estimated PRA leverage ratio of just under 3% as at 31 December 2013.</p>
--	--	---

5. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "ZUSAMMENFASSUNG", das Element D.2 wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand III. und IX.)

D.2	<p><b>Zentrale Angaben zu den zentralen Risiken, die der Emittentin eigen sind</b></p>	<p><b>Geschäftsbedingungen und die allgemeine Wirtschaftslage:</b>  Eine schwache oder rückläufige Konjunktur oder politische Instabilität in den wichtigsten Ländern, in denen die Gruppe geschäftstätig ist, könnten sich nachteilig auf das Handelsergebnis der Gruppe auswirken. Die Gruppe übt wesentliche Geschäftstätigkeiten in einer großen Anzahl von Ländern aus. Dementsprechend können sich eine schwache oder rückläufige Konjunktur oder politische Instabilität in einem oder mehreren Ländern, in denen die Gruppe ihre Hauptgeschäftsbereiche hat (d. h. dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten, der Eurozone und Südafrika) oder anderen weltweit bedeutenden Wirtschaftsstaaten in wesentlichem Maße nachteilig auf die Geschäftstätigkeit, Finanzlage und Geschäftsaussichten der Gruppe, deren einzelne Geschäftsbereiche und/oder spezielle Länder, in denen die Gruppe geschäftstätig ist, auswirken.</p> <p><b>Kreditrisiko:</b> Die Finanzlage der Kunden, Auftraggeber und Vertragspartner der Gruppe, darunter Regierungen und andere Finanzinstitute, könnte sich nachteilig auf die Gruppe auswirken. Das Kreditrisiko ist das Risiko eines finanziellen Verlustes der Gruppe, dadurch, dass Kunden, Auftraggeber oder Vertragspartner der Gruppe ihre vertraglichen Verpflichtungen ihr gegenüber nicht erfüllen. Der Gruppe können zudem Verluste entstehen, wenn der Wert ihrer Anlage in Finanzinstrumente eines Unternehmens fällt, weil das Kredit-Rating dieses Unternehmens herabgestuft wurde. Darüber hinaus können der Gruppe allein infolge von Veränderungen der eigenen Bonitätsaufschläge oder jener von Dritten erhebliche nicht realisierte Gewinne oder Verluste entstehen, da sich diese Veränderungen auf den beizulegenden Zeitwert (fair value) der Derivate der Gruppe,</p>
-----	--	---

		<p>der von der Gruppe gehaltenen oder begebenen Schuldtitel oder auf zum beizulegenden Zeitwert bewertete Darlehen auswirken können.</p> <p><b>Marktrisiko:</b> Veränderungen der Höhe als auch der Volatilität von Kursen können sich finanziell nachteilig auf die Gruppe auswirken. Das Marktrisiko kann zu einer Minderung des Gewinns oder Kapitals der Emittentin führen, falls sie nicht in der Lage ist, ihre Bilanz im Bankenbuch (banking book) zu marktgerechten Preisen abzusichern. Dies kann sich aus unvorhergesehenen oder volatilen Änderungen der Zinssätze, Inflationsraten, Bonitätsaufschläge, Rohstoffpreise, Aktien- und Anleihepreise und/oder Wechselkurse ergeben.</p> <p><b>Finanzierungsrisiko:</b> Die Fähigkeit der Gruppe, ihr Geschäftsmodell zu erfüllen, kann dadurch beeinträchtigt werden, dass sie ihre Kapital-, Liquiditäts- und Verschuldungsquoten nicht effektiv steuert. Das Finanzierungsrisiko ist das Risiko, dass die Gruppe möglicherweise aus den folgenden Gründen nicht in der Lage ist, ihr Geschäftsmodell zu erfüllen: Sie schafft es nicht, angemessene Kapitalquoten einzuhalten (Kapitalrisiko); sie ist nicht in der Lage, ihre Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu bedienen (Liquiditätsrisiko); ungünstige Änderungen von Zinskurven, die sich auf das strukturelle Hedging von unverzinslichen Aktiva/Passiva oder Wechselkurse auf Kapitalquoten auswirken (Strukturelles Risiko).</p> <p><b>Betriebsrisiko:</b> Das Betriebsrisikoprofil der Gruppe kann sich infolge menschlichen Fehlverhaltens, unzureichender oder fehlgeschlagener interner Prozesse und Systeme sowie äußerer Ereignisse verändern. Die Gruppe unterliegt vielen Arten von Betriebsrisiken, einschließlich dem Risiko von Betrug und kriminellen Handlungen (sowohl intern als auch extern), dem Risiko von Störungen von Prozessen, Kontrollmechanismen und Verfahren (oder dem Risiko, dass diese für Größe und den Umfang der Geschäfte der Gruppe unangemessen sind) sowie von Ausfällen oder der Nichtverfügbarkeit von Systemen. Die Gruppe unterliegt auch dem Risiko von Betriebsstörungen infolge von Ereignissen, die ganz oder teilweise außerhalb ihres Einflussbereiches liegen (zum Beispiel Naturkatastrophen, Terroranschläge, Epidemien und Ausfälle von Transportmitteln und öffentlichen Versorgungsdienstleistungen), die zum Ausfall oder zum Rückgang von gegenüber Kunden erbrachten</p>
--	--	--

		<p>Dienstleistungen und/oder zu wirtschaftlichen Verlusten für die Gruppe führen können. Das Betriebsrisiko, dem die Gruppe unterliegt, kann rapiden Änderungen unterworfen sein und es kann nicht garantiert werden, dass die Prozesse, Kontrollmechanismen, Verfahren und Systeme der Gruppe ausreichen, um solchen veränderten Risiken zu begegnen, oder zeitnah an solche Änderungen angepasst werden können. Alle vorgenannten Risiken bestehen auch dort, wo die Gruppe auf externe Dienstleister und Anbieter zurückgreift, um Dienstleistungen für sich selbst oder ihre Kunden zu beziehen.</p> <p><b>Zinssicherungsprodukte:</b> Nach kumulierter Verwendung eines hauptsächlich auf Verwaltungskosten bezogenen Betrages von GBP 331 Mio. sowie eines für Entschädigungen aufzuwendenden Betrages von GBP 87 Mio. beträgt die von der Gruppe zum 31. Dezember 2013 ausgewiesene Rückstellung für Entschädigungen als nicht sachkundig (non-sophisticated) eingestufte Kunden und damit verbundene Kosten GBP 1.169 Mio. Fast 30 % der als nicht sachkundig (non-sophisticated) eingestuften Kunden, die Teil der Überprüfung waren, wurde bereits über erste Ergebnisse der Überprüfung hinsichtlich der Entschädigungen informiert. Die Gruppe geht davon aus, dass die Rückstellung zum 31. Dezember 2013 zur Abdeckung der Gesamtkosten für die Entschädigungen ausreichen wird. Dennoch wird die Angemessenheit des Rückstellungsbetrags weiterhin laufend überprüft; sollten die aktuellen Schätzungen nicht mit der Realität übereinstimmen, ist es möglich, dass die letztendlich tatsächlich anfallenden Kosten wesentlich abweichen.</p> <p><b>Risiken im Zusammenhang mit Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren:</b> Die Gruppe ist in stark regulierten Branchen tätig und die für sie geltenden Gesetze und Vorschriften sowie die sie betreffenden Verfahren können erhebliche Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die Ergebnisse der Gruppe haben. Als global tätiger Finanzdienstleister unterliegt die Gruppe einer weitreichenden und umfassenden Regulierung gemäß den verschiedenen Rechtsordnungen, in denen sie tätig ist. Diese Gesetze und Vorschriften haben erhebliche Auswirkungen auf die Art, wie die Gruppe ihre Geschäfte führt, können den bestehenden Umfang ihrer Geschäftstätigkeit und ihre Möglichkeiten in Bezug auf die von ihr angebotenen Produkte oder angestrebten Übernahmen einschränken und zu einer</p>
--	--	---

		<p>Erhöhung der Betriebskosten führen und/oder ihre Produkte und Dienstleistungen für Kunden verteuern. Außerdem sind Vorschriften und Verfahren zum Schutz der Kunden von Finanzdienstleistern inzwischen immer stärker in den Blickpunkt gerückt. Infolgedessen sind auch die Aufsichtsbehörden verstärkt darauf bedacht, bisherige Praktiken zu untersuchen, angeblichen Verstößen konsequent nachzugehen und hohe Geldstrafen für Finanzdienstleister zu verhängen.</p> <p><b>Regulatorische Risiken:</b> Regulatorische Risiken entstehen infolge der Nichteinhaltung oder des Unvermögens zur Einhaltung von Gesetzen, Vorschriften oder Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Finanzdienstleistungssektor, die momentan wesentlichen Änderungen unterliegen. Die Nichteinhaltung kann zu Bußgeldern, öffentlichen Verweisen, Reputationsschäden, verschärften aufsichtsrechtlichen Anforderungen, Änderungen der Struktur und/oder der Strategie der Gruppe, der zwangsweisen Einstellung einzelner Geschäftsfelder oder, in Extremfällen, zum Entzug der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb führen.</p> <p><b>Verhaltensrisiko:</b> Kunden, Auftraggeber oder Vertragspartner der Gruppe, oder die Gruppe und ihre Mitarbeiter können durch unsachgemäße Entscheidungen bei der Ausübung der Geschäftstätigkeit der Gruppe einen Nachteil erleiden. Wird das Verhaltensrisiko nicht effizient gesteuert, kann es zu Nachteilen für die Kunden, Auftraggeber und Vertragspartner der Gruppe oder Verletzungen der Marktintegrität kommen. Außerdem können dadurch Nachteile für die Gruppe und ihre Mitarbeiter entstehen. Dies ist nicht vereinbar mit den Zielen und Werten der Gruppe und kann sich nachteilig auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken. Mögliche Folgen sind außerdem negative Berichterstattung, Ertragsausfälle, Rechtsstreitigkeiten, strengere Kontrolle und/oder Eingriffe durch Aufsichtsbehörden, aufsichtsrechtliche oder legislative Maßnahmen, Einbußen im bestehenden und potenziellen Kundengeschäft, Verschlechterung der Arbeitsmoral und Schwierigkeiten bei der Rekrutierung und Bindung von Nachwuchskräften. Dies kann zu einer – mittel- oder unmittelbaren – Minderung der Attraktivität der Gruppe für Interessengruppen, einschließlich der Kunden, führen.</p> <p><b>Reputationsrisiko:</b> Die Marke der Gruppe kann sich aufgrund einer Verbindung, Handlung oder Unterlassung, die von</p>
--	--	--

		<p>Interessengruppen als unangemessen oder unethisch empfunden wird, Schaden erleiden. Wird das Reputationsrisiko nicht entsprechend gesteuert, kann es zu einer – mittel- oder unmittelbaren – Minderung der Attraktivität der Gruppe für Interessengruppen, einschließlich der Kunden, und negativer Berichterstattung, Ertragsausfällen, Rechtsstreitigkeiten, strengerer Kontrolle und/oder Eingriffen durch Aufsichtsbehörden, aufsichtsrechtlichen oder legislativen Maßnahmen, Verlust von Geschäftsmöglichkeiten in Bezug auf bestehende und potenzielle Kunden, Verschlechterung der Arbeitsmoral und Schwierigkeiten bei der Rekrutierung und Bindung von Nachwuchskräften kommen. Ein erlittener Reputationsschaden könnte wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die uneingeschränkte Handlungsfähigkeit und den Unternehmenswert der Gruppe haben, was wiederum das Geschäftsergebnis, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe beeinträchtigen könnte.</p> <p><b>Risiken im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen Maßnahmen im Falle des Ausfalls einer Bank, einschließlich der Bail-in-Befugnis nach britischem Recht:</b> Der Entwurf der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie muss noch vom Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament förmlich verabschiedet werden; sie wird voraussichtlich im Jahr 2015 in Kraft treten. Erklärtes Ziel der SA-Richtlinie ist es, den Aufsichtsbehörden, einschließlich der jeweils für die Abwicklung zuständigen Behörde im Vereinigten Königreich, einheitliche und wirksame Instrumente und Befugnisse an die Hand zu geben, um Banken Krisen rechtzeitig abzuwenden, um damit die Finanzstabilität zu erhalten und das Risiko, dass Verluste auf den Steuerzahler zurückfallen, gering zu halten.</p> <p><b>Ausfallsicherheit in Bezug auf die Infrastruktur, Technik und Cyberspace-Risiko:</b> Jegliche Störungen beim Zugriff von Kunden auf ihre Kontoinformationen oder Verzögerungen bei der Vornahme von Zahlungen beeinträchtigen die Reputation der Gruppe erheblich und können sowohl im Rahmen der Problembekämpfung als auch im Rahmen der Kundenentschädigung möglicherweise hohe Kosten verursachen.</p> <p><b>Restschulversicherungsrisiko:</b> Nach Abschluss der gerichtlichen Überprüfung in Bezug auf die Bewertung der und Entschädigung für Restschulversicherungen (payment protection insurance – "PPI") im Jahr 2011 hat die Gruppe Rückstellungen für entsprechende Kosten im Zusammenhang</p>
--	--	---

		<p>mit Entschädigungen für Restschuldversicherungen und Klagen in einer Gesamthöhe von GBP 3,95 Mrd. gebildet. Zum 31. Dezember 2013 sind GBP 2,98 Mrd. der Rückstellung verwendet worden, sodass ein Rückstellungsbetrag in Höhe von GBP 0,97 Mrd. verbleibt. Sollten die Schätzungen des Managements nicht mit der Realität übereinstimmen, ist es möglich, dass die letztendlich tatsächlich anfallenden Kosten wesentlich abweichen. Eine Erhöhung der Rückstellung kann wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe haben.</p>
--	--	---

6. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "SUMMARY", das Element D.2 wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand III. und IX.)

<b>D.2</b>	<b>Key information on the key risks that are specific to the Issuer</b>	<p><b>Business conditions and the general economy:</b> Weak or deteriorating economic conditions or political instability in the Group's main countries of operation could adversely affect the Group's trading performance. The Group has significant activities in a large number of countries. Consequently, the operations, financial condition and prospects of the Group, its individual business units and/or specific countries of operation could be materially adversely impacted by weak or deteriorating economic conditions or political instability in one or a number of countries in any of the Group's main business areas (being the UK, the US, the Eurozone and South Africa) or any other globally significant economy.</p> <p><b>Credit Risk:</b> The financial condition of the Group's customers, clients and counterparties, including governments and other financial institutions, could adversely affect the Group. Credit risk is the risk of the Group suffering financial loss if any of its customers, clients or market counterparties fails to fulfil their contractual obligations to the Group. The Group may also suffer loss when the value of the Group's investment in the financial instruments of an entity falls as a result of that entity's credit rating being downgraded. In addition, the Group may incur significant unrealised gains or losses due solely to changes in the Group's credit spreads or those of third parties, as these changes may affect the fair value of the Group's derivative instruments, debt securities that the Group holds or issues, or any loans held at fair value.</p>
------------	---	--

		<p><b>Market risk:</b> The Group's financial position may be adversely affected by changes in both the level and volatility of prices. The market risk could lead to the Issuer's earnings or capital being reduced, if the Issuer is unable to hedge its banking book balance sheet at prevailing market levels. This could occur if there are unexpected or volatile changes in interest rates, inflation rates, credit spreads, commodity prices, equity and bond prices and/or foreign exchange levels.</p> <p><b>Funding Risk:</b> The ability of the Group to achieve its business plans may be adversely impacted if it does not effectively manage its capital, liquidity and leverage ratios. Funding risk is the risk that the Group may not be able to achieve its business plans due to: being unable to maintain appropriate capital ratios (Capital risk); being unable to meet its obligations as they fall due (Liquidity risk); adverse changes in interest rate curves impacting structural hedges of non-interest bearing assets/liabilities or foreign exchange rates on capital ratios (Structural risk).</p> <p><b>Operational risk:</b> The operational risk profile of the Group may change as a result of human factors, inadequate or failed internal processes and systems, and external events. The Group is exposed to many types of operational risk, including fraudulent and other criminal activities (both internal and external), the risk of breakdowns in processes, controls or procedures (or their inadequacy relative to the size and scope of the Group's business) and systems failure or non-availability. The Group is also subject to the risk of disruption of its business arising from events that are wholly or partially beyond its control (for example natural disasters, acts of terrorism, epidemics and transport or utility failures) which may give rise to losses or reductions in service to customers and/or economic loss to the Group. The operational risks that the Group is exposed to could change rapidly and there is no guarantee that the Group's processes, controls, procedures and systems are sufficient to address, or could adapt promptly to, such changing risks. All of these risks are also applicable where the Group relies on outside suppliers or vendors to provide services to it and its customers.</p> <p><b>Interest Rate hedging Products:</b> As at 31 December 2013 the Group recognised a provision of \$1,169m against the cost of redress for non-sophisticated customers and related costs, after cumulative utilisation of £331m to that date, primarily relating to administrative costs and £87m of</p>
--	--	---

		<p>redress costs incurred. An initial redress outcome had been communicated to nearly 30% of customers categorised as non-sophisticated that are being covered by the review.</p> <p>While the Group expects that the provision as at 31 December 2013 will be sufficient to cover the full cost of completing the redress, the appropriate provision level will be kept under review and it is possible that the eventual costs could materially differ to the extent experience is not in line with current estimates.</p> <p><b>Risks arising from legal, competition and regulatory matters:</b> The Group operates in highly regulated industries, and the Group's businesses and results may be significantly affected by the laws and regulations applicable to it and by proceedings involving the Group. As a global financial services firm, the Group is subject to extensive and comprehensive regulation under the laws of the various jurisdictions in which it does business. These laws and regulations significantly affect the way that the Group does business, can restrict the scope of its existing businesses and limit its ability to expand its product offerings or to pursue acquisitions, or can result in an increase in operating costs for the business and/or make its products and services more expensive for clients and customers. There has also been an increased focus on regulation and procedures for the protection of customers and clients of financial services firms. This has resulted, moreover, in increased willingness on the part of regulators to investigate past practices, vigorously pursue alleged violations and impose heavy penalties on financial services firms.</p> <p><b>Regulatory risk:</b> Regulatory risk arises from a failure or inability to comply fully with the laws, regulations or codes applicable specifically to the financial services industry which are currently subject to significant changes. Non-compliance could lead to fines, public reprimands, damage to reputation, increased prudential requirements, changes to the Group's structure and/or strategy, enforced suspension of operations or, in extreme cases, withdrawal of authorisations to operate.</p> <p><b>Conduct Risk:</b> Detriment may be caused to the Group's customers, clients, counterparties or the Group and its employees because of inappropriate judgement in the execution of the Group's business activities. Ineffective management of conduct risk may lead to poor outcomes for the Group's customers, clients and counterparties or</p>
--	--	--



		<p>damage to market integrity. It may also lead to detriment to the Group and its employees. Such outcomes are inconsistent with the Group's purpose and values and may negatively impact the Group's results of operations, financial condition and prospects. They may lead to negative publicity, loss of revenue, litigation, higher scrutiny and/or intervention from regulators, regulatory or legislative action, loss of existing or potential client business, reduced workforce morale, and difficulties in recruiting and retaining talent. This could reduce – directly or indirectly – the attractiveness of the Group to stakeholders, including customers.</p> <p><b>Reputation Risk:</b> Damage may occur to the Group's brand arising from any association, action or inaction which is perceived by stakeholders to be inappropriate or unethical. Failure to appropriately manage reputation risk may reduce – directly or indirectly – the attractiveness of the Group to stakeholders, including customers and clients, and may lead to negative publicity, loss of revenue, litigation, higher scrutiny and/or intervention from regulators, regulatory or legislative action, loss of existing or potential client business, reduced workforce morale, and difficulties in recruiting and retaining talent. Sustained damage arising from conduct and reputation risks could have a materially negative impact on the Group's ability to operate fully and the value of the Group's franchise, which in turn could negatively affect the Group's results of operations, financial condition and prospects.</p> <p><b>Risks relating to regulatory actions in the event of a bank failure, including the UK Bail-In Power:</b> The draft Recovery and Resolution Directive will need to be formally adopted by the EU Council and the European Parliament and is expected to enter into force in 2015. The stated aim of the RRD is to provide supervisory authorities, including the relevant UK resolution authority, with common tools and powers to address banking crises pre-emptively in order to safeguard financial stability and minimise taxpayers' exposure to losses.</p> <p><b>Infrastructure Resilience, Technology and Cyberspace risk:</b> Any disruption in a customer's access to their account information or delays in making payments will have a significant impact on the Group's reputation and may also lead to potentially large costs to both rectify the issue and reimburse losses incurred by customers.</p>
--	--	---

		<p><b>Payment protection insurance risk:</b> Following the conclusion of the 2011 Judicial Review regarding the assessment and redress of payment protection insurance ("PPI"), the Group has raised provisions totalling £3.95bn against the cost of PPI redress and complaint handling costs. As at 31 December 2013 £2.98bn of the provision had been utilised, leaving a residual provision of £0.97bn. It is possible that the eventual costs may materially differ to the extent that experience is not in line with management estimates. Any increase in the level of the provision may have a material adverse effect on the Group's results of operations, financial condition and prospects.</p>
--	--	---

7. In dem RSSP Basisprospekt E wird in dem Abschnitt "ZUSAMMENFASSUNG", in Element D.3 der Risikofaktor mit der Überschrift "Risiken in Bezug auf LIBOR" gelöscht (nachtragsbegründender Umstand III.).
8. In dem RSSP Basisprospekt E, wird in dem Abschnitt "SUMMARY", in Element D.3 der Risikofaktor mit der Überschrift "Risks relating LIBOR" gelöscht (nachtragsbegründender Umstand III.).
9. In dem RSSP Basisprospekt A, RSSP Basisprospekt B, RSSP Basisprospekt C, RSSP Basisprospekt D und RSSP Basisprospekt E in dem Abschnitt "RISIKOFAKTOREN", wird der Absatz unter der Überschrift "2.8 Besteuerung nach US-FATCA" und in dem RSSP Basisprospekt G werden die Absätze unter der Überschrift "2.9 Besteuerung nach US-FATCA" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand IV.):

Eine FATCA-Quellensteuer von 30 Prozent wird auf bestimmte Zahlungen an bestimmte Nicht-U.S.-Finanzinstitute erhoben, die Bescheinigungspflichten in Bezug auf deren direkte oder indirekte U.S.-Anteilhaber und/oder U.S.-Kontoinhaber nicht nachkommen. Diesen Melde- oder Bescheinigungspflichten unterliegende U.S.-Kontoinhaber können auch Inhaber der Wertpapiere einschließen.

Wenn ein Betrag aufgrund von FATCA von den Zahlungen abgezogen oder einbehalten wird, kann die Rendite des Anlegers deutlich geringer ausfallen als erwartet.

10. In dem RSSP Basisprospekt A, RSSP Basisprospekt B, RSSP Basisprospekt C, RSSP Basisprospekt D und RSSP Basisprospekt E in dem Abschnitt "RISIKOFAKTOREN", wird der Absatz unter der Überschrift "2.9 Einbehalt auf dividendengleiche Zahlungen" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand V.):

Das U.S. Treasury Department hat die Vorschläge für Regelungen (Regulations) im Rahmen von Section 871(m) des U.S. Internal Revenue Code von 1986 in der jeweils geltenden Fassung kürzlich überarbeitet. Werden diese Vorschläge in der jetzigen Form endgültig beschlossen, könnten sie die Emittentin möglicherweise dazu verpflichten, Zahlungen in Bezug auf Wertpapiere die sich auf U.S.-Aktien beziehen, vollständig oder anteilig als "dividendengleiche" (dividend equivalent) Zahlungen zu behandeln, welche einer Quellensteuer von 30 Prozent (oder einem geringeren Steuersatz gemäß einem geltenden Abkommen) unterliegen. Wird ein Betrag aufgrund der obengenannten

Regelungen von den Zahlungen auf die Wertpapiere abgezogen oder einbehalten, erhalten Anleger möglicherweise einen erheblich niedrigeren Betrag als erwartet.

11. In dem RSSP Basisprospekt E in dem Abschnitt "**RISIKOFAKTOREN**", in dem Unterabschnitt "**5.2 Risiken im Zusammenhang mit Zinssätzen**" wird der Abschnitt mit der Überschrift "*Vorschläge für eine LIBOR-Reform*" gelöscht (nachtragsbegründender Umstand III.).
12. In den Basisprospekten in dem Abschnitt "**RISIKOFAKTOREN**", wird der Unterabschnitt "**6 Risiken im Zusammenhang mit der Fähigkeit der Emittentin ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Wertpapiere zu erfüllen**" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand IX.):

#### **6.1 *Anleger, die in die Wertpapiere investieren, sind Risiken im Zusammenhang mit der Bonität der Emittentin ausgesetzt***

Die Wertpapiere begründen unmittelbare, unbesicherte, nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind. Alle durch die Emittentin erfolgenden Zahlungen in Bezug auf die Wertpapiere hängen von der Fähigkeit der Emittentin ab, ihre Verpflichtungen termingerecht erfüllen zu können. Anleger sind deshalb Risiken im Zusammenhang mit der Bonität der Emittentin ausgesetzt; jede Verschlechterung der Bonität der Emittentin bzw. der Einschätzungen ihrer Bonität (unabhängig davon, ob diese anhand tatsächlicher oder erwarteter Änderungen von Ratings der Emittentin ermittelt werden) kann sich nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken.

Als bedeutender global tätiger Finanzdienstleister sieht sich die Emittentin einer Vielzahl erheblicher Risiken gegenüber, die ihren Geschäftsfeldern inhärent sind und ihre Fähigkeit, ihre Zahlungs-, Liefer- und sonstigen Verpflichtungen im Rahmen der jeweiligen Wertpapiere zu erfüllen, beeinträchtigen können. Im Folgenden werden diejenigen wesentlichen Risiken beschrieben, die nach Ansicht der Emittentin dazu führen könnten, dass die Ergebnisse ihrer Geschäftstätigkeit, ihre Finanzlage und ihre Geschäftsaussichten in Zukunft wesentlich von den derzeitigen Erwartungen abweichen. Bei einigen der nachstehenden Risiken besteht überdies das Potenzial, dass sie sich nachteilig auf die Reputation und das Image der Emittentin auswirken könnten, was sich wiederum nachteilig auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Emittentin auswirken könnte.

#### **6.2 *Geschäftsbedingungen und allgemeine Wirtschaftslage***

***Eine schwache oder rückläufige Konjunktur oder politische Instabilität in den wichtigsten Ländern, in denen die Gruppe geschäftstätig ist, könnten sich nachteilig auf das Handelsergebnis der Gruppe auswirken.***

Die Gruppe bietet Privatkunden und institutionellen Kunden, einschließlich Staaten, eine große Bandbreite von Dienstleistungen an und übt wesentliche Geschäftstätigkeiten in einer großen Anzahl von Ländern aus. Dementsprechend können sich eine schwache oder rückläufige Konjunktur oder politische Instabilität in einem oder mehreren Ländern, in denen die Gruppe ihre Hauptgeschäftsbereiche hat (d.h. dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten, der Eurozone und Südafrika) oder anderen weltweit bedeutenden Wirtschaftsstaaten, beispielsweise durch (i) eine Verschlechterung des Geschäftsklimas und schwindendes Vertrauen der Verbraucher und Anleger sowie infolgedessen rückläufige

Kundenaktivitäten und somit sinkende Umsatzerlöse und/oder höhere Kosten, (ii) Mark-to-Market-Verluste in den Handelsportfolios, z. B. bedingt durch Änderungen von Kredit-Ratings, Aktienkursen und der Zahlungsfähigkeit von Vertragsparteien und (iii) durch erhöhten Abschreibungsbedarf und höhere Ausfallraten, in wesentlichem Maße nachteilig auf die Geschäftstätigkeit, Finanzlage und Geschäftsaussichten der Gruppe, deren einzelne Geschäftsbereiche und/oder spezielle Länder, in denen die Gruppe geschäftstätig ist, auswirken.

Die Weltwirtschaft sieht sich auch weiterhin einem Umfeld gegenüber, das durch ein langsames Wachstum charakterisiert ist. Die Regierungen und Zentralbanken in fortgeschrittenen Volkswirtschaften haben jedoch eine äußerst akkommodierende Geldpolitik aufrechterhalten, was zur Ankurbelung der Nachfrage in Zeiten sehr ausgeprägter finanzieller Restriktionen und Bilanzsanierungen beitrug. In den nächsten Jahren wird die Kombination aus der prognostizierten Erholung der Nachfrage des privaten Sektors, deren tatsächliche Erholung und die prognostizierte Abschwächung des strikten Sparkurses in Europa und den Vereinigten Staaten wahrscheinlich zu einer Rückkehr der Zentralbanken zu konventionelleren geldpolitischen Maßnahmen führen. Eine reduzierte finanzielle Unterstützung durch die Zentralbanken könnte weitere nachteilige Auswirkungen auf die Volatilität in den Finanzmärkten und den Erfolg von bedeutenden Geschäftsbereichen der Gruppe haben; dies könnte sich jeweils nachteilig auf die zukünftigen Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken.

### **6.3 Kreditrisiko**

***Die Finanzlage der Kunden, Auftraggeber und Vertragspartner der Gruppe, darunter Regierungen und andere Finanzinstitute, könnte sich nachteilig auf die Gruppe auswirken.***

Der Gruppe können Verluste entstehen, wenn ihre Kunden, Auftraggeber oder Vertragspartner im Markt ihren vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Gruppe nicht nachkommen. Der Gruppe können zudem Verluste entstehen, wenn der Wert ihrer Anlage in Finanzinstrumente eines Unternehmens fällt, weil das Kredit-Rating dieses Unternehmens herabgestuft wurde. Darüber hinaus können der Gruppe allein infolge von Veränderungen der eigenen Bonitätsaufschläge oder jener von Dritten erhebliche nicht realisierte Gewinne oder Verluste entstehen, da sich diese Veränderungen auf den beizulegenden Zeitwert (*fair value*) der Derivate der Gruppe, der von der Gruppe gehaltenen oder begebenen Schuldtitel oder auf zum beizulegenden Zeitwert bewertete Darlehen auswirken können.

#### *Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen*

Die Gruppe kann weiterhin nachteilig beeinflusst werden durch die Unsicherheit der Weltwirtschaft und der Wirtschaft in bestimmten Geschäftsregionen der Gruppe sowie in Gebieten, die möglicherweise Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben. Der Erfolg der Gruppe unterliegt dem Risiko einer Verschlechterung des konjunkturellen Umfelds infolge einer Reihe von Unsicherheiten, zu denen insbesondere die folgenden Faktoren zählen:

*(i) Steigende Zinssätze, auch infolge einer Abnahme der geldpolitischen Impulse, könnten sich auf die Erschwinglichkeit von Krediten für Verbraucher und die Ertragskraft von Unternehmen auswirken*

Die Möglichkeit einer Abnahme der geldpolitischen Impulse durch einen oder mehrere Staaten bringt eine stärkere Unsicherheit hinsichtlich der kurzfristigen wirtschaftlichen Entwicklung in allen wichtigen Märkten der Gruppe mit sich, da sie zu erheblichen Schwankungen der Marktzinsen führen kann. Höhere Zinsen könnten sich nachteilig auf die Bonität der Kunden und Vertragspartner der Gruppe auswirken; dies, verbunden mit einer Verminderung des Werts der Sicherheiten, könnte eine geringere Werthaltigkeit sowie einen geringeren Wert der Vermögenswerte der Gruppe zur Folge haben und somit eine höhere Wertminderungsrückstellung der Gruppe erforderlich machen. Jede Zunahme von Wertminderungen, die z. B. durch höhere Abschreibungen hinsichtlich der Werthaltigkeit des Privatkundenportfolios (*in the retail book*) und vollständige Abschreibungen bedingt ist, kann sich in wesentlichem Maße nachteilig auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken.

*(ii) Preisrückgang bei Wohnimmobilien im Vereinigten Königreich, in Westeuropa und in Südafrika*

Da Hypothekenkredite im Vereinigten Königreich den bedeutendsten Anteil der Gesamtforderungen der Gruppe an den Privatkundensektor ausmachen, ist die Gruppe einem hohen Risiko bezüglich negativer Entwicklungen im Immobiliensektor des Vereinigten Königreichs ausgesetzt. Obwohl die Immobilienpreise im Vereinigten Königreich 2009 um 20 % nach unten korrigiert wurden, sind sie (vor allem in London) nach wie vor wesentlich höher als der längerfristige Durchschnitt und steigen auch weiterhin schneller als die Einkommen. Die Verringerung der Erschwinglichkeit z. B. infolge höherer Zinsen oder gesteigerter Arbeitslosigkeit kann auf kurze Sicht zu höheren Wertminderungen führen, insbesondere beim *Interest-only*-Portfolio im Vereinigten Königreich.

Die spanische und die portugiesische Wirtschaft und insbesondere die Wohnungs- und Immobilienmärkte dieser Länder sind nach wie vor erheblich unter Druck. Die sinkenden Immobilienpreise haben hier die Beleihungsquoten (*LTV ratios*) ansteigen lassen und tragen zu höheren Wertminderungsaufwendungen bei. Sollten diese Trends anhalten oder sich verschlimmern und/oder diese Entwicklungen in anderen europäischen Ländern wie Italien eintreten, können der Gruppe künftig erhebliche Wertminderungsaufwendungen entstehen, die sich in wesentlichem Maße nachteilig auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken können.

Die südafrikanische Wirtschaft stellt weiterhin eine Herausforderung dar; auch besteht weiterhin das Risiko, dass sich eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nachteilig auf den Erfolg der Gruppe bei Hypothekenkrediten auswirken könnte.

*(iii) Politische Instabilität oder wirtschaftliche Unsicherheit in Märkten, in denen die Gruppe geschäftstätig ist*

Politische Instabilität in weniger entwickelten Regionen, in denen die Gruppe geschäftstätig ist, könnte die Wachstumsaussichten schwächen, was sich wiederum nachteilig auf die Schuldentilgungsfähigkeit der Kunden auswirken könnte. Beispielsweise wird durch die wirtschaftliche und politische Unsicherheit in Südafrika die Bereitschaft der Anleger, in das Land zu investieren, bei gleichbleibenden Kreditwachstumsraten, insbesondere bei der unbesicherten Kreditvergabe, weiterhin gedämpft.

Die Referenden über die schottische Unabhängigkeit im September 2014 und über die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union (voraussichtlich vor 2017) können das Risikoprofil der Gruppe negativ beeinflussen, indem sie schon vor den jeweils für diese Referenden angesetzten Terminen oder – je nach Ausgang der Referenden – im Anschluss an diese potenziell wesentliche neue Unsicherheiten und Instabilität in den Finanzmärkten auslösen.

Am Markt besteht weiterhin Sorge hinsichtlich des Kreditrisikos (auch in Bezug auf Staaten) und der Krise in der Eurozone. Die hohen Staatsschulden und/oder Haushaltsdefizite etlicher Länder der Eurozone und die Nachhaltigkeit der von diesen Ländern eingeführten Sparprogramme haben bei den Marktteilnehmern Bedenken bezüglich der Finanzlage dieser Länder sowie von Finanzinstituten, Versicherungen und anderen Unternehmen ausgelöst, die entweder in diesen Ländern der Eurozone ansässig sind oder diesen jeweils direkt oder indirekt ausgesetzt sind.

*(iv) Austritt eines oder mehrerer Länder aus der Eurozone*

Die Gruppe ist dem Risiko einer Zuspitzung der Krise in der Eurozone durch den Staatsbankrott und Austritt eines Landes aus der Eurozone in folgender Hinsicht ausgesetzt:

- Das direkte Risiko des Staatsbankrotts eines austretenden Landes, in dem die Gruppe über bedeutende Geschäftsfelder verfügt, und der nachteiligen Auswirkungen auf die Wirtschaft dieses austretenden Landes und die Bonität der Kunden und Vertragspartner der Gruppe in diesem Land.
- Die darauf folgenden nachteiligen Auswirkungen für die Wirtschaft in anderen Ländern der Eurozone und die Bonität der Kunden und Vertragspartner der Gruppe in diesen anderen Ländern der Eurozone.
- Das indirekte Risiko aus Kreditderivaten, die sich auf Schuldtitel von Ländern der Eurozone beziehen.
- Das direkte Risiko einer Währungsumstellung für die Bilanzen von lokalen Unternehmen der Gruppe in Ländern der Eurozone, soweit sich dies unterschiedlich auf den Wert der Aktiva und Passiva infolge der Rückkehr eines oder mehrerer Länder zu ihrer nationalen Währung auswirken sollte.
- Die Einführung von Kapitalkontrollen oder neuen Währungen in einem oder mehreren dieser austretenden Länder.
- Wesentliche Auswirkungen auf bestehende Vertragsbeziehungen und die Erfüllung von Verpflichtungen durch die Gruppe und/oder ihre Kunden.

Falls einige oder alle diese Bedingungen auftreten, bestehen bleiben oder sich verschlechtern, kann dies erheblich nachteilige Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, Finanzlage und Geschäftsaussichten der Gruppe haben. Das derzeitige Fehlen eines festgelegten Mechanismus für den Austritt eines Mitgliedstaats aus dem Euro bedeutet, dass es unmöglich ist, die Folgen eines solchen Ereignisses vorherzusagen oder dessen Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, Finanzlage und Geschäftsaussichten der Gruppe genau zu quantifizieren.

#### *Bestimmte Sektoren/Regionen*

Die Gruppe unterliegt dem Risiko, dass sich in Bezug auf Kreditnehmer und Vertragspartner eines bestimmten Portfolios oder einer bestimmten Region oder in Bezug auf eine große Einzeladresse die Bonität und die Werthaltigkeit von Forderungen ändert. Jede Verschlechterung der Bonität würde eine geringere Werthaltigkeit und höhere Wertminderung in Bezug auf einen bestimmten Sektor, eine bestimmte Region oder bestimmte große Vertragspartner zur Folge haben.

##### *(i) 'Exit Quadrant'-Anlagen*

Die Investmentbank hält ein großes Anlagenportfolio; die Gruppe hat den Ausstieg aus diesem Portfolio beschlossen, da es unwahrscheinlich ist, dass diese Anlagen nachhaltige Renditen erzielen oder dass sie wenig attraktiven Marktsegmenten angehören. Zu ihnen zählen z. B. bestimmte Gewerbeimmobilien und gehebelte Finanzierungsdarlehen, die (i) weiterhin illiquide sind, (ii) auf Grundlage von Annahmen, Beurteilungen und Schätzungen bewertet werden, die sich im Laufe der Zeit verändern können und (iii) die weiteren Verschlechterungen und Abschreibungen unterliegen.

##### *(ii) Zum Zeitwert bewertete Corporate Banking-Anlagen*

Der Bereich Corporate Banking hält ein Portfolio von langfristigeren zum Zeitwert bewerteten Darlehen an Kunden aus dem Bildungs-, Sozialwohnungs- und Kommunalsektor (*Education, Social Housing and Local Authority (ESHLA) sectors*). Der Wert dieser Darlehen unterliegt ebenfalls dem Risiko von Marktbewegungen und kann dementsprechend zu Verlusten führen.

##### *(iii) Hohe Einzeladressenausfälle*

Darüber hinaus ist die Gruppe hohen Risiken in Bezug auf einzelne Vertragspartner ausgesetzt. Falls diese Vertragspartner ihre Verpflichtungen gegenüber der Gruppe nicht erfüllen, könnte sich dies erheblich auf die Buchwerte dieser Anlagen auswirken. Hinzu kommt, dass trotz einer gegebenenfalls erfolgten Minderung des Adressenausfallrisikos durch gestellte Sicherheiten das Kreditrisiko weiterhin hoch sein kann, falls die gehaltenen Sicherheiten nicht verwertet werden können oder zu Preisen verwertet werden müssen, die nicht ausreichen, um den vollen Betrag ihres Kredit- oder Derivateengagements wiederzuerlangen. Solche Ausfälle von Schuldner könnten erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, Finanzlage und Geschäftsaussichten der Gruppe haben.

#### **6.4 Marktrisiko**

***Veränderungen der Höhe als auch der Volatilität von Kursen können sich finanziell nachteilig auf die Gruppe auswirken.***

Die Gruppe ist dem Risiko einer Minderung ihres Gewinns oder Kapitals aus den folgenden Gründen ausgesetzt: (i) Veränderungen des Wertes oder der Volatilität von Positionen in ihren Handelsbüchern, hauptsächlich im Geschäftsbereich Investmentbank, darunter Änderungen von Zinssätzen, Inflationsraten, Bonitätsaufschlägen, Rohstoffpreisen, Aktien- und Anleihepreisen und Wechselkursen, (ii) die Gruppe ist möglicherweise nicht in der Lage, ihre Bilanz im Bankenbuch (*banking book*) zu marktgerechten Preisen abzusichern und (iii) es besteht das Risiko, dass die leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen der Gruppe

steigen oder der Wert der diese Verpflichtungen deckenden Vermögenswerte aufgrund von Änderungen der Höhe oder der Volatilität von Kursen abnimmt. Diese Marktrisiken könnten zu erheblich niedrigeren Erträgen führen, die sich nachteilig auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, Finanzlage und Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken könnten.

Zu den spezifischen Beispielszenarien, in denen das Marktrisiko in den kommenden Jahren zu erheblich niedrigeren Erträgen führen und die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit der Gruppe beeinträchtigen kann, gehören:

*(i) Verminderte Kundenaktivität und verringerte Liquidität im Markt*

Das Geschäftsmodell des Geschäftsbereichs Investmentbank ist auf Vermittlungsleistungen gegenüber dem Kunden ausgerichtet. Ein erheblicher Rückgang der Kundenvolumen oder der Marktliquidität könnte dazu führen, dass die Einnahmen aus Gebühren und Provisionen zurückgehen und zwischen der Ausführung einer Transaktion für den Kunden, der Glattstellung eines Absicherungsgeschäfts oder der Auflösung einer aus dieser Transaktion resultierenden Position mehr Zeit vergeht. Längere Haltedauern in Zeiten hoher Volatilität können aufgrund von Preisänderungen zu einer Volatilität der Erträge führen. Die genannten Umstände könnten sich in erheblichem Maße nachteilig auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, Finanzlage und Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken.

*(ii) Unsicheres Zinsumfeld*

Die Volatilität von Zinssätzen kann die Nettozinsspanne der Gruppe, d. h. die erzielte Zinsdifferenz zwischen den Kosten der Kreditvergabe und den Kosten der Kreditaufnahme, beeinflussen. Die Gefahr künftiger Volatilität und Margenveränderungen dauert an, und es ist schwierig, mit irgendeiner Genauigkeit die Veränderungen der absoluten Zinssätze, Renditekurven und Aufschläge vorauszusagen. Veränderungen der Zinssätze können, soweit sie nicht durch Absicherungsmaßnahmen neutralisiert werden, wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe haben.

*(iii) Pensionsrisiken*

Ungünstige Bewegungen zwischen den Vermögenswerten und den Verbindlichkeiten im Rahmen von leistungsorientierten Pensionsplänen könnten zu einem Pensionsdefizit beitragen. Die Inflation stellt ein zentrales Risiko für den Pensionsfonds dar und die Nettoposition der Gruppe im Rahmen leistungsorientierter Pensionsverpflichtungen war bereits von einem Anstieg der langfristigen Inflationsannahmen nachteilig betroffen und könnte erneut nachteilig davon betroffen werden. Ein Rückgang des Abzinsungssatzes, der von Renditen auf Unternehmensanleihen mit AA-Rating abgeleitet wird und folglich eine Gefährdung sowohl bezogen auf risikofreie Renditen als auch auf Bonitätsaufschläge beinhaltet, kann ebenfalls die Pensionsbewertungen beeinträchtigen und sich daher in erheblichem Maße nachteilig auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, Finanzlage und Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken.

## **6.5 Finanzierungsrisiko**

***Die Fähigkeit der Gruppe, ihr Geschäftsmodell zu erfüllen, kann dadurch beeinträchtigt werden, dass sie ihre Kapital-, Liquiditäts- und Verschuldungsquoten nicht effektiv steuert.***



Das Finanzierungsrisiko ist das Risiko, dass die Gruppe möglicherweise aus den folgenden Gründen nicht in der Lage ist, ihr Geschäftsmodell zu erfüllen: Sie schafft es nicht, angemessene Kapitalquoten einzuhalten (Kapitalrisiko); sie ist nicht in der Lage, ihre Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu bedienen (Liquiditätsrisiko); ungünstige Änderungen von Zinskurven, die sich auf das strukturelle Hedging von unverzinslichen Aktiva/Passiva oder Wechselkurse auf Kapitalquoten auswirken (Strukturelles Risiko).

*(i) Erhaltung einer starken Kapitalposition in einem zunehmend anspruchsvolleren Umfeld*

Sollte die Gruppe nicht in der Lage sein, angemessene Kapitalquoten aufrecht- oder einzuhalten, könnte dies dazu führen, dass: Die Geschäftstätigkeit nicht fortgesetzt werden kann, regulatorische Anforderungen nicht erfüllt werden können, Kredit-Ratings geändert werden, was in einem Anstieg der Kosten oder in einer eingeschränkten Fähigkeit zur Aufnahme von Liquidität resultieren kann, und/oder die Vornahme zusätzlicher Maßnahmen zur Verbesserung der Kapital- oder Leverage Position der Gruppe erforderlich wird. Aufgrund von Basel III und CRD IV sind die Anforderungen an die Höhe und die Qualität des von der Gruppe zu haltenden Eigenkapitals gestiegen. Die im Vereinigten Königreich erlassenen CRD IV-Anforderungen können sich infolge weiterer von den EU-Gesetzgebern vereinbarter Änderungen der CRD IV, sowie von der Europäischen Bankaufsichtsbehörde entwickelter verbindlicher technischer Regulierungsstandards oder Änderungen der Auslegung und Anwendung dieser Anforderungen auf britische Banken seitens der PRA (u. a. auch im Hinblick auf die Genehmigung einzelner Modelle im Rahmen von CRD II und III) ändern. Diese Änderungen können – einzeln und/oder in ihrer Gesamtheit betrachtet – weitere unerwartete erhöhte Anforderungen in Bezug auf das CRD IV-Eigenkapital der Gruppe zur Folge haben.

Zusätzliche Kapitalanforderungen ergeben sich auch aus anderen Vorschlägen, darunter die Empfehlungen der Unabhängigen Bankenkommission (*Independent Commission on Banking*) des Vereinigten Königreichs, der Prüfungsbericht einer hochrangigen Expertengruppe über mögliche Strukturreformen im EU-Bankensektor (Liikanen-Bericht) und *Section 165* des Dodd-Frank Act. Es ist derzeit nicht möglich, Einzelheiten zu Rechtsverordnungen oder der regulatorischen Gesetzgebung, die nach diesen Vorschlägen zu erwarten sind, genau vorauszusagen; dies gilt gleichermaßen für Voraussagen hinsichtlich der möglichen Folgen für die Gruppe. Wahrscheinlich wäre es jedoch infolge dieser Änderungen von Gesetzen oder Rechtsvorschriften erforderlich, die rechtliche Struktur der Gruppe sowie die Art und Weise, wie ihre Geschäftsbereiche mit Kapital ausgestattet und finanziert werden und/oder in der Lage sind, ihre Geschäftstätigkeit fortzuführen, zu verändern; dies könnte sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken. Solche erhöhten Kapitalanforderungen oder die Änderung der Definition dessen, was Kapital darstellt, können die Gruppe außerdem in ihren beabsichtigten Tätigkeiten beschränken, zu Zwangsverkäufen von Vermögenswerten und/oder Bilanzreduktionen führen, Kosten erhöhen und/oder sich auf die Gewinne der Gruppe auswirken. Ferner kann es sich in Marktstörungsphasen oder zu Zeiten, in denen beträchtlicher Wettbewerb um die von der Gruppe benötigte Finanzierungsform herrscht, als schwieriger und/oder teuer erweisen, die Kapitalausstattung der Gruppe zu erhöhen, um bestimmte Zielvorgaben zu erreichen oder einzuhalten.

*(ii) Änderungen bei der Verfügbarkeit von Liquidität und bei den Kosten*

Sollte es der Gruppe nicht gelingen, ihre Liquiditäts- und Finanzierungsrisiken hinreichend zu steuern, kann dies dazu führen, dass die gewöhnliche Geschäftstätigkeit nicht fortgesetzt werden kann und/oder regulatorische Liquiditätsanforderungen nicht eingehalten werden können und/oder Kredit-Ratings geändert werden. Eine wesentliche nachteilige Veränderung der Marktliquidität (wie die 2008 eingetretene) oder die Verfügbarkeit und Kosten von Kundeneinlagen und/oder Wholesale-Finanzierung, jeweils unabhängig davon, ob dies durch Faktoren bedingt ist, welche die Gruppe im Besonderen (z. B. eine Rating-Herabstufung) oder den Markt im Allgemeinen betreffen, könnten sich jeweils nachteilig auf die Fähigkeit der Gruppe auswirken, Liquidität in dem Umfang aufrechtzuerhalten, der zur Einhaltung der regulatorischen Anforderungen und zur Aufrechterhaltung der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erforderlich ist. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass die Gruppe von unvermittelten, großen und unerwarteten Nettoliquiditätsabflüssen, beispielsweise durch Abhebungen vonseiten der Kunden, oder von Inanspruchnahmen von Kreditzusagen in nicht vorhergesehenem Maße betroffen ist, was wiederum (i) Zwangsreduktionen der Bilanzen der Gruppe, (ii) die Nichterfüllung von Verpflichtungen im Rahmen der Ausreichung von Krediten durch Mitglieder der Gruppe und (iii) die Nichteinhaltung der regulatorischen Liquiditätsanforderungen der Gruppe zur Folge haben könnte. In Marktstörungsphasen kann die Fähigkeit der Gruppe, Liquiditätsanforderungen zu steuern, durch die geringere Verfügbarkeit von Wholesale-Finanzierungen mit fester Laufzeit (*wholesale term funding*) sowie erhöhten Kosten der Beschaffung von Geldern bei Wholesale-Finanzierungen (*wholesale funds*) beeinträchtigt werden. Sowohl Verkäufe von Vermögenswerten, Bilanzreduktionen als auch höhere Kosten der Beschaffung von Geldern können sich nachteilig auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken.

*(iii) Änderungen von Wechselkursen und Zinssätzen*

Die Gruppe verfügt über eine Kapitalausstattung und risikogewichtete Aktiva in Fremdwährung; Änderungen der Wechselkurse bedingen Änderungen des entsprechenden Gegenwertes in Pfund Sterling der auf die jeweilige Fremdwährung lautenden Kapitalausstattung und risikogewichteten Aktiva. Infolgedessen sind die regulatorischen Eigenkapitalquoten der Gruppe in hohem Maße von Wechselkursänderungen abhängig. Die Gruppe ist außerdem einem nicht handelsbezogenen Zinsrisiko ausgesetzt, da sie (nicht gehandelte) Bankprodukte und -dienstleistungen im Privat- und Geschäftskundenbereich anbietet. Dies bezieht sich auch auf Kontokorrentkonten und Eigenkapitalguthaben, für die es keinen festgelegten Fälligkeitstermin gibt und deren Verzinsung nicht von Änderungen des Basiszinssatzes abhängig ist. Unterbleibt eine angemessene Steuerung der Bilanz der Gruppe zur Berücksichtigung dieser Risiken, könnte sich dies (i) beim Wechselkursrisiko nachteilig auf regulatorische Eigenkapitalquoten und (ii) beim nicht handelsbezogenen Zinsrisiko nachteilig auf den Ertrag auswirken. Das strukturelle Risiko lässt sich kaum genau voraussagen und kann sich in erheblichem Maße nachteilig auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken.

## 6.6 Betriebsrisiko

*Das Betriebsrisikoprofil der Gruppe kann sich infolge menschlichen Fehlverhaltens, unzureichender oder fehlgeschlagener interner Prozesse und Systeme sowie äußerer Ereignisse verändern.*

Die Gruppe unterliegt vielen Arten von Betriebsrisiken, einschließlich dem Risiko von Betrug und kriminellen Handlungen (sowohl intern als auch extern), dem Risiko von Störungen von Prozessen, Kontrollmechanismen und Verfahren (oder dem Risiko, dass diese für Größe und den Umfang der Geschäfte der Gruppe unangemessen sind) sowie von Ausfällen oder der Nichtverfügbarkeit von Systemen. Die Gruppe unterliegt auch dem Risiko von Betriebsstörungen infolge von Ereignissen, die ganz oder teilweise außerhalb ihres Einflussbereiches liegen (zum Beispiel Naturkatastrophen, Terroranschläge, Epidemien und Ausfälle von Transportmitteln und öffentlichen Versorgungsdienstleistungen), die zum Ausfall oder zum Rückgang von gegenüber Kunden erbrachten Dienstleistungen und/oder zu wirtschaftlichen Verlusten für die Gruppe führen können. Das Betriebsrisiko, dem die Gruppe unterliegt, kann rapiden Änderungen unterworfen sein und es kann nicht garantiert werden, dass die Prozesse, Kontrollmechanismen, Verfahren und Systeme der Gruppe ausreichen, um solchen veränderten Risiken zu begegnen, oder zeitnah an solche Änderungen angepasst werden können. Alle vorgenannten Risiken bestehen auch dort, wo die Gruppe auf externe Dienstleister und Anbieter zurückgreift, um Dienstleistungen für sich selbst oder ihre Kunden zu beziehen.

### *(i) Ausfallsicherheit in Bezug auf technologische Infrastruktur*

Die technologische Infrastruktur der Gruppe ist ein entscheidender Faktor für ihren Geschäftsbetrieb und die Lieferung von Produkten und Dienstleistungen an ihre Kunden und Klienten. Jegliche Störungen beim Zugriff von Kunden auf ihre Kontoinformationen oder Verzögerungen bei der Vornahme von Zahlungen beeinträchtigen die Reputation der Gruppe erheblich und können sowohl im Rahmen der Problembeseitigung als auch im Rahmen der Kundenentschädigung möglicherweise hohe Kosten verursachen. Technische Effizienz und Automatisierung sind außerdem für die Kontrollumgebung wichtig, weshalb ein Hauptaugenmerk der Gruppe auf Verbesserungen in diesem Bereich liegt (z. B. durch Aktualisierung von Altsystemen und Einführung zusätzlicher Sicherheits-, Zugriffverwaltungs- und Funktionstrennungskontrollen).

### *(ii) Einstellung und Bindung von qualifiziertem Personal*

Die Gruppe ist stark auf gut ausgebildetes und hochqualifiziertes Personal angewiesen. Deshalb ist die Gruppe darauf angewiesen, neues vielfältig qualifiziertes Personal zu gewinnen und geeignete Mitarbeiter langfristig zu binden, um dauerhaft ihre Geschäfte führen, einen Wachstumskurs beschreiten sowie im Wettbewerb und einem immer komplexeren aufsichtsrechtlichen Umfeld bestehen zu können. Insbesondere infolge der Neuausrichtung der Vergütungsstruktur bei gleichzeitiger Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Gruppe und in Anbetracht der anhaltenden Erholung der Weltwirtschaft besteht das Risiko, dass einige Mitarbeiter sich dazu entschließen können, die Gruppe zu verlassen. Dies kann insbesondere auf Mitarbeiter zutreffen, die von der Einführung positionsbezogener Vergütung und Bonusbegrenzungen infolge gesetzlicher Änderungen betroffen sind oder deren Kompetenzen derzeit stark gefragt sind.

Gelingt es der Gruppe nicht, den Abgang von geeigneten Mitarbeitern zu verhindern, geeignetes Personal, das in der Lage ist, die Umsetzung aktueller und künftiger aufsichtsrechtlicher Standards und Vorgaben zu betreuen und durchzuführen, zu halten oder solche Mitarbeiter zeitnah und adäquat zu ersetzen, so kann dies nachteilige Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe sowie die Motivation ihrer Mitarbeiter haben.

*(iii) Cyber-Sicherheit*

Die Bedrohung, die Cyber-Angriffe für die Sicherheit von Informationen und Kundendaten der Gruppe darstellen, ist real und wächst zunehmend. Computersysteme werden u. a. von Aktivisten, feindlichen Staaten und Cyber-Kriminellen bedroht. Risiken in Bezug auf technische Systeme und Cyber-Sicherheit ändern sich schnell und erfordern eine ständige Überwachung und laufende Investitionen. In Anbetracht des wachsenden Fortschritts und der Möglichkeiten potenzieller Angriffe aus dem Cyberspace ist es möglich, dass Cyber-Angriffe künftig zu erheblichen Sicherheitsverletzungen führen. Wird mit Cyber-Sicherheitsrisiken nicht angemessen verfahren und werden bestehende Prozesse nicht fortlaufend überprüft und an neue Bedrohungen angepasst, drohen wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Reputation, Geschäftstätigkeit, Finanzlage und Geschäftsaussichten der Gruppe.

*(iv) Ermessen bei der Anwendung der Rechnungslegungsgrundsätze*

Bei der Erstellung von Abschlüssen nach IFRS ist es erforderlich, Schätzungen vorzunehmen. Außerdem sind von der Geschäftsleitung bei der Anwendung von maßgeblichen Rechnungslegungsgrundsätzen Ermessensentscheidungen zu treffen. Die zentralen Bereiche mit höheren Ermessensspielräumen oder höherer Komplexität oder Bereiche, bei denen Annahmen von entscheidender Bedeutung für die Konzern- und Einzelabschlüsse sind, sind u. a. der Wertminderungsaufwand für Restbuchwerte, Wertminderung und Wertbemessung von zur Veräußerung verfügbaren Finanzinvestitionen, Berechnung von Erträgen und latenten Steuern, der beizulegende Zeitwert von Finanzinstrumenten, Bewertung von Geschäfts- oder Firmenwert und immateriellen Vermögenswerten, Bewertung von Rückstellungen und Verbuchung von Pensionsverpflichtungen und Ruhestandsleistungen. Es besteht das Risiko, dass, wenn sich eine Ermessensentscheidung, Schätzung oder Annahme nachträglich als unrichtig herausstellt, dies zu einem erheblichen Verlust für die Gruppe führen kann, der den angenommenen Verlust oder die gebildeten Rückstellungen übersteigen kann. Dies könnte sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit, die Geschäftsergebnisse und die Finanzlage der Gruppe auswirken.

Gemäß dem International Accounting Standard (IAS) 37 "Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und Eventualforderungen" stellt, soweit in veröffentlichten Abschlüssen und Ergebnismitteilungen Rückstellungen für laufende Gerichts- oder aufsichtsrechtliche Verfahren (einschließlich in Bezug auf Restschuldversicherungen (*payment protection insurance*) und Zinssicherungsprodukte) ausgewiesen werden, der als Rückstellung angesetzte Betrag die bestmögliche Schätzung der Ausgabe dar, die zur Erfüllung der gegenwärtigen Verpflichtung zum Abschlussstichtag erforderlich ist. Solche Schätzungen sind zwangsläufig unsicher und es ist möglich, dass die tatsächlichen Ausgaben wesentlich von den aktuellen Schätzungen abweichen, wodurch künftig

erforderliche Rückstellungen erhöht werden müssen (wie es z. B. in Bezug auf die von der Gruppe für die Entschädigungszahlungen für Restschuldversicherungen gebildeten Rückstellungen der Fall war) oder sich tatsächliche Verluste ergeben können, die die gebildeten Rückstellungen übersteigen.

Darüber hinaus wurden in Zusammenhang mit bekannten oder künftigen Gerichts- oder aufsichtsrechtlichen Verfahren keine Rückstellungen gebildet, soweit keine Verpflichtung (gemäß Definition in IAS 37) festgestellt werden konnte. Dementsprechend kann eine für die Gruppe nachteilige Entscheidung in solchen Fällen zu erheblichen Verlusten für die Gruppe führen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden. Solche Verluste würden sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit, die Geschäftsergebnisse, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken.

Für zahlreiche der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gruppe stehen keine beobachtbaren Marktpreise zur Verfügung. Zur Schätzung des beizulegenden Zeitwerts wird eine Vielzahl von Verfahren angewendet. Sollte die Bewertung von solchen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten beobachtbar werden, zum Beispiel infolge von Veräußerungen oder Handelsaktivitäten Dritter von bzw. mit vergleichbaren Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, könnte dies zu einer wesentlich abweichenden Bewertung der derzeitigen Buchwerte in den Abschlüssen der Gruppe führen.

Die weitere Entwicklung von Rechnungslegungsstandards und Auslegungen im Rahmen von IFRS könnte sich auch erheblich auf die Geschäftsergebnisse, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken. So wird sich die Einführung des Rechnungslegungsstandards IFRS 9 "Finanzinstrumente" wahrscheinlich wesentlich auf die Bewertung und Wertminderung der von der Gruppe gehaltenen Finanzinstrumente auswirken.

*(v) Risiken im Zusammenhang mit Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren*

***Die Gruppe ist in stark regulierten Branchen tätig und die für sie geltenden Gesetze und Vorschriften sowie die sie betreffenden Verfahren können erhebliche Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die Ergebnisse der Gruppe haben***

Als global tätiger Finanzdienstleister unterliegt die Gruppe einer weitreichenden und umfassenden Regulierung gemäß den verschiedenen Rechtsordnungen, in denen sie tätig ist. Diese Gesetze und Vorschriften haben erhebliche Auswirkungen auf die Art, wie die Gruppe ihre Geschäfte führt, können den bestehenden Umfang ihrer Geschäftstätigkeit und ihre Möglichkeiten in Bezug auf die von ihr angebotenen Produkte oder angestrebten Übernahmen einschränken und zu einer Erhöhung der Betriebskosten führen und/oder ihre Produkte und Dienstleistungen für Kunden verteuern. Außerdem sind Vorschriften und Verfahren zum Schutz der Kunden von Finanzdienstleistern inzwischen immer stärker in den Blickpunkt gerückt. Infolgedessen sind auch die Aufsichtsbehörden verstärkt darauf bedacht, bisherige Praktiken zu untersuchen, angeblichen Verstößen konsequent nachzugehen und hohe Geldstrafen für Finanzdienstleister zu verhängen.

Die Gruppe ist vielen Formen von Risiken im Zusammenhang mit Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren ausgesetzt, einschließlich dem Risiko, dass (i) die

Führung der Geschäfte möglicherweise nicht im Einklang mit den anwendbaren Gesetzen und Vorschriften der jeweiligen Rechtsordnungen weltweit erfolgt oder erfolgt ist und daraus Geldstrafen und andere Strafen resultieren, (ii) vertragliche Ansprüche möglicherweise nicht wie beabsichtigt oder nur mit nachteiliger Wirkung für die Gruppe durchgesetzt werden können, (iii) gewerbliche Schutzrechte möglicherweise nicht wie beabsichtigt geschützt sind oder die Gruppe möglicherweise gewerbliche Schutzrechte nutzt, die die Rechte Dritter tatsächlich oder angeblich verletzen und (iv) eine Haftung gegenüber Dritten, die aus Schäden, die aus der Geschäftstätigkeit der Gruppe resultieren, entstehen kann.

#### ***Risiken im Zusammenhang mit wesentlichen Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren***

Die Gruppe ist, wie auch andere global tätige Finanzdienstleister, dem Risiko einer Zunahme von Gerichtsverfahren in den Rechtsordnungen, in denen sie tätig ist, ausgesetzt. Dies trifft insbesondere auf die Vereinigten Staaten zu, wo gegen die Gruppe u. a. im Rahmen von Sammelklagen Gerichtsverfahren in Bezug auf ihre Geschäftstätigkeit geführt werden und künftig geführt werden können.

Die Gruppe ist auch dem Risiko aufsichtsrechtlicher und anderer Ermittlungen in verschiedenen Rechtsordnungen sowie dem Risiko möglicher künftiger aufsichtsrechtlicher und anderer Ermittlungen sowie weiterer von Dritten u. a. im Rahmen von Einzel- und/oder Sammelklagen angestregten Zivilverfahren ausgesetzt.

Der Ausgang der aktuellen (und künftig möglicherweise angestregten) wesentlichen Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren ist schwer vorauszusagen. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass, unabhängig vom tatsächlichen Ausgang, der Gruppe in Zusammenhang mit solchen Verfahren erhebliche Ausgaben entstehen und dass eins oder mehrere dieser Verfahren folgende nachteilige Konsequenzen für die Gruppe haben könnten: Erheblicher monetärer Schadenersatz und/oder Geldstrafen, andere Strafen und Unterlassungsverfügungen, zusätzliche Zivilverfahren, unter bestimmten Umständen strafrechtliche Verfolgung, der Verlust eines vereinbarten Schutzes vor Strafverfolgung, aufsichtsrechtliche Auflagen für das Geschäft der Gruppe, Erhöhung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen, Einstellung einzelner Geschäftsfelder, öffentliche Verweise, Verlust beträchtlicher Vermögenswerte und/oder nachteilige Auswirkungen auf die Reputation der Gruppe.

Einzelheiten zu wesentlichen Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren, denen die Gruppe derzeit ausgesetzt ist, finden sich nachstehend unter "*Die Bank und die Gruppe - Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Verfahren*".

#### ***Mögliche finanzielle und rufschädigende Folgen von sonstigen Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren***

Die Gruppe ist an verschiedenen anderen, im Vereinigten Königreich und einigen anderen Jurisdiktionen geführten Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren beteiligt. Sie ist Gegenstand von durch die Gruppe oder gegen die Gruppe eingeleiteten Verfahren, die sich von Zeit zu Zeit aus dem gewöhnlichen Geschäftsbetrieb ergeben (u. a. beispielsweise bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit Verträgen, Wertpapieren, der Eintreibung von Schulden, Verbraucherkrediten, Betrugsfällen, Treuhandverhältnissen,

Kundenvermögen, Wettbewerbs-, Datenschutz-, Geldwäsche-, Arbeits-, Umwelt- und sonstigen Fragen des *Statute Law* (kodifiziertes Recht) oder des *Common Law*). In Bezug auf die Gruppe laufen außerdem Ermittlungs- und Untersuchungsverfahren, Auskunftersuchen, Prüfungen, Gerichts- und sonstige Verfahren von Aufsichtsbehörden sowie staatlichen und sonstigen öffentlichen Stellen im Zusammenhang mit (u. a.) Verbraucherschutzmaßnahmen, Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften, Großhandelsaktivitäten und anderen Bank- und Geschäftsaktivitäten, denen die Gruppe nachgeht oder nachgegangen ist.

Es können auch Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Verfahren geführt werden, die der Gruppe derzeit nicht bekannt sind oder bei denen derzeit noch keine Aussage dazu getroffen werden kann, ob diese sich wesentlich nachteilig auf die Lage der Gruppe auswirken. In Anbetracht der im Zusammenhang mit Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren bestehenden Unsicherheiten kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich der Ausgang bestimmter Verfahren in einem bestimmten Zeitraum wesentlich auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit oder den Cashflow der Gruppe auswirkt, was u. a. von der Höhe des aus den Verfahren resultierenden Verlusts und der Höhe des anderweitig für den jeweiligen Berichtszeitraum ausgewiesenen Ertrags abhängt. Hält die Gruppe aufgrund unzureichender Kontrollmaßnahmen oder aus einem anderen Grund geltende Gesetze, Vorschriften und für ihre Geschäftstätigkeit maßgebliche Verhaltenskodizes aller Rechtsordnungen, in denen sie tätig ist, nicht ein, können die vorstehend beschriebenen Folgen eintreten und es kann zum Entzug der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb in bestimmten Geschäftsfeldern kommen.

Die Nichteinhaltung kann zudem Kosten im Zusammenhang mit Ermittlungen und Entschädigungen betroffener Kunden nach sich ziehen. Letztere können die unmittelbaren Kosten aus aufsichtsrechtlichen Zwangsmaßnahmen übersteigen. Hinzu kommt, dass sich durch einen Reputationsschaden der Franchise-Wert verringern kann.

Zudem besteht das Risiko, dass aus dem Ausgang von (derzeitigen oder künftigen) Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren oder entsprechenden Ermittlungen, an denen die Gruppe beteiligt ist (unabhängig davon, ob diese in diesem Risikofaktor aufgeführt sind), im Rahmen einer umfassenden Reaktion der zuständigen Gesetzgeber und Aufsichtsbehörden Änderungen von Gesetzen oder Rechtsvorschriften hervorgehen. Eine nachteilige Entscheidung in einem oder mehreren dieser Verfahren, entweder gegen die Gruppe oder ein anderes Finanzinstitut, gegen das vergleichbare Klagen geführt werden, könnte zu weiteren Klagen gegen die Gruppe führen.

Jedes dieser Risiken könnte sich im Falle seines Eintretens nachteilig auf die Geschäftsergebnisse, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken.

*(vi) Regulatorische Risiken*

***Der Finanzdienstleistungssektor unterliegt weiterhin erheblichen aufsichtsrechtlichen Änderungen und Überprüfungen, die nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, finanzielle Entwicklung sowie Kapital- und Risikomanagementstrategien der Gruppe haben können***

Regulatorische Risiken entstehen infolge der Nichteinhaltung oder des Unvermögens zur Einhaltung von Gesetzen, Vorschriften oder Bestimmungen im Zusammenhang mit dem

Finanzdienstleistungssektor, die momentan wesentlichen Änderungen unterliegen. Die Nichteinhaltung kann zu Bußgeldern, öffentlichen Verweisen, Reputationsschäden, verschärften aufsichtsrechtlichen Anforderungen, Änderungen der Struktur und/oder der Strategie der Gruppe, der zwangsweisen Einstellung einzelner Geschäftsfelder oder, in Extremfällen, zum Entzug der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb führen. Die Nichteinhaltung kann zudem Kosten im Zusammenhang mit Ermittlungen und Entschädigungen betroffener Kunden nach sich ziehen. Letztere können die unmittelbaren Kosten aus aufsichtsrechtlichen Zwangsmaßnahmen übersteigen. Hinzu kommt, dass sich durch einen Reputationsschaden der Franchise-Wert verringern kann.

#### ***Aufsichtsrechtliche Änderungen***

Die Gruppe unterliegt, wie die meisten anderen Finanzdienstleister, in vielen Ländern, in denen die Gruppe tätig ist (insbesondere im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten sowie in Anbetracht des umfangreichen Investmentbankinggeschäfts der Gruppe), weiterhin in einem erheblichen Ausmaß aufsichtsrechtlichen Änderungen und verschärften Kontrollen. Dies hat zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit Überwachung und Beaufsichtigung, gestiegenen Erwartungen und erhöhten Anforderungen geführt, unter anderem im Hinblick auf: (i) Eigenkapital-, Liquiditäts- und Fremdkapitalanforderungen (beispielsweise gemäß Basel III und CRD IV), (ii) strukturelle Reformen und Sanierungs- und Abwicklungsplanung und (iii) Marktinfrastrukturreformen wie zum Beispiel Clearing von OTC-Derivativen. Infolgedessen bedürfen die regulatorischen Risiken weiterhin der Aufmerksamkeit der Führungsspitze und werden einen erheblichen Anteil der Unternehmensressourcen binden. Außerdem könnten sich der vorstehend beschriebene strengere Ansatz und die verschärften Anforderungen, Unsicherheit sowie der Umfang internationaler regulatorischer Koordination im Zuge der Entwicklung und Umsetzung verbesserter aufsichtsrechtlicher Standards nachteilig auf die Geschäfts-, Kapital- und Risikomanagementstrategien der Gruppe auswirken und/oder dazu führen, dass die Gruppe sich dazu entschließt, Änderungen an ihrer rechtlichen Struktur, ihren Kapital- und Finanzierungsstrukturen sowie ihrer geschäftlichen Ausrichtung vorzunehmen oder bestimmte Geschäftstätigkeiten ganz einzustellen oder in bestimmten Bereichen trotz des ansonsten attraktiven Potenzials nicht zu expandieren.

#### ***Umsetzung von Basel III/CRD IV und zusätzlicher aufsichtsrechtlicher Vorgaben der PRA***

Die CRD IV führt erhebliche Änderungen der für Banken geltenden aufsichtsrechtlichen Bestimmungen ein, darunter: erhöhte Mindestkapitalquoten, Änderungen hinsichtlich der Definition von Eigenkapital und der Berechnung risikogewichteter Aktiva sowie die Einführung neuer Maßnahmen in Bezug auf Leverage, Liquidität und Finanzierung. Die CRD IV trat im Vereinigten Königreich und anderen EU-Mitgliedstaaten am 1. Januar 2014 in Kraft. Die CRD IV sieht für einige der verschärften Eigenkapitalanforderungen und einige andere Maßnahmen, wie z. B. die CRD-IV-Verschuldungsquote, die voraussichtlich nicht vor dem Jahr 2018 endgültig umgesetzt werden, eine Übergangsfrist vor. Unabhängig davon fordert die britische Prudential Regulation Authority ("**PRA**") von der Gruppe, dass diese innerhalb vorgegebener Fristen bestimmte Vorgaben in Bezug auf Eigenkapital- und Verschuldungsquote erfüllt. Die Gruppe hat die Vorgabe der PRA erfüllt, bis 31. Dezember 2013 eine bereinigte *Common Equity Tier 1*-Quote bei vollumfänglicher Anwendung der



CRD IV (*adjusted fully loaded CET1 ratio*) von 7 % zu erreichen, und wird voraussichtlich bis 30. Juni 2014 eine PRA-Verschuldungsquote von 3 % erreichen.

Es besteht das Risiko, dass entweder infolge von weiteren Änderungen weltweiter Standards, des EU-Rechts (einschließlich der CRD IV selbst und/oder über verbindliche von der Europäischen Bankaufsichtsbehörde entwickelte aufsichtsrechtliche technische Standards) oder Änderungen der Auslegung und Anwendung der CRD-IV-Anforderungen durch die PRA in Bezug auf Banken im Vereinigten Königreich, einschließlich hinsichtlich der Zulassung einzelner Modelle gemäß CRD II und III, im Vereinigten Königreich umgesetzte CRD-IV-Anforderungen geändert werden. So sollen weitere vom Baseler Ausschuss im Januar 2014 veröffentlichte Richtlinien zur Berechnung der Verschuldungsquote im Laufe des Jahres 2014 in EU-Recht und das Recht des Vereinigten Königreichs umgesetzt werden.

Darüber hinaus verfügt der Ausschuss für Finanzpolitik (*Financial Policy Committee*) der Bank of England, soweit dies zum Schutz der finanziellen Stabilität erforderlich ist, über rechtliche Befugnisse zur Abgabe von Empfehlungen hinsichtlich der Anwendung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und darüber hinaus über weitere Befugnisse (oder kann diese eingeräumt bekommen), einschließlich der Befugnis, die PRA und die FCA anzuweisen, Eigenkapitalanforderungen branchenspezifisch anzupassen. Solche Anweisungen würden für alle Banken und Bausparkassen im Vereinigten Königreich gelten, und nicht nur für die Gruppe selbst.

Entsprechende Änderungen können – einzeln oder in ihrer Gesamtheit betrachtet – unerwartet zu verschärften Anforderungen hinsichtlich der Kapital-, Verschuldungs-, Liquiditäts- und Finanzierungsquote der Gruppe führen oder die Methode zur Berechnung dieser Quoten ändern. Dadurch können weitere Maßnahmen der Geschäftsführung zur Anpassung an die geänderten Anforderungen erforderlich werden, u. a. Kapitalerhöhungen, Senkung der Verschuldungsquote und Abbau risikogewichteter Aktiva, Änderung der gesellschaftsrechtlichen Struktur (einschließlich hinsichtlich der Aufnahme und des Einsatzes von Kapital und Finanzierungen für die Gruppe) und Änderung der geschäftlichen Ausrichtung der Gruppe oder Aufgabe von sonstigen Geschäftsfeldern und/oder das Ergreifen sonstiger Maßnahmen zur Stärkung der Position der Gruppe.

### **Strukturreform**

In einer Reihe von Rechtsordnungen sind neue Rechtsvorschriften bzw. Regelungen eingeführt worden (oder es wird derzeit erwogen, diese einzuführen), die sich in beträchtlichem Maße auf die Struktur, die geschäftlichen Risiken und die Geschäftsführung der Gruppe sowie insgesamt auf den Finanzdienstleistungssektor auswirken könnten. Zu den wesentlichen für die Gruppe maßgeblichen Entwicklungen zählen u. a.:

- Der *UK Financial Services (Banking Reform) Act 2013* verleiht britischen Behörden die Befugnis zur Umsetzung zentraler Empfehlungen der Unabhängigen Bankenkommission (*Independent Commission on Banking*), darunter: (i) die Ausgliederung des Privatkundengeschäfts der größten britischen Banken im Vereinigten Königreich und EWR auf ein rechtlich, betrieblich und wirtschaftlich eigenständiges und unabhängiges Unternehmen (sog. "Ring-Fencing"), (ii) gesetzliche Bevorzugung von Einlegern im Falle der Insolvenz, (iii) eine Reservebefugnis (*reserve power*), die es der PRA unter bestimmten Umständen erlaubt, die vollständige Ausgliederung des

Privatkundengeschäfts von britischen Banken, die von den Reformen erfasst sind, durchzusetzen und (iv) eine "Bail-in"-Stabilisierungsoption im Rahmen der Befugnisse der britischen Abwicklungsbehörde.

- Die Vorschläge der Europäischen Kommission von Januar 2014 für eine Richtlinie zur Umsetzung des Liikanen-Berichts, die für EU-Finanzinstitute von weltweiter Bedeutung gelten würden, sehen u. a. Folgendes vor: (i) ein Verbot des Eigenhandels mit Finanzinstrumenten und Waren, (ii) die Befugnis und, in bestimmten Fällen, Pflicht der Aufsichtsbehörden, die Übertragung von als mit hohem Risiko behaftet geltenden Handelsaktivitäten auf eigenständige Rechtsträger innerhalb einer Bankengruppe anzuordnen und (iii) Regelungen hinsichtlich der wirtschaftlichen, rechtlichen, unternehmensführungsbezogenen und betrieblichen Verbindungen zwischen dem eigenständigen Rechtsträger, auf den die Handelsaktivitäten übertragen wurden, und der übrigen Bankengruppe.
- Das *US Board of Governors of the Federal Reserve System ("FRB")* erließ im Februar 2014 (zur Umsetzung verschiedener durch *Section 165 des Dodd Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act 2010* eingeführter verschärfter aufsichtsrechtlicher Standards) endgültige Regelungen (*final rules*) für bestimmte ausländische Bankinstitute und deren US-Geschäfte, die auch die Gruppe betreffen. Da ihr Gesamtvermögen innerhalb und außerhalb der Vereinigten Staaten USD 50 Mrd. übersteigt, würde die Gruppe den strengsten Anforderungen der endgültigen Regelungen unterliegen, u. a. der Anforderung zur Schaffung einer US-Zwischenholdingstruktur für ihre Banken- und sonstigen Tochtergesellschaften in den Vereinigten Staaten (einschließlich Barclays Capital Inc., die US-Broker-Dealer-Tochter der Gruppe). Die Zwischenholdinggesellschaft würde grundsätzlich wie eine US-Banken-Holdinggesellschaft vergleichbarer Größe der Aufsicht und Regulierung durch das FRB unterliegen, einschließlich im Hinblick auf regulatorisches Eigenkapital und Stresstests. So hätte die konsolidierte Zwischenholdinggesellschaft gemäß den endgültigen Regelungen eine Reihe zusätzlicher aufsichtsrechtlicher Anforderungen zu erfüllen, u. a.: (i) von wenigen Ausnahmen abgesehen, regulatorische Eigenkapitalanforderungen des FRB und Begrenzungen des zulässigen Verschuldungshebels (*leverage Limits*) entsprechend der für US-Bankinstitute vergleichbarer Größe geltenden Regelungen, (ii) obligatorische interne und aufsichtsbehördliche Stresstests in Bezug auf Kapitalausstattung und Vorlage eines Kapitalplans beim FRB, (iii) aufsichtsrechtliche Genehmigung und Begrenzungen von Kapitalausschüttungen der Zwischenholdinggesellschaft an die Bank, (iv) erhebliche zusätzliche Liquiditätsanforderungen (einschließlich monatlicher interner Liquiditätsstresstests und Vorhaltung vorgegebener Liquiditätspuffer) und sonstige Anforderungen in Bezug auf das Liquiditätsrisikomanagement sowie (v) allgemeine Risikomanagementanforderungen, einschließlich Bildung eines US-Risikoausschuss und Benennung eines US Chief Risk Officer. Die endgültigen Regelungen treten am 1. Juni 2014 in Kraft, allerdings ist in den meisten Fällen eine zwischen 2015 und 2018 endende Übergangsfrist vorgesehen. Die Gruppe muss eine Zwischenholdinggesellschaft erst bis 1. Juli 2016 gegründet haben. Die Zwischenholdinggesellschaft hat ab 1. Januar 2018 die grundsätzlich in den Vereinigten Staaten geltende Leverage-Mindestanforderung zu

erfüllen (*US generally applicable minimum leverage capital requirement*) (die von der internationalen Verschuldungsquote nach Basel III abweicht, u. a. dahingehend, dass hier keine außerbilanziellen Risikopositionen berücksichtigt werden).

- Endgültige Regelungen (die im Dezember 2013 erlassen wurden) zur Umsetzung der Anforderungen von *Section 619* des Dodd-Frank Act – die sogenannte "Volcker-Regel" – werden, sobald sie vollständig in Kraft getreten sind, bestimmte Eigenhandelsaktivitäten von Bankinstituten, einschließlich Barclays PLC, der Bank und verschiedenen Tochtergesellschaften und verbundenen Unternehmen, untersagen und deren Tätigkeit als Sponsor von Private-Equity- und Hedgefonds sowie Investitionen in Private-Equity- und Hedgefonds (jeweils im weiteren Sinne) einschränken. Bei diesen Beschränkungen bestehen jedoch einige wichtige Ausnahmen sowie weitere Ausnahmeregelungen bei Transaktionen und Investitionen, die ausschließlich außerhalb der Vereinigten Staaten erfolgen. Die Gruppe wird auch dazu verpflichtet sein, im Hinblick auf Eigenhandels- und versteckte Fondsaktivitäten ein umfassendes Compliance- und Überwachungsprogramm (sowohl innerhalb als auch außerhalb der Vereinigten Staaten) mit verschiedenen Anforderungen im Hinblick auf Executive-Officer-Bestätigungen aufzusetzen, weshalb die Gruppe davon ausgeht, dass die Compliance-Kosten steigen werden. Grundsätzlich sind die Regelungen (bei einigen Regelungen vorbehaltlich möglicher Verlängerungen) bis Juli 2015 umzusetzen.
- Im Dezember 2013 erzielten das Europäische Parlament und die Verhandlungsführer der EU-Ratspräsidentschaft eine politische Einigung über den Entwurf eines Vorschlags für eine Richtlinie zur Einführung eines europaweiten Rahmens für die Sanierung und Auflösung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (die "**Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie**" oder "**SA-Richtlinie**"), der voraussichtlich 2014 finalisiert wird.

Diese Gesetze und Vorschriften sowie die Art und Weise ihrer Auslegung und Umsetzung durch die Aufsichtsbehörden ist möglicherweise mit vielen erheblichen Auswirkungen verbunden, darunter Änderungen der rechtlichen Struktur der Gruppe, Änderungen hinsichtlich der Art und Weise, in der Kapital und Finanzierungen innerhalb der Gruppe aufgenommen und verwendet werden, sowie Änderungen hinsichtlich der Stellen innerhalb der Gruppe, an denen dies geschieht, erhöhte Anforderungen an die Fähigkeit der Gruppe und/oder bestimmter juristischer Personen oder Konzernteile innerhalb der Gruppe zur Verlustabsorption und mögliche Änderungen der geschäftlichen Ausrichtung und des Geschäftsmodells (einschließlich einer möglichen Aufgabe bestimmter Geschäftsaktivitäten). Diese und weitere aufsichtsrechtliche Änderungen und die daraus resultierenden Maßnahmen können sich nachteilig auf die Rentabilität, die betriebliche Flexibilität, die Flexibilität des Einsatzes von Kapital und Finanzierungen, die Eigenkapitalrendite, die Fähigkeit zur Zahlung von Dividenden und/oder die Finanzlage der Gruppe auswirken. Nähere Einzelheiten zu diesen rechtlichen Bestimmungen und der regulatorischen Gesetzgebung sowie deren endgültigen Auswirkungen auf die Gruppe, die erheblich sein könnten, sind derzeit noch nicht vorhersehbar.

#### ***Sanierungs- und Abwicklungsplanung***

Der Schwerpunkt internationaler und britischer Aufsichtsbehörden liegt auch weiterhin klar auf der Frage der Abwicklungsfähigkeit. Die Gruppe arbeitet weiterhin mit allen zuständigen

Behörden hinsichtlich Sanierungs- und Abwicklungsplänen ("**Sanierungs- und Abwicklungspläne**") sowie der praktischen Details des Abwicklungsprozesses zusammen. Dies beinhaltet die Bereitstellung von Informationen, die im Falle einer Abwicklung für eine verbesserte Abwicklungsfähigkeit der Gruppe erforderlich wären. Die Gruppe hat erstmals Mitte 2012 ihre Sanierungs- und Abwicklungspläne bei britischen und US-amerikanischen Aufsichtsbehörden förmlich eingereicht und seither weiterhin mit den zuständigen Behörden zusammengearbeitet, um mögliche Hindernisse für die Abwicklungsfähigkeit zu ermitteln und auszuräumen. Der zweite US-Abwicklungsplan wurde im Oktober 2013 eingereicht; die Gruppe geht von jährlichen Einreichungen in der Zukunft aus.

Die EU hat den Wortlaut der SA-Richtlinie genehmigt und wird die Rechtsvorschriften voraussichtlich 2014 verabschieden. Mit der SA-Richtlinie wird ein Rahmen für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierunternehmen eingeführt. Ziel dieses Abwicklungsregimes ist es, den Behörden die Instrumente an die Hand zu geben, die sie benötigen, um beim Ausfall eines Kreditinstituts rechtzeitig und schnell genug eingreifen zu können, damit die Kontinuität der kritischen wirtschaftlichen und Finanzierungsfunktionen des Kreditinstituts bzw. des Wertpapierunternehmens sichergestellt ist, und dabei die Auswirkungen eines Ausfalls auf das Finanzsystem zu minimieren. Ferner soll mit dem Abwicklungsregime sichergestellt werden, dass Verluste zunächst von den Gesellschaftern und nach den Gesellschaftern von bestimmten Gläubigern getragen werden; dabei gilt jeweils die Maßgabe, dass den Gläubigern Verluste nur in der Höhe entstehen dürfen, in der sie im Falle der Abwicklung des Kreditinstituts im Wege eines ordentlichen Insolvenzverfahrens entstanden wären. Durch die SA-Richtlinie erhalten die Abwicklungsbehörden Befugnisse, von Kreditinstituten wesentliche Änderungen im Hinblick auf eine verbesserte Sanierungs- und Abwicklungsfähigkeit zu verlangen. Im Rahmen dieser Befugnisse können sie u. a. von der Gruppe verlangen, dass diese Änderungen an ihrer rechtlichen oder operativen Struktur vornimmt (einschließlich der Restrukturierung der Gruppe dahingehend, dass diese in leichter abwickelbare Einheiten aufgespalten wird), bestimmte gegenwärtig durchgeführte oder beabsichtigte Aktivitäten einschränkt oder einstellt oder ein festgelegtes Minimum an 'Bail-in'-Verbindlichkeiten hält, deren Abschreibung bzw. Umwandlung in Eigenkapital im Rahmen des sog. 'Bail-in'-Instruments eingefordert werden kann. Der Vorschlag ist in allen europäischen Mitgliedstaaten bis zum 1. Januar 2015 umzusetzen; hiervon ausgenommen sind die 'Bail-in'-Befugnisse, die bis zum 1. Januar 2016 umgesetzt sein müssen.

Im Vereinigten Königreich wird die Sanierungs- und Abwicklungsplanung inzwischen als Teil der laufenden Aufsicht angesehen. Für die einzelnen Kreditinstitute/Wertpapierunternehmen wird im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Vorgehens der PRA jeweils geprüft, wie Hindernisse für die Abwicklung beseitigt werden können; dabei kann die PRA von den Kreditinstituten/Wertpapierfirmen wesentliche Änderungen im Hinblick auf eine verbesserte Abwicklungsfähigkeit verlangen. Das Vereinigte Königreich wird darüber hinaus zu prüfen haben, wie es die SA-Richtlinie in britisches Recht umsetzt.

Die Gruppe ist der Ansicht, dass sie bei der Beseitigung von Hindernissen für die Abwicklung gute Fortschritte erzielt; sollten die zuständigen Behörden jedoch letztlich entscheiden, dass die Gruppe oder eine wesentliche Tochtergesellschaft nicht abwicklungsfähig ist, könnten die Auswirkungen der strukturellen Änderungen (gleichgültig, ob im Zusammenhang mit

Sanierungs- und Abwicklungsplänen oder sonstigen Initiativen zu Strukturreformen) die Kapital-, die Liquiditäts- und die Verschuldungsquote sowie die Gesamtrentabilität der Gruppe beeinträchtigen, z. B. infolge einer Verdopplung von Infrastrukturkosten, entgangene Umsätze im Zusammenhang mit Kreuzparitäten (*lost cross-rate revenues*) und zusätzlicher Finanzierungskosten.

### **Reformen der Marktinфраstruktur**

Mit der EU-Verordnung über die europäische Marktinфраstruktur ("EMIR") werden Anforderungen zur Verbesserung der Transparenz und Verringerung der Risiken in Verbindung mit dem Derivatemarkt eingeführt. Einige dieser Anforderungen sind bereits 2013 in Kraft getreten, weitere werden 2014 in Kraft treten. Gemäß EMIR sind Unternehmen, die Derivatekontrakte in irgendeiner Form abschließen möchten, zu Folgendem verpflichtet: Jeden abgeschlossenen Derivatekontrakt an ein Transaktionsregister zu melden; einen neuen Risikomanagementstandards für alle zweiseitigen außerbörslichen Derivategeschäfte, deren Clearing nicht über eine zentrale Gegenpartei durchgeführt wird, einzuführen; und ein Clearing – über eine zentrale Gegenpartei – von außerbörslichen Derivaten, für die zwingend eine Clearingpflicht vorgesehen ist, durchzuführen. Mit der Eigenkapitalrichtlinie IV ("CRD IV") soll EMIR über die Anwendung höherer Eigenkapitalanforderungen für zweiseitige außerbörsliche Derivategeschäfte ergänzt werden. Geringere Eigenkapitalanforderungen für geclearte Geschäfte können nur gewährt werden, wenn die zentrale Gegenpartei eine anerkannte ‚qualifizierte zentrale Gegenpartei‘ (*‘qualifying central counterparty’*) ist, die über eine Zulassung oder Anerkennung gemäß der EMIR (unter Einhaltung damit verbundener verbindlicher technischer Standards) verfügt. Weitere bedeutende Reformen der Marktinфраstruktur werden durch Änderungen der EU-Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID) eingeführt, die derzeit von den rechtssetzenden Organen der EU finalisiert und voraussichtlich 2016 umgesetzt werden.

In den Vereinigten Staaten ist gemäß dem Dodd-Frank Act ebenfalls vorgeschrieben, dass bestimmte Arten von Derivaten, die derzeit außerbörslich gehandelt werden, an einer Börse oder einer sogenannten *Swap Execution Facility* gehandelt werden müssen, und die einem zentralen Clearing durch eine regulierte Clearingstelle zu unterwerfen sind. Darüber hinaus unterstehen die Teilnehmer an den betreffenden Märkten nunmehr der Regulierung und Aufsicht durch die US Commodity Futures Trading Commission (CFTC) und die US Securities and Exchange Commission (SEC). Für Unternehmen, die sich bei der CFTC als ‚Swap-Händler‘ (*‘swap dealer’*) oder sogenannte ‚Major Swap Participants‘ bzw. bei der SEC als sogenannte ‚Security-Based Swap Dealers‘ oder ‚Major Security-Based Swap Dealers‘ registrieren lassen müssen, gelten bereits oder künftig Pflichten hinsichtlich Geschäftsführung, Kapital, Margen und der Führung von Unterlagen sowie Meldepflichten. Die Bank hat sich bei der CFTC als Swap-Händler registrieren lassen.

Es ist möglich, dass weitere aufsichtsrechtliche Bestimmungen und die damit verbundenen Aufwendungen und Anforderungen zu einer Erhöhung der Kosten und einer Beschränkung der Teilnahme an den Derivatemarkten führen, wodurch sich die Kosten für den Abschluss von Hedging-Geschäften oder sonstigen Geschäften erhöhen können und es zu einer Reduzierung der Liquidität sowie einer Einschränkung der Nutzung der Derivatemarkte kommen kann.

Die neuen für die Derivatmärkte geltenden aufsichtsrechtlichen Bestimmungen könnten sich nachteilig auf das Geschäft der Gruppe auf den betreffenden Märkten auswirken und die Durchführung von Hedging- und Handelsaktivitäten erschweren und verteuern, was wiederum zu einer geringeren Nachfrage nach Swap-Handelsdienstleistungen und ähnlichen Dienstleistungen der Gruppe führen kann. Darüber hinaus ist es möglich, dass infolge dieser erhöhten Kosten die neuen aufsichtsrechtlichen Bestimmungen die Gruppe veranlassen, eine Verringerung ihrer Aktivitäten an diesen Märkten zu beschließen.

*(vii) Verluste aus zusätzlicher Steuerbelastung*

Die Gruppe unterliegt den Steuergesetzen in allen Ländern, in denen sie tätig ist, einschließlich der auf EU-Ebene verabschiedeten Steuergesetze, und wird von einer Reihe von Doppelbesteuerungsabkommen beeinflusst, die zwischen Ländern abgeschlossen werden.

Es besteht das Risiko, dass die Gruppe Verluste aus zusätzlicher Steuerbelastung, sonstigen finanziellen Kosten oder Reputationsschäden erleiden könnte, die darauf zurückzuführen sind, dass gegen das geltende Steuerrecht verstoßen wurde oder dessen Anwendung falsch eingeschätzt wurde, der Umgang mit den Steuerbehörden nicht rechtzeitig und auf transparente und effektive Weise erfolgte (auch in Bezug auf vergangene Transaktionen, die möglicherweise als steuerlich aggressiv wahrgenommen wurden), die Steuerschätzungen in Bezug auf die eingereichten und prognostizierten Steuerangaben falsch berechnet wurden oder eine fehlerhafte Steuerberatung erfolgte. Solche Vorwürfe oder das Vorgehen gegen Entscheidungen zuständiger Steuerbehörden könnten zu negativer Berichterstattung, Reputationsschäden und potenziell zu Kosten führen, deren Betrag die kurzfristigen Rückstellungen wesentlich übersteigt, jeweils in einem Ausmaß, das sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit, Finanzlage und Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken könnte.

Darüber hinaus könnten sich Änderungen der auf die Gruppe anwendbaren Steuersysteme in erheblichem Maße nachteilig auf die Gruppe auswirken. Zum Beispiel könnte sich, je nach Ausgestaltung der in der endgültigen Fassung der Rechtsvorschriften umgesetzten Bedingungen die Einführung der beabsichtigten EU-Finanztransaktionssteuer nachteilig auf bestimmte Geschäftsbereiche der Gruppe auswirken und sich auch in wesentlichem Maße nachteilig auf die Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken.

*(viii) Umsetzung des 'Transform Programme' und anderer Strategiepläne*

Das ‚Transform Programme‘ stellt die derzeitige Strategie der Gruppe sowohl für eine verbesserte finanzielle Entwicklung als auch für einen Kulturwandel dar. Die Gruppe geht von erheblichen Restrukturierungskosten für die Umsetzung dieses Strategieplans aus. Bei der erfolgreichen Entwicklung und Umsetzung solcher Strategiepläne sind schwierige, subjektive und komplexe Einschätzungen vorzunehmen, u. a. Prognosen der Wirtschaftsbedingungen in verschiedenen Teilen der Welt, und es bestehen dabei erhebliche Ausführungsrisiken. So können ein merklicher Abschwung der globalen Konjunktur, Altlasten (*'legacy issues'*), Einschränkungen in Bezug auf Management- oder operative Fähigkeiten oder wesentliche und unerwartete aufsichtsrechtliche Veränderungen in Ländern, in denen die Gruppe tätig ist, die Fähigkeit der Gruppe zur erfolgreichen Umsetzung des Transform Programme und anderer derartiger Strategiepläne beeinträchtigen. Darüber hinaus werden sich die

verschiedenen Komponenten des "Transform Programme" (einschließlich Kostenreduktion im Vergleich zum Nettoergebnis) wahrscheinlich nicht einheitlich oder linear entwickeln und bestimmte Ziele können langsamer als andere oder überhaupt nicht erreicht werden.

Ein Scheitern der erfolgreichen Umsetzung des "Transform Programme" könnte sich nachteilig auf die Fähigkeit der Gruppe auswirken, die vorgegebenen Ziele, Schätzungen (auch in Bezug auf künftige Kapital- und Verschuldungsquoten und Dividendenausschüttungsquoten) und andere erwartete Nutzen des "Transform Programme" zu erreichen. Außerdem besteht das Risiko, dass die mit der Umsetzung der Strategie verbundenen Kosten den durch das Programm erwarteten finanziellen Nutzen übersteigen. Darüber hinaus kann es sein, dass das Ziel, konzernweit eine Unternehmenskultur und einen Wertrahmen zu verankern und damit einen nachhaltigen und bedeutsamen Kulturwandel in der Gruppe zu bewirken, nicht erreicht wird. Dies könnte sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit, Finanzlage und Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken.

## **6.7 Verhaltensrisiko**

***Kunden, Auftraggeber oder Vertragspartner der Gruppe, oder die Gruppe und ihre Mitarbeiter können durch unsachgemäße Entscheidungen bei der Ausübung der Geschäftstätigkeit der Gruppe einen Nachteil erleiden.***

Wird das Verhaltensrisiko nicht effizient gesteuert, kann es zu Nachteilen für die Kunden, Auftraggeber und Vertragspartner der Gruppe oder Verletzungen der Marktintegrität kommen. Außerdem können dadurch Nachteile für die Gruppe und ihre Mitarbeiter entstehen. Dies ist nicht vereinbar mit den Zielen und Werten der Gruppe und kann sich nachteilig auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken. Mögliche Folgen sind außerdem negative Berichterstattung, Ertragsausfälle, Rechtsstreitigkeiten, strengere Kontrolle und/oder Eingriffe durch Aufsichtsbehörden, aufsichtsrechtliche oder legislative Maßnahmen, Einbußen im bestehenden und potenziellen Kundengeschäft, Verschlechterung der Arbeitsmoral und Schwierigkeiten bei der Rekrutierung und Bindung von Nachwuchskräften. Dies kann zu einer – mittel- oder unmittelbaren – Minderung der Attraktivität der Gruppe für Interessengruppen, einschließlich der Kunden, führen.

In einer Reihe von Bereichen hat die Gruppe finanziellen Verlust und Reputationsschaden mit wahrscheinlich anhaltenden Folgen aufgrund verhaltensbezogener Angelegenheiten erlitten. Hierzu zählen Angelegenheiten in Bezug auf den LIBOR (*London interbank offered rate*), Zinssicherungsprodukte und Restschuldversicherungen (*payment protection insurance*). 2013 wurden in Bezug auf Zinssicherungsprodukte die Rückstellungen auf insgesamt GBP 650 Mio. gesteigert, wodurch sich der Gesamtbetrag der Rückstellungen zum 31. Dezember 2013 auf GBP 1,5 Mrd. erhöhte. In Bezug auf Restschuldversicherungen wurden im Jahr 2013 Rückstellungen auf GBP 1,35 Mrd. gesteigert, wodurch sich der Gesamtbetrag der Rückstellungen auf GBP 3,95 Mrd. erhöhte. Soweit sich die derzeitigen Schätzungen des Managements nicht bestätigen, kann eine erneute Rückstellungserhöhung erforderlich sein und weitere Reputationsschäden entstehen.

Außerdem hat die Gruppe bestimmte Probleme mit Daten in einigen alten Kontoauszügen und Mahnungen im Zusammenhang mit Verbraucherkreditkonten festgestellt und deshalb einen Plan zur Rückzahlung von fälschlicherweise von Kunden eingeforderten Zinszahlungen umgesetzt. Die Gruppe überprüft außerdem alle Bereiche, in denen es zu ähnlichen Problemen kommen könnte, u. a. Business Banking, Barclaycard, Wealth and Investment Management und Corporate Bank, um ähnliche oder damit verbundene Probleme zu beurteilen. Der Ausgang dieser Überprüfung ist derzeit noch offen. Die Ergebnisse der Überprüfung können sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit, das Finanzergebnis und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken.

Darüber hinaus werden mitunter aufsichtsrechtliche Ermittlungsverfahren gegen die Gruppe geführt, bei denen das Risiko besteht, dass die Beteiligung der Gruppe an einem Fehlverhalten festgestellt wird. Es ist nicht möglich, die sich daraus ergebenden Folgen oder Auswirkungen vorherzusehen, so dass neben Geldstrafen auch andere Arten aufsichtsrechtlicher Sanktionen möglich sind. Es besteht das Risiko, dass es weitere Fälle von Fehlverhalten (auch bei bereits abgeschlossenen Geschäften) gibt, die der Gruppe derzeit nicht bekannt sind.

Risiken im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Geldwäsche und Bestechung sowie im Zusammenhang mit Sanktionen und andere Compliance-Risiken

Ein zentrales politisches Thema im Hinblick auf Finanzinstitute in den letzten Jahren (insbesondere im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten) ist die Bekämpfung von Geldwäsche, Bestechung und Terrorismusfinanzierung sowie die Durchsetzung von Wirtschaftssanktionen. Insbesondere für das US-Geschäft der Gruppe maßgebliche Vorschriften enthalten die Verpflichtung, geeignete Strategien, Prozesse und interne Kontrollen zur Aufdeckung, Verhinderung und Anzeige von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung umzusetzen. Außerdem ist die Gruppe aufgrund solcher Vorschriften in den Vereinigten Staaten dazu verpflichtet, Wirtschaftssanktionen der USA u. a. gegen ausländische Staaten, Organisationen, Gesellschaften und Einzelpersonen einzuhalten.

Das Risiko von Verstößen ist bei großen global tätigen Bankengruppen wie der Gruppe in Anbetracht von Art, Umfang und Komplexität ihrer Organisation und der mit der Einführung verlässlicher Kontrollmechanismen verbundenen Herausforderungen hoch. Die Gruppe ist zudem in weniger etablierten Märkten wie Afrika, Asien und dem Nahen Osten tätig, wo die Risiken von Verstößen höher als in den etablierten Märkten sind. Gelingt es der Gruppe nicht, geeignete Mechanismen zur Bekämpfung von Geldwäsche, Bestechung und Terrorismusfinanzierung umzusetzen oder Wirtschaftssanktionen einzuhalten, kann es zu ernsthaften rechtlichen Folgen und Reputationsschäden für die Organisation kommen, einschließlich Bußgelder, straf- und zivilrechtlicher Sanktionen und anderer Schäden sowie Einschränkungen hinsichtlich der Geschäftstätigkeit der Gruppe in bestimmten Rechtsordnungen.

## **6.8 Reputationsrisiko**

Die Marke der Gruppe kann sich aufgrund einer Verbindung, Handlung oder Unterlassung, die von Interessengruppen als unangemessen oder unethisch empfunden wird, Schaden erleiden.



Wird das Reputationsrisiko nicht entsprechend gesteuert, kann es zu einer – mittel- oder unmittelbaren – Minderung der Attraktivität der Gruppe für Interessengruppen, einschließlich der Kunden, und negativer Berichterstattung, Ertragsausfällen, Rechtsstreitigkeiten, strengerer Kontrolle und/oder Eingriffen durch Aufsichtsbehörden, aufsichtsrechtlichen oder legislativen Maßnahmen, Verlust von Geschäftsmöglichkeiten in Bezug auf bestehende und potenzielle Kunden, Verschlechterung der Arbeitsmoral und Schwierigkeiten bei der Rekrutierung und Bindung von Nachwuchskräften kommen. Ein erlittener Reputationsschaden könnte wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die uneingeschränkte Handlungsfähigkeit und den Unternehmenswert der Gruppe haben, was wiederum das Geschäftsergebnis, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe beeinträchtigen könnte.

#### **6.9 Risiken im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen Maßnahmen im Falle des Ausfalls einer Bank, einschließlich der Bail-in-Befugnis nach britischem Recht**

##### ***Europäischer Abwicklungsrahmen und Verlustabsorption zum Zeitpunkt der Nichttragfähigkeit***

Der Entwurf der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie muss noch vom Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament förmlich verabschiedet werden; sie wird voraussichtlich im Jahr 2015 in Kraft treten. Erklärtes Ziel der SA-Richtlinie ist es, den Aufsichtsbehörden, einschließlich der jeweils für die Abwicklung zuständigen Behörde im Vereinigten Königreich, einheitliche und wirksame Instrumente und Befugnisse an die Hand zu geben, um Banken Krisen rechtzeitig abzuwenden, um damit die Finanzstabilität zu erhalten und das Risiko, dass Verluste auf den Steuerzahler zurückfallen, gering zu halten.

Die gemäß dem Entwurf für eine Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie für die Aufsichtsbehörden vorgesehenen Befugnisse sehen u.a. die Einführung einer gesetzlichen 'Abschreibungs- und Umwandlungsbefugnis' und einer 'Bail-in'-Befugnis vor, wodurch die jeweils für die Abwicklung zuständige Behörde im Vereinigten Königreich befugt wäre, den Nennbetrag bestimmter unbesicherter Verbindlichkeiten (möglicherweise einschließlich der Wertpapiere) eines ausfallenden Instituts oder Zinsen auf die betreffenden unbesicherten Verbindlichkeiten (möglicherweise einschließlich der Wertpapiere) insgesamt oder teilweise zu löschen und/oder Forderungen (möglicherweise einschließlich der Wertpapiere) in sonstige Wertpapiere, einschließlich Aktien an einer gegebenenfalls fortbestehenden Gruppengesellschaft, umzuwandeln. Derzeit ist geplant, die Mehrzahl der im Entwurf für eine Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie vorgesehenen Maßnahmen mit Wirkung zum 1. Januar 2015 einzuführen, wobei die Bail-in-Befugnis für abschreibungsfähige Verbindlichkeiten (möglicherweise einschließlich der Wertpapiere) voraussichtlich zum 1. Januar 2016 eingeführt wird. Die endgültige Fassung des Entwurfs für eine Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie liegt jedoch noch nicht vor, und der Vorschlag könnte im Rahmen des abschließenden Gesetzgebungsverfahrens noch geändert und die voraussichtlichen Termine zur Umsetzung der Richtlinie noch verschoben werden. Darüber hinaus wird durch die Änderungen des *Banking Act 2009* des Vereinigten Königreichs in der jeweils gültigen Fassung (*Banking Act*), wie unten im Abschnitt "Bail-in-Option gemäß dem *Banking Act*" beschrieben, wahrscheinlich die Einführung einiger oder aller dieser Abwicklungsbefugnisse im Vereinigten Königreich beschleunigt.

Neben einer 'Abschreibungs- und Umwandlungsbefugnis' und einer 'Bail-in-Befugnis' umfassen die Befugnisse, die entsprechend den derzeitigen Vorschlägen der jeweils für die Abwicklung zuständigen Behörde im Vereinigten Königreich im Rahmen des Vorschlags für eine Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie gewährt werden sollen, die Befugnis, (i) die Veräußerung des jeweiligen Finanzinstituts oder seiner gesamten Geschäftstätigkeit oder eines Teils davon zu kommerziellen Bedingungen anzuordnen, ohne dass die Zustimmung der Anteilhaber erforderlich ist oder ansonsten anzuwendende Verfahrensvorschriften einzuhalten sind, (ii) die gesamte Geschäftstätigkeit des jeweiligen Finanzinstituts oder einen Teil davon auf ein "Brückeninstitut" (ein öffentlich kontrolliertes Unternehmen) zu übertragen und (iii) die wertgeminderten oder problematischen Vermögenswerte des betreffenden Finanzinstituts auf eine Zweckgesellschaft zu übertragen, um zu ermöglichen, dass diese dann über die Zeit verwaltet werden. Darüber hinaus enthält der Entwurf der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie den Vorschlag, neben den weitreichenderen Befugnissen, deren Gewährung an die jeweilige für die Abwicklung zuständige Behörde vorgeschlagen wird, der jeweiligen für die Abwicklung zuständigen Behörde die Befugnis zu erteilen, die Fälligkeitstermine und/oder Zinszahlungstermine von Anleihen oder sonstigen eligible Verbindlichkeiten des betreffenden Finanzinstituts anzupassen und/oder Zahlungen vorläufig auszusetzen.

Der Entwurf der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie enthält Vorschläge für Maßnahmen zum Schutz von Anteilhabern und Gläubigern in Bezug auf die Anwendung der 'Abschreibungs- und Umwandlungsbefugnis' und der 'Bail-in-Befugnis', mit denen sichergestellt werden soll, dass die von den Anteilhabern und Gläubigern erlittenen Verluste nicht höher sind als die Verluste, die entstanden wären, wenn das betreffende Finanzinstitut im Rahmen eines normalen Insolvenzverfahrens abgewickelt worden wäre.

Hinsichtlich der endgültigen Ausgestaltung sowie des endgültigen Umfangs dieser Befugnisse sowie hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen auf die Emittentin, die Gruppe und die Wertpapiere im Falle ihrer Umsetzung besteht weiterhin erhebliche Unsicherheit. Entsprechend können derzeit noch keine Voraussagen hinsichtlich der vollen Auswirkungen des Vorschlags für eine Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie auf die Emittentin, die Gruppe und auf die Inhaber von Wertpapieren gemacht werden, und es kann nicht gewährleistet werden, dass nach einer Umsetzung des Vorschlags, die Art und Weise seiner Umsetzung oder die Ergreifung von Maßnahmen durch die jeweils für die Abwicklung zuständige Behörde im Vereinigten Königreich entsprechend dem derzeitigen Vorschlag für eine Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie keine nachteiligen Auswirkungen auf die Rechte der Inhaber von Wertpapieren, den Kurs von Wertpapieren, den Wert einer Anlage darin und/oder die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen der Wertpapiere hätte.

Die Ausübung einer solchen Befugnis oder der Vorschlag hinsichtlich einer solchen Ausübung könnte sich daher vorbehaltlich der Bestimmungen der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie wesentlich nachteilig auf den Wert von Wertpapieren auswirken und dazu führen, dass die Inhaber von Wertpapieren den von ihnen in die Wertpapiere angelegten Betrag ganz oder teilweise verlieren.

### *Abwicklungsrahmen im Vereinigten Königreich*

Im Vereinigten Königreich sieht der *Banking Act* einen Rahmen (Abwicklungsrahmen) vor, der es der Bank of England (bzw. – unter bestimmten Umständen – dem britischen Finanzministerium (UK HM Treasury)) ermöglicht, scheiternde Banken mit Hauptsitz im Vereinigten Königreich in Abstimmung mit der PRA, der FCA und ggf. dem britischen Finanzministerium zu zerschlagen. Durch den *Banking Act* werden diesen Institutionen bestimmte Befugnisse eingeräumt, wie beispielsweise (a) die Befugnis zur Anordnung der Übertragung von Anteilen (*share transfer*), wonach die von einer britischen Bank begebenen Wertpapiere insgesamt oder teilweise an einen gewerblichen Käufer oder die britische Regierung übertragen werden können, und (b) die Befugnis, eine Übertragung des Vermögens, der Rechte und Verbindlichkeiten einer britischen Bank insgesamt oder teilweise an einen gewerblichen Käufer oder ein Unternehmen der Bank of England anzuordnen (*property transfer*). Eine Anordnung zur Übertragung von Anteilen kann sich auf eine große Bandbreite an Wertpapieren beziehen, u. a. auf von einer britischen Bank (einschließlich der Emittentin) oder ihrer Holdinggesellschaft (der Barclays PLC) begebene Aktien und Anleihen sowie Bezugsrechte für entsprechende Aktien bzw. Anleihen. Einige dieser Befugnisse wurden auf Gesellschaften ausgeweitet, die der gleichen Gruppe wie eine britische Bank angehören.

Durch den *Banking Act* werden den Behörden zudem Befugnisse eingeräumt, Kündigungsgründe oder –rechte außer Kraft zu setzen, auf die man sich infolge der Ausübung der Abwicklungsbefugnisse (*resolution powers*) berufen könnte. Die durch den *Banking Act* eingeräumten Befugnisse gelten ungeachtet etwaiger vertraglicher Beschränkungen. Unter Umständen ist sowohl bei der Anordnung einer Anteilsübertragung als auch bei einer Vermögensübergangung eine Entschädigung zu zahlen.

Durch den *Banking Act* wird der Bank of England auch die Befugnis eingeräumt, vertragliche Verpflichtungen zwischen einer britischen Bank, ihrer Holdinggesellschaft und ihren Gruppengesellschaften gegen eine angemessene Gegenleistung außer Kraft zu setzen, abzuändern oder aufzuerlegen, um es der übernehmenden Bank oder Nachfolgebank zu ermöglichen, ihr Geschäft effektiv zu betreiben. Darüber hinaus erhält das britische Finanzministerium die Befugnis, Gesetze zu ändern (mit Ausnahme von Bestimmungen, die durch oder im Rahmen des *Banking Act* erlassen wurden), um die Befugnisse der Regelungen des *Banking Act* effektiv und möglicherweise auch rückwirkend ausüben zu können.

Würden diese Befugnisse in Bezug auf die Emittentin (oder ein Mitglied der Gruppe) ausgeübt, würde sich dies möglicherweise wesentlich nachteilig auf die Rechte der Inhaber von Wertpapieren, einschließlich im Rahmen wesentlich nachteiliger Auswirkungen auf den Kurs der Wertpapiere, auswirken.

### *Bail-in-Option gemäß dem Banking Act*

Im Dezember 2013 wurde im Vereinigten Königreich der *UK Financial Services (Banking Reform) Act 2013 (UK Banking Reform Act)* verabschiedet. Im Rahmen der durch den *UK Banking Reform Act* eingeführten Änderungen wurde der *Banking Act* geändert und um Bestimmungen hinsichtlich einer Bail-in-Option als Teil der Befugnisse der für die

Abwicklung zuständigen Behörde im Vereinigten Königreich ergänzt. Die Bail-in-Option tritt in Kraft, wenn das britische Finanzministerium dies vorsieht.

Die Bail-in-Option wurde als zusätzliche Befugnis der für die Abwicklung zuständigen Behörde im Vereinigten Königreich eingeführt, mit der es ihr ermöglicht wird, ein ausgefallenes Institut zu refinanzieren, indem sie dessen Anteilhabern und unbesicherten Gläubigern in einer Art und Weise Verluste zuweist, durch welche die Rangfolge von Ansprüchen im Falle einer Insolvenz eines maßgeblichen Finanzinstituts so gewahrt bleibt, dass die Anteilhaber und Gläubiger von Finanzinstituten nicht ungünstiger behandelt werden als dies im Rahmen einer Insolvenz der Fall gewesen wäre. Die Bail-in-Option umfasst die Befugnis, eine Verbindlichkeit zu streichen oder Vertragsbedingungen zu ändern, um die Verbindlichkeiten der in Abwicklung befindlichen Bank zu verringern oder aufzuschieben, sowie die Befugnis die Form einer Verbindlichkeit in eine andere umzuwandeln. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass folgende Voraussetzungen für eine Anwendung der Bail-in-Option bestehen: (i) die Aufsichtsbehörde stellt fest, dass die Bank ausfällt oder ihr Ausfall wahrscheinlich ist, (ii) mit hinreichender Wahrscheinlichkeit kann keine andere Maßnahme zur Vermeidung des Ausfalls der Bank ergriffen werden und (iii) die für die Abwicklung zuständige Behörde im Vereinigten Königreich stellt fest, dass die Ausübung der Bail-in-Option im öffentlichen Interesse liegt.

Angesichts des Fortschritts im Gesetzgebungsverfahren hinsichtlich der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie hat die britische Regierung verlautbart, sie sei zuversichtlich, dass diese Bail-in-Option eingeführt werden könne, ohne dass die Gefahr bestehe, dass bei einer Umsetzung der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie grundlegend andere Regelungen eingeführt werden müssten. Die SA-Richtlinie befindet sich jedoch noch im Entwurfsstadium, und es könnten Änderungen der darin voraussichtlich vorgesehenen Befugnisse erfolgen, die Änderungen der im *Banking Act* enthaltenen Bail-in-Option erforderlich machen würden.

Darüber hinaus wird möglicherweise der *Banking Act* geändert und/oder andere Gesetze im Vereinigten Königreich verabschiedet, um den Abwicklungsrahmen, der im Falle des Ausfalls einer Bank gelten würde, zu ändern oder die Aufsichtsbehörden mit weiteren Abwicklungsbefugnissen auszustatten.

*Die Fälle, in denen die jeweils für die Abwicklung zuständige Behörde im Vereinigten Königreich die vorgeschlagene Bail-in-Befugnis nach britischem Recht ausüben würde, sind derzeit unklar.*

Wenngleich Voraussetzungen für die Ausübung der Bail-in-Befugnis nach britischem Recht vorgeschlagen wurden, besteht weiterhin Unsicherheit hinsichtlich der konkreten Faktoren, welche die für die Abwicklung zuständige Behörde im Vereinigten Königreich in einer Entscheidung berücksichtigen würde, ob sie die Bail-in-Befugnis nach britischem Recht in Bezug auf das jeweilige Finanzinstitut und/oder die jeweiligen von diesem Institut begebenen Wertpapiere, wie beispielsweise die Wertpapiere, ausüben soll.

Darüber hinaus ist es angesichts des Umstandes, dass die endgültigen Kriterien, welche die jeweils für die Abwicklung zuständige Behörde im Vereinigten Königreich bei der Ausübung einer Bail-in-Befugnis nach britischem Recht berücksichtigen würde, ihr voraussichtlich einen erheblichen Ermessensspielraum verschaffen, Inhabern der Wertpapiere unter

Umständen nicht möglich, sich auf öffentlich bekannte Kriterien zu stützen, um die mögliche Anwendung einer solchen Bail-in-Befugnis nach britischem Recht und somit deren mögliche Auswirkung auf die Emittentin, die Gruppe und die Wertpapiere vorherzusehen.

*Es bestehen wahrscheinlich nur begrenzte Widerspruchsrechte von Inhabern der Wertpapiere gegen die Ausübung einer Bail-in-Befugnis nach britischem Recht durch die jeweils für die Abwicklung zuständige Behörde im Vereinigten Königreich.*

Es besteht einige Unsicherheit hinsichtlich des Umfangs der Verfahrensrechte und Verfahren, die den Inhabern von Wertpapieren (einschließlich der Wertpapiere) bei einer Umsetzung der endgültigen Bestimmungen der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie im Rahmen der Bestimmungen über die Bail-in-Befugnis nach britischem Recht zu- bzw. offenstehen, sowie hinsichtlich der weitreichenderen Abwicklungsbefugnisse, welche der für die Abwicklung zuständigen Behörde im Vereinigten Königreich bei Umsetzung der Bestimmungen der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie gewährt werden. Möglicherweise stehen Inhabern der Wertpapiere nur in begrenztem Umfang Rechte zu, Widerspruch gegen eine Entscheidung der jeweils für die Abwicklung zuständigen Behörde im Vereinigten Königreich über die Ausübung ihrer Bail-in-Befugnis nach britischem Recht einzulegen und/oder die Aussetzung einer solchen Entscheidung zu verlangen bzw. diese Entscheidung im Rahmen eines Gerichts- oder Verwaltungsverfahrens oder auf sonstige Weise überprüfen zu lassen.

#### **6.10 Risiken, die die Gruppe betreffen, wirken sich auf die Emittentin aus**

Risiken, die die Gruppe betreffen, wirken sich auch auf die Emittentin aus, da zwischen den Geschäftsaktivitäten der Emittentin und deren Tochtergesellschaften erhebliche Überschneidungen bestehen. Darüber hinaus können sich Risiken und sonstige Ereignisse, die ihre Tochtergesellschaften betreffen auch dann negativ auf die Emittentin auswirken, wenn die Emittentin gar nicht direkt betroffen ist. Beispielsweise würde die Reputation der Emittentin im Falle eines Reputationsschadens für eine ihrer Tochtergesellschaft wahrscheinlich ebenfalls beschädigt, was sich negativ auf die Emittentin auswirken könnte.

13. In den Basisprospekten wird der Abschnitt "**PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE**" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand I.):

#### **PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE**

Die folgenden Informationen sind bei der zuständigen britischen Finanzaufsichtsbehörde (*Financial Conduct Authority*, die „FCA“) hinterlegt und gelten als ein in diesen Basisprospekt gemäß § 11 Absatz 1 Satz 2 des WpPG einbezogener Teil:

- der gemeinsame Geschäftsbericht (*Annual Report*), der Barclays PLC und der Barclays Bank PLC ("**Emittentin**"), wie bei der U.S. Securities and Exchange Commission ("**SEC**") mittels Form 20-F für die am 31. Dezember 2012 bzw. 31. Dezember 2013 zu Ende gegangenen Geschäftsjahre, eingereicht (der "**Gemeinsame Geschäftsbericht**"); hiervon ausgenommen sind diejenigen per Verweis in den Gemeinsamen Geschäftsbericht einbezogenen Dokumente, auf die im Anlagenindex (*Exhibit Index*) des Gemeinsamen Geschäftsberichts Bezug genommen wird: Sie gelten nicht als in diesen Basisprospekt einbezogen;
- die Geschäftsberichte (*Annual Reports*) der Emittentin mit den geprüften konsolidierten Jahresabschlüssen der Bank für die am 31. Dezember 2012 (der "**Geschäftsbericht der**

Emittentin 2012") bzw. 31. Dezember 2013 (der "Geschäftsbericht der Emittentin 2013") zu Ende gegangenen Geschäftsjahre;

- der von der Barclays PLC bekannt gegebene Leverage Plan, wie bei der SEC mittels Form 6-K unter dem Aktenzeichen (Film Number) 13995561 am 30. Juli 2013 eingereicht;

Der nachfolgenden Tabelle sind jeweils die Seitenzahlen für die im Gemeinsamen Geschäftsbericht enthaltenen Dokumente zu entnehmen:

Corporate Governance Bericht ( <i>Corporate Governance Report</i> )	29
Lagebericht ( <i>Directors' report</i> )	54
<i>Board of Directors</i>	59
Mitarbeiter ( <i>People</i> )	62
Vergütungsbericht ( <i>Remuneration Report</i> )	65
Risikobericht ( <i>Risk Review</i> )	107
Bestandsaufnahme ( <i>Financial Review</i> )	211
Jahresabschluss ( <i>Financial Statements</i> )	243
Bericht der unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für Barclays PLC ( <i>Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays PLC</i> )	245
Konsolidierter Jahresabschluss ( <i>Consolidated Financial Statements</i> ) der Barclays PLC	246
Anmerkungen zum Jahresabschluss ( <i>Notes to the Financial Statements</i> )	253
Risikomanagement ( <i>Risk Management</i> )	346
Aktionärsinformationen ( <i>Shareholder Information</i> )	391
Weitere Informationen ( <i>Additional Information</i> )	405
Bericht der unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für Barclays Bank PLC ( <i>Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays Bank PLC</i> )	444
Daten zu Barclays Bank PLC ( <i>Barclays Bank PLC Data</i> )	445

Soweit Informationen in diesen Prospekt durch Verweis auf bestimmte Teile eines Dokuments aufgenommen wurden, sind die nicht aufgenommenen Teile für den Anleger nicht relevant. Die oben genannten Dokumente können während gewöhnlicher Geschäftszeiten am eingetragenen Sitz der Emittentin, auf <http://group.barclays.com/about-barclays/investor-relations/results-announcements> und in der angegebenen Geschäftsstelle der Zahlstelle wie im Absatz "Verfügbarkeit von Unterlagen" unter "Allgemeine Informationen" beschrieben, eingesehen werden.

Die Emittentin hat die oben per Verweis einbezogenen Abschlüsse auf Grundlage der *International Financial Reporting Standards* ("IFRS"), wie vom International Accounting Standards Board veröffentlicht, und von der Europäischen Union (die "EU") übernommen, erstellt. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Rechnungslegungsrichtlinien für die Emittentin ist im Geschäftsbericht der Emittentin 2012 und dem Geschäftsbericht der Emittentin 2013 abgedruckt.

14. In den Basisprospekten werden im Abschnitt "**ALLGEMEINE INFORMATIONEN**", die Unterabschnitte "**Keine wesentliche Änderung**" und "**Keine wesentliche nachteilige Änderung**" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand I.):

**Keine wesentliche Änderung**

Es gab keine wesentliche Veränderung in der Finanzlage der Gruppe seit dem 31. Dezember 2013.

**Keine wesentliche nachteilige Änderung**

Die Aussichten der Emittentin haben sich seit dem 31. Dezember 2013, dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses nicht wesentlich verschlechtert.

15. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "**ALLGEMEINE INFORMATIONEN**", der Unterabschnitt "**Gerichtsverfahren**" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand VIII.):

Mit Ausnahme der in "*Die Bank und die Gruppe — Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche sowie sonstige rechtliche Angelegenheiten*" (außer unter der Überschrift "*Allgemeines*") genannten Verfahren gibt es keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Emittentin noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) an denen ein Mitglied der Gruppe beteiligt ist oder war, die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Bank und/oder der Gruppe auswirken bzw. im Zeitraum der letzten 12 Monate vor dem Datum dieses Basisprospektes ausgewirkt haben.

16. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**", in dem Unterabschnitt "**DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE**" die Tabelle, die Finanzinformationen aus den ungeprüften Zwischenergebnissen (*Interim Results Announcement*) der Emittentin für die am 30. Juni 2013 endenden sechs Monate enthält, wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand I.):

Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Bank für das zum 31. Dezember 2013 bzw. zum 31. Dezember 2012 endende Jahr entnommen:

	2013	2012
	GBP Mio.	GBP Mio.
Gesamten Aktiva:	1.312.840	1.488.761
Gesamte Nettoforderungen	468.664	464.777
Gesamte Einlagen	482.770	462.512
Gesamtes Eigenkapital	63.220	59.923
Minderheitsbeteiligungen	2.211	2.856
Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen der Gruppe	2.855	650
Nach Wertminderungsaufwand	3.071	3.340

17. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**", in dem Unterabschnitt "**DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE**" die Tabelle, die Finanzinformationen aus den ungeprüften Zwischenergebnissen (*Interim Results Announcement*) der Emittentin für die am 30. Juni 2013 endenden sechs Monate enthält, gelöscht (nachtragsbegründender Umstand I.).
18. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**", in dem Unterabschnitt "**DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE**" in dem Unterabschnitt "**Übernahmen, Veräußerungen und jüngste Entwicklungen**" der Unterabschnitt mit der Überschrift "*Prüfung der Eigenkapitalausstattung durch die PRA und die Fremdkapitalaufnahme-Planung der Emittentin*" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand VI.):

*Prüfung der Eigenkapitalausstattung durch die PRA*

In 2013 forderte der britische finanzpolitische Ausschuss (*UK Financial Policy Committee*) die PRA auf, Schritte einzuleiten, um sicherzustellen, dass am Ende des Jahres 2013 große britische Banken und Bausparkassen, einschließlich der Gruppe, über ein Eigenkapital verfügen, welches 7 % ihrer risikogewichteten Aktiva entspricht. Im Rahmen ihrer Prüfung führte die PRA auch eine Zielvorgabe für die Verschuldungsquote in Höhe von 3 % ein und verlangte von der Gruppe, sie solle planen, diese Verschuldungsquote von 3 % bis zum 30. Juni 2014 zu erreichen. Die Berechnungen der PRA sowohl für die Kapital- als auch die Verschuldungsquote basierten auf den CRD IV-Definitionen, die vollumfänglich mit weiteren aufsichtsrechtlichen Anpassungen angewendet wurden.

Um diese Ziele im Rahmen der von der PRA gesetzten Zeitvorgaben zu erreichen, hat die Gruppe einen Plan entworfen und mit der PRA abgestimmt, bestehend aus Kapitalmanagement und Fremdkapitalrisikomaßnahmen (*leverage exposure actions*), welcher am 30. Juli 2013 bekannt gegeben wurde. Die Gruppe hat diesen Plan 2013 durch folgende Maßnahmen umgesetzt: Durchführung einer Bezugsrechtsemission mit Underwriting zur Aufnahme von hartem Kernkapital in Höhe von ca. GBP 5,8 Mrd. (nach Abzug der Kosten), Emission von GBP 2,1 Mrd. (Gegenwert) Contingent Convertible-Wertpapieren des zusätzlichen Kernkapitals, die den CRD IV-Vorgaben entsprechen (*CRD IV qualifying contingent convertible Additional Tier 1 securities*) mit einer vollumfänglich angewendeten harten Kernkapitalquote von 7 % als Auslöser und Reduzierung der PRA Verschuldungsquote auf GBP 1.363 Mrd.. Infolge dieser Maßnahmen wies die Gruppe zum 31. Dezember 2013 eine geschätzte harte Kernkapitalquote bei vollumfänglicher Anwendung der CRD IV (*fully loaded CRD IV CET1 ratio*) von 9,3 % und eine geschätzte PRA Verschuldungsquote von knapp 3 % aus.

19. In den Basisprospekten werden im Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**", in dem Unterabschnitt "**DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE**", in dem Unterabschnitt "**Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten**" die folgenden Absätze nach dem Unterabschnitt mit der Überschrift "*Ermittlungen in Bezug auf LIBOR, ISDAfix und andere Bezugswerte*" eingefügt (nachtragsbegründender Umstand VIII.):

**Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche sowie sonstige rechtliche Angelegenheiten**

Gruppe steht vor wettbewerbsrechtlichen und aufsichtsrechtlichen **sowie sonstigen rechtlichen** Herausforderungen, von denen sie viele nicht beeinflussen kann. Es ist nicht immer möglich, das Ausmaß der Auswirkungen der wettbewerbsrechtlichen und aufsichtsrechtlichen **sowie sonstigen rechtlichen** Verfahren, in welche die Gruppe gegenwärtig oder vielleicht künftig involviert ist, auf die



Gruppe vorherzusagen; solche Auswirkungen können jedoch die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe in wesentlichem Maße beeinträchtigen.

### *Lehman Brothers*

#### Hintergrundinformationen

Im September 2009 wurden von Lehman Brothers Holdings Inc. ("LBHI"), dem Liquidator (*Trustee*) der Lehman Brothers Inc. im US-Verfahren nach dem *Securities Investor Protection Act (SIPA)* (der **Liquidator**) und dem offiziellen Ausschuss der unbesicherten Gläubiger (*Official Committee of Unsecured Creditors*) der Lehman Brothers Holdings Inc. ("**Ausschuss**") bei dem US-Insolvenzgericht für den *Southern District of New York (Bankruptcy Court for the Southern District of New York – "Insolvenzgericht")* Anträge eingereicht. Mit allen drei Anträgen werden bestimmte Aspekte der Transaktion, in deren Rahmen Barclays Capital Inc. ("**BCI**") und andere Gesellschaften der Gruppe im September 2008 den größten Teil der Vermögenswerte von Lehman Brothers Inc. ("**LBI**") übernahm, sowie die gerichtliche Verfügung zur Genehmigung des Verkaufs (der "**Verkauf**") angefochten. Die Kläger wollten eine Verfügung erwirken, mit der die Übertragung bestimmter Vermögenswerte an BCI für nichtig erklärt wird, BCI gezwungen wird, einen etwaigen Überschussbetrag, den BCI angeblich erhalten hat, an die Insolvenzmasse von LBI herauszugeben, und festgestellt wird, dass der von BCI gemäß den Verkaufsunterlagen und der Verfügung zur Genehmigung des Verkaufs geltend gemachte Anspruch auf bestimmte Vermögenswerte (die Ansprüche aus *Rule 60* der US-Bundeszivilprozessordnung – "**Rule 60-Ansprüche**"), nicht besteht. Im Januar 2010 legte BCI eine Antwort auf diese Anträge vor und reichte dabei ebenfalls einen auf die Lieferung bestimmter Vermögenswerte, die von LBHI und LBI nicht gemäß den Verkaufsunterlagen und der gerichtlichen Verfügung zur Genehmigung des Verkaufs geliefert wurden, gerichteten Antrag ein (zusammen mit den konkurrierenden Ansprüchen des Liquidators in Bezug auf diese Vermögenswerte, "**Vertragsansprüche**").

#### Status

In der im Februar 2011 veröffentlichten Urteilsbegründung wies das Insolvenzgericht die *Rule 60*-Ansprüche zurück; bei manchen Vertragsansprüchen entschied es zugunsten des Liquidators, bei anderen zugunsten der Gruppe. Im Juli 2011 erließ das Insolvenzgericht die abschließende Entscheidung in diesem Sinne. Die Gruppe und der Liquidator legten jeweils beim US-Bezirksgericht für den *Southern District of New York ("SDNY")* Berufung gegen die für sie nachteiligen Entscheidungen des Insolvenzgerichts über die Vertragsansprüche ein. LBHI und der Ausschuss legten keine Berufung gegen die Entscheidung des Insolvenzgerichts über die *Rule 60*-Ansprüche ein. Im Anschluss an entsprechende Vorbringen hob das SDNY im Juni 2012 mit seiner Urteilsbegründung eine der Entscheidungen des Insolvenzgerichts über die Vertragsansprüche, die für die Gruppe nachteilig war, auf; dabei bestätigte es die übrigen Entscheidungen des Insolvenzgerichts über die Vertragsansprüche. Das SDNY korrigierte im Juli 2012 in seiner Urteilsbegründung einige Fehler, was jedoch keine Auswirkungen auf die Entscheidungen hatte; zudem erließ es in Umsetzung der darin getroffenen Entscheidungen ein vergleichsähnliches Urteil nach amerikanischem Recht (ein sog. *Agreed Judgement*) ("**Urteil**"). Dem Urteil zufolge stehen der Gruppe die folgenden Ansprüche zu: (i) Herausgabe von für die Sicherstellung der Abwicklung bestimmter Geschäfte vorgesehenem sog. '*Clearance-Box*'-Vermögen ("**Clearance-Box-Vermögen**") in Höhe von USD 1,1 Mrd. (GBP 0,7 Mrd.) durch den Liquidator; (ii) Vermögen, das bei verschiedenen Instituten für die im Wege des Verkaufs an BCI übertragenen börsengehandelte Derivate-Depots

gehalten wird ("**ETD Margin**"). Der Liquidator hat beim US-Bundesberufungsgericht für den zweiten Gerichtsbezirk (*United States Court of Appeals for the Second Circuit*) ("**Second Circuit**") gegen die für ihn nachteiligen Entscheidungen des SDNY Berufung eingelegt. Das aktuelle Urteil ist ausgesetzt, bis über die Berufung des Liquidators entschieden ist.

Im Rahmen der Übernahme erworbene Vermögenswerte in Höhe von ca. USD 4,3 Mrd. (GBP 2,6 Mrd.) hat die Gruppe bis zum 31. Dezember 2013 noch nicht erhalten; davon wurde ein Betrag in Höhe von ca. USD 2,7 Mrd. (GBP 1,6 Mrd.) in der Bilanz zum 31. Dezember 2013 als Forderung erfasst. Mit dem nicht in der Bilanz zum 31. Dezember 2013 ausgewiesenen Betrag in Höhe von ca. USD 1,6 Mrd. (GBP 1,0 Mrd.) wird de facto eine Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten aus dem Rechtsstreit und potenzieller Verfahren im Anschluss an die Berufung sowie Fragen im Zusammenhang mit der Herausgabe bestimmter, von einem Institut außerhalb der Vereinigten Staaten gehaltener Vermögenswerte gebildet. Soweit die Gruppe letztendlich künftig Vermögenswerte erhält, deren Wert den in der Bilanz zum 31. Dezember 2013 ausgewiesenen Betrag von ungefähr US 2,7 Mrd. (GBP 1,6 Mrd.) übersteigt, hätte dies einen Gewinn in Höhe dieses Überschussbetrages zur Folge. Es scheint, dass der Liquidator der Gruppe ihren Anspruch auf einen bestimmten Teil der ETD Margin sogar dann streitig machen könnte, wenn die Gruppe im anhängigen Verfahren vor dem Second Circuit obsiegt. Darüber hinaus besteht Ungewissheit hinsichtlich der Beitreibbarkeit eines Anteils an der ETD Margin, der von einem Institut außerhalb der Vereinigten Staaten gehalten wird und der Gruppe noch nicht geliefert wurde. Somit kann die Gruppe nicht zuverlässig einschätzen, welchen Anteil an der ETD Margin sie letztendlich erhalten wird. Gleichwohl erhält die Gruppe, wenn die Entscheidungen des SDNY in der Berufungsinstanz nicht durch künftige Verfahren geändert werden, (wobei jedoch dieser Erwartung die konservative Annahme zugrunde liegt, dass die Gruppe denjenigen Anteil an der ETD Margin, der ihrer Ansicht nach entweder im Anschluss an die Berufung einer Anfechtung durch den Liquidator oder Ungewissheit hinsichtlich seiner Beitreibbarkeit unterliegen könnte, nicht erhalten wird) Vermögenswerte, deren Betrag den in der Bilanz der Gruppe zum 31. Dezember 2013 als Forderung erfassten Betrag in Höhe von USD 2,7 Mrd. (GBP 1,6 Mrd.) übersteigt. Sollte das Second Circuit im schlimmsten Fall die Entscheidung des SDNY aufheben und bestimmen, dass die Gruppe keinen Anspruch auf das Clearance-Box-Vermögen oder die ETD Margin hat, beträgt der Gesamtverlust nach Einschätzung der Gruppe, unter Berücksichtigung ihrer tatsächlichen Rückstellung, ca. USD 6 Mrd. (GBP 3,6 Mrd.). Davon wären ca. USD 3,3 Mrd. (GBP 2 Mrd.) von der Gruppe bereits erhaltene Clearance-Box-Vermögen und ETD Margin sowie Zinsen vor und nach dem Urteil auf Clearance-Box-Vermögen und ETD Margin, welche entweder zurückzugeben oder an einen Treuhänder zu zahlen wären. In diesem Zusammenhang ist die Gruppe mit der Bewertung des in der Bilanz erfassten Vermögenswertes und der sich daraus ergebenden Höhe der tatsächlichen Rückstellung zufrieden.

#### Sonstiges

Im Mai 2013 reichte die Citibank N.A. ("**Citi**") eine Klage gegen die Bank beim SDNY ein und machte dabei die Verletzung eines Vertrages über Schadloshaltung/Entschädigung geltend. Im November 2008 gab die Bank gegenüber Citi eine Zusage ab, diese für Verluste zu entschädigen, die Citi im Zeitraum zwischen dem 17. und dem 19. September 2008 im Rahmen der Erbringung von Abwicklungsdienstleistungen für Devisentransaktionen für LBI in ihrer Eigenschaft als von LBI bestimmtes Settlement Member bei der CLS Bank International entstanden sind. Citi forderte die Zahlung dieser Entschädigung erst am 1. Februar 2013 ein; die zu diesem Zeitpunkt von Citi gestellte

Forderung bezog sich auch auf Beträge, zu deren Zahlung die Gruppe nach eigener Einschätzung nicht verpflichtet war. In einem nächsten Schritt strengte Citi im Mai 2013 eine Klage an, in deren Rahmen sie die Gruppe für einen 'Kapitalverlust' von USD 90,7 Mio. verantwortlich machte; dabei machte sie jedoch zusätzlich geltend, die Gruppe sei zum Ausgleich eines angeblichen 'Verlusts von Finanzierungsmitteln' aus der Zeit vom September 2008 bis zum Dezember 2012 gegenüber Citi verpflichtet. Im Juni 2013 machte Citi gegenüber dem Gericht geltend, dass ihr neben einem Anspruch aufgrund eines Kapitalverlusts in Höhe von USD 90,7 Mio. auch ein Anspruch aufgrund eines Verlusts von Finanzierungsmitteln in Höhe von mindestens USD 93,5 Mio. zustehe; dieser setze sich aus angeblichen Zinsverlusten in Höhe von über USD 55 Mio. und angeblichen Kapitalkosten in Höhe von USD 38,5 Mio. zusammen. Beide Parteien haben Antrag auf ein Urteil im abgekürzten Verfahren, ein sog. *Partial Summary Judgement*, gestellt; im November 2013 entschied das SDNY, (i) dass Citi lediglich vorprozessuale gesetzliche Zinsen für den Zeitraum ab dem 1. Februar 2013 (dem Tag, an dem Citi die Entschädigung von der Bank einforderte) geltend machen kann, (ii) dass Citi gemäß der Entschädigungszusage der Bank, soweit Citi den Nachweis eines tatsächlichen Verlusts von Finanzierungsmitteln in Form von Zins- und Kapitalkosten im Zeitraum vom September 2008 bis zum Dezember 2012 erbringen kann, ein Anspruch auf Ausgleich dieses Verlusts zusteht und (iii) dass die Bank zur Verteidigung gegen den Anspruch hinsichtlich eines Verlusts von Finanzierungsmitteln vertragsgemäß berechtigt ist, nachzuweisen, dass Citi im Zeitraum vom September 2008 bis zum Dezember 2012 kein Verlust von Finanzierungsmitteln entstanden ist, aufgrund der Tatsache, dass Citi in diesem Zeitraum LBI-Einlagen hielt, deren Betrag den Kapitalbetrag überstieg, dessen Verlust im Rahmen der Erbringung von CLS-Dienstleistungen für LBI im Zeitraum zwischen dem 17. und dem 19. September 2008 von Citi geltend gemacht wird. Citi und die Bank haben im Hinblick auf die Beilegung dieser Klage (vorbehaltlich der Verhandlung und Umsetzung endgültiger Dokumente) eine grundsätzliche Einigung erzielt.

#### *American Depositary Shares*

##### Hintergrundinformationen

Gegen Barclays PLC, die Bank und verschiedene gegenwärtige und ehemalige Mitglieder des *Board of Directors* von Barclays PLC sollen fünf verschiedene (miteinander verbundene) Wertpapier-Sammelklagen vor dem SDNY anhängig gemacht werden. In der im Februar 2010 eingereichten verbundenen geänderten Klage werden Ansprüche gemäß *Section 11*, *Section 12(a)(2)* und *Section 15* des *Securities Act of 1933* geltend gemacht, wobei der Vorwurf erhoben wird, die Offenlegungsberichte für die von der Bank zu verschiedenen Zeitpunkten zwischen 2006 und 2008 angebotenen, in American Depositary Shares verbrieften Vorzugsaktien der Serien 2, 3, 4 und 5 ("**ADS-Vorzugsaktien**") hätten Unrichtigkeiten und Auslassungen (unter anderem) in Bezug auf das Portfolio der Bank aus hypothekenbezogenen Wertpapieren (darunter US-subprime-bezogene Positionen), die Risikopositionen der Bank im Hypotheken- und Kreditmarkt und die Finanzlage der Bank aufgewiesen.

##### Status

Im Januar 2011 entsprach das SDNY dem Antrag der Beklagten auf vollständige Abweisung der Klage und Einstellung des Verfahrens. Im Februar 2011 stellten die Kläger beim SDNY Antrag auf nochmalige Prüfung von dessen Verfügung zur Abweisung der Klage und im Mai 2011 wies das SDNY den Antrag der Kläger auf nochmalige Prüfung in vollem Umfang zurück. Die Kläger legten

beim Second Circuit sowohl gegen die Abweisung der Klage als auch gegen die Ablehnung des Antrages auf nochmalige Prüfung Berufung ein.

Im August 2013 bestätigte der Second Circuit die Abweisung der von den Klägern in Bezug auf die ADS-Vorzugsaktien der Serien 2, 3 und 4 geltend gemachten Ansprüche, da diese verjährt seien. Der Second Circuit befand jedoch, dass eine zweite, geänderte Klage in Bezug auf Ansprüche im Zusammenhang mit den ADS-Vorzugsaktien der Serie 5 hätte zugelassen werden sollen und verwies die Klage im Hinblick auf ein weiteres Verfahren in Übereinstimmung mit seiner Entscheidung an das SDNY zurück. Im September 2013 reichten die Kläger eine zweite, geänderte Klage ein, in deren Rahmen angeblich Ansprüche bezüglich der ADS-Vorzugsaktien der Serie 5 sowie abgewiesene Ansprüche bezüglich der ADS-Vorzugsaktien der Serien 2, 3 und 4 geltend gemacht wurden; die Beklagten haben Antrag auf Klageabweisung gestellt.

Die Bank ist der Ansicht, dass die gegen sie gerichteten ADS-bezogenen Klagen unbegründet sind und verteidigt sich nachdrücklich gegen diese.

#### *Aktivitäten und Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Hypotheken*

Die Aktivitäten der Gruppe im US-Hypothekensektor in den Jahren 2005 bis einschließlich 2008 umfassten das Sponsoring und Underwriting in Bezug auf Private-Label-Verbriefungen im Volumen von ca. USD 39 Mrd., die Übernahme des wirtschaftlichen Underwriting-Risikos in Bezug auf sonstige Private-Label-Verbriefungen im Volumen von ca. USD 34 Mrd., den Verkauf von Krediten im Volumen von ca. USD 0,2 Mrd. an staatlich geförderte Unternehmen (*government sponsored enterprises – GSE*) und den Verkauf von Krediten im Volumen von ca. USD 3 Mrd. an andere Käufer. Darüber hinaus wurden in diesem Zeitraum durch als Grundpfandrechtsbesteller (*mortgage originator*) fungierende verbundene Unternehmen einer Gesellschaft, welche die Gruppe im Jahr 2007 erworben hatte ("Erworbene Tochtergesellschaft"), Kredite im Volumen von ca. USD 19,4 Mrd. ausgegeben und an Dritte verkauft (davon ausgenommen im entsprechenden Zeitraum verkaufte und anschließend wieder zurückgekaufte Kredite im Volumen von ca. USD 500 Mio.).

Die Gruppe hat im Zusammenhang mit ihrem Verkauf von Krediten und Sponsoring von Private-Label-Verbriefungen bestimmte die Kredite betreffende Zusicherungen und Gewährleistungen (**Z&G**) abgegeben, die sich allgemein auf die zugrunde liegenden Grundpfandrechte, die Immobilien, die Unterlagen in Bezug auf die Grundpfandrechte und/oder die Einhaltung von Rechtsvorschriften beziehen. In Bezug auf von ihr gesponserte Verbriefungen im Volumen von ca. USD 5 Mrd. sowie die von ihr an GSE verkauften Kredite im Volumen von ca. USD 0,2 Mrd. und an andere Käufer verkauften Kredite im Volumen von ca. USD 3 Mrd. hat die Gruppe entsprechende Z&G alleine abgegeben. Daneben hat die Erworbene Tochtergesellschaft in Bezug auf alle von ihr an Dritte verkauften Kredite entsprechende Z&G alleine abgegeben. Außer bei an andere Käufer verkauften Krediten im Volumen von ca. USD 1 Mrd., in Bezug auf die die Z&G vor 2012 erloschen sind, wurden für die von der Gruppe oder Erworbenen Tochtergesellschaft abgegebenen Z&G keine zeitlichen Begrenzungen angegeben. Die von der Gruppe abgegebenen Z&G in Bezug auf die an andere Käufer verkauften Kredite im Volumen von ca. USD 3 Mrd. beziehen sich auf Kredite, die allgemein mit erheblichen Preisabschlägen verkauft wurden, und waren im Umfang begrenzt, im Gegensatz zu den abgegebenen Z&G in Bezug auf an GSE verkaufte Kredite, die von der Erworbenen Tochtergesellschaft verkauften Kredite sowie einen Anteil von ca. USD 5 Mrd. der von der Gruppe gesponserten Verbriefungen (wie vorstehend beschrieben). Die Z&G in Bezug auf die übrigen von der Gruppe gesponserten Verbriefungen im Volumen von ca. USD 34 Mrd. wurden hauptsächlich von

Drittbestellern, als Deponent der Treuhandgesellschaft, direkt an die Verbriefungstreuhandgesellschaften einer Tochtergesellschaft der Gruppe abgegeben, und sind im Umfang begrenzt. Unter bestimmten Umständen kann die Gruppe und/oder die Erworbene Tochtergesellschaft verpflichtet sein, die entsprechenden Kredite zurückzukaufen oder Zahlungen in Bezug auf diese Kredite zu leisten, wenn die Z&G nicht eingehalten werden. Hinsichtlich der spätestens am 31. Dezember 2013 eingegangenen, noch nicht entschiedenen Forderungen auf Rückkauf in Verbindung mit allen Z&G, die die Gruppe oder die Erworbene Tochtergesellschaft in Bezug auf an GSE und andere Käufer verkaufte Kredite und in Bezug auf Private-Label-Aktivitäten abgegeben haben, bestand zum Zeitpunkt des Verkaufs ein ursprünglicher ausstehender Kapitalsaldo in Höhe von ca. USD 1,7 Mrd.

#### Forderungen auf Rückkauf

Im Wesentlichen alle vorstehend beschriebenen noch nicht entschiedenen Forderungen auf Rückkauf beziehen sich auf Zivilklagen, die von den Treuhändern für bestimmte Verbriefungen in Form sog. *Residential Mortgage-Backed Securities* ("RMBS") eingeleitet wurden und im Rahmen derer die Treuhänder behaupten, die Gruppe und/oder die Erworbene Tochtergesellschaft müsse Kredite zurückkaufen, bei denen ein Verstoß gegen die operativen Z&G vorliegt. Die Treuhänder haben im Rahmen dieser Klagen geltend gemacht, dass möglicherweise ein Verstoß gegen die operativen Z&G bezüglich eines höheren (jedoch nicht bezifferten) Betrages der Kredite vorliegt, als des zuvor von den Treuhändern in ihren konkreten Forderungen auf Rückkauf angegebenen Betrages.

#### Klagen im Zusammenhang mit *Residential Mortgage-Backed Securities*

Die für zwei staatlich geförderte US-Unternehmen (*U.S. government sponsored enterprises*), Fannie Mae und Freddie Mac, handelnde *US-Federal Housing Finance Agency* ("FHFA") strengte Klagen gegen 17 Finanzinstitute im Zusammenhang mit dem Erwerb von RMBS durch Fannie Mae und Freddie Mac an. In den Klagen wird unter anderem der Vorwurf erhoben, die Angebotsmaterialien zu den RMBS hätten sachlich falsche oder irreführende Darstellungen und/oder Auslassungen enthalten. Zwei dieser Verfahren, die Verkäufe von RMBS im Zeitraum von 2005 bis 2007 betreffen, bei denen eine Tochtergesellschaft der Gruppe als Lead Underwriter oder als Co-Lead Underwriter fungierte, wurden gegen die Bank und/oder einige ihrer verbundenen Unternehmen oder ehemalige Mitarbeiter der Bank angestrengt.

In beiden Klageschriften wird unter anderem Folgendes geltend gemacht: Rückabwicklung und Herausgabe der für die RMBS gezahlten Gegenleistung, sowie Ersatzleistung für die angeblichen finanziellen Verluste, die Fannie Mae und Freddie Mac infolge des Eigentums an den RMBS entstanden sind. Die Klagen sind einer Reihe anderer Zivilverfahren vergleichbar, die von verschiedenen anderen Klägern im Zusammenhang mit dem Erwerb von RMBS gegen die Bank und/oder einige ihrer verbundenen Unternehmen angestrengt wurden. Die Gruppe ist der Ansicht, dass die gegen sie gerichteten Klagen unbegründet sind und beabsichtigt, sich nachdrücklich gegen diese zu verteidigen.

Der ursprüngliche, mit den Ansprüchen gegen die Gruppe verbundene RMBS-Nennbetrag belief sich in den FHFA-Prozessen und den übrigen vorstehend genannten Zivilklagen gegen die Gruppe auf insgesamt ungefähr USD 9 Mrd.; hiervon stand zum 31. Dezember 2013 ein Betrag in Höhe von ungefähr USD 2,6 Mrd. noch aus. Die für diese RMBS zum 31. Dezember 2013 ausgewiesenen kumulierten Verluste beliefen sich auf ungefähr USD 0,5 Mrd. Die Gruppe ist der Ansicht, dass ihr im

Falle des Unterliegens in diesen Prozessen ein Verlust in Höhe von maximal dem zum Zeitpunkt des Urteils noch ausstehenden RMBS-Betrag (unter Berücksichtigung weiterer Kapitalzahlungen nach dem 31. Dezember 2013) droht, zuzüglich kumulierter Verluste auf die RMBS zu dem betreffenden Zeitpunkt, sowie Zinsen, Gebühren und Kosten, abzüglich des Marktwertes der RMBS zu jenem Zeitpunkt und abzüglich bislang in Anspruch genommener Rücklagen. Die Gruppe schätzt den Marktwert dieser RMBS zum 31. Dezember 2013 auf insgesamt ungefähr USD 1,6 Mrd. Der Gruppe steht möglicherweise ein Anspruch auf Entschädigung für einen Teil dieser Verluste zu.

#### Untersuchungen durch Aufsichtsbehörden

Verschiedene Aufsichts- und sonstige Behörden sind mit Fragen im Hinblick auf Untersuchungen der hypothekebezogenen Aktivitäten der Gruppe, u. a. mit Vorladungen, an die Gruppe herangetreten; die Gruppe kooperiert mit den Behörden bei diesen Untersuchungen.

#### *Devonshire Trust*

##### Hintergrundinformationen

Im Januar 2009 strengte die Bank beim Obersten Gerichtshof von Ontario (*Ontario Superior Court*) eine Klage an; damit wollte sie eine Verfügung erwirken, nach der die im Vorfeld der Klageerhebung von ihr herbeigeführte vorzeitige Beendigung zweier Credit Default Swaps gemäß einem ISDA-Rahmenvertrag mit dem Devonshire Trust ("**Devonshire**"), einem Asset Backed Commercial Paper Conduit Trust, für wirksam erklärt wird. Am gleichen Tag, an dem die Bank die Credit Default Swaps beendete, gab auch Devonshire vor, die Swaps mit der Begründung beenden zu wollen, die Bank habe das Commercial Paper von Devonshire nicht mit Liquidität versorgt, obwohl dies erforderlich war.

##### Status

Im September 2011 entschied der Oberste Gerichtshof von Ontario, dass die vorzeitige Beendigung der Credit Default Swaps durch die Bank jeweils unwirksam, deren vorzeitige Beendigung durch Devonshire hingegen wirksam sei, weshalb Devonshire ein Anspruch auf Rückgabe der Barsicherheiten in Höhe von ungefähr CAD 533 Mio., nebst aufgelaufener Zinsen, durch die Bank zustehe. Die Bank hat gegen die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Ontario Berufung beim Berufungsgerichtshof von Ontario (*Court of Appeal for Ontario*) eingelegt. Im Juli 2013 gab das Berufungsgerichtshof seine Entscheidung bekannt und wies die Klage der Bank ab. Im September 2013 ersuchte die Bank den kanadischen Obersten Gerichtshof (*Supreme Court of Canada*) um Zulassung der Berufung. Im Januar 2014 wies der kanadische Oberste Gerichtshof den Antrag der Bank auf Zulassung der Berufung gegen die Entscheidung des Berufungsgerichtshofs von Ontario ab. Die Bank prüft derzeit, welche Möglichkeiten ihr weiterhin in dieser Sache zur Verfügung stehen. Wird die Entscheidung des Berufungsgerichtshofs in dieser Form in der Berufungsinstanz bestätigt, rechnet die Bank mit einem Verlust in Höhe von ungefähr CAD 500 Mio., abzüglich der bisher erfassten Wertminderungsrückstellungen. Diese Rückstellungen tragen der Entscheidung des Berufungsgerichtshofs von Ontario in vollem Umfang Rechnung.

#### *Zivilklagen im Zusammenhang mit der Festlegung des LIBOR und anderer Bezugswerte*

Nach den Vergleichen bezüglich der nachstehend unter '*Ermittlungen in Bezug auf LIBOR, ISDAfix, andere Bezugswerte und Wechselkurse*' erwähnten Ermittlungen haben eine Reihe von Privat- und Geschäftskunden in verschiedenen Ländern Zivilklagen gegen die Gruppe im Zusammenhang mit LIBOR und/oder anderen Referenzindizes angedroht oder anhängig gemacht. Die Mehrzahl der in

verschiedenen US-Jurisdiktionen angestregten USD-LIBOR-Klagen werden für vorprozessuale Zwecke vor dem US-Bezirksgericht für den *Southern District of New York* ("**Bezirksgericht**") gemeinsam verhandelt. In den im Wesentlichen vergleichbaren Klageschriften wurde u. a. der Vorwurf erhoben, die Bank und die anderen Banken hätten, sowohl einzeln als auch kollektiv, gegen Bestimmungen des *U.S. Sherman Act*, des *U.S. Commodity Exchange Act* ("**CEA**"), des *U.S. Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act* ("**RICO**") sowie verschiedene einzelstaatliche Rechtsvorschriften verstoßen, indem sie USD-LIBOR-Sätze manipulierten. In den Klagen wird Schadenersatz in unbestimmter Höhe gefordert, ausgenommen in drei Klagen, in denen die Kläger von allen Beklagten, darunter die Bank, Schadenersatz in Höhe von zusammen USD 910 Mio. zuzüglich Strafschadenersatz fordern. In einigen der Klagen wird Schadenersatz in dreifacher Höhe (*trebling of damages*) nach Maßgabe der Bestimmungen des *U.S. Sherman Act* und des RICO gefordert. Einige der Zivilklagen sollen als Sammelklagen (u. a.) im Namen von Klägern anhängig gemacht werden, die (i) USD-LIBOR-bezogene OTC-Geschäfte getätigt ("**OTC-Gruppe**"), (ii) USD-LIBOR-bezogene Finanzinstrumente an einer Börse erworben ("**Börsengeschäft-Gruppe**"), (iii) USD-LIBOR-bezogene Schuldtitel erworben ("**Schuldtitel-Gruppe**"), (iv) auf USD-LIBOR-bezogene variabel verzinsliche Hypotheken erworben oder (v) auf USD-LIBOR-bezogene Darlehen vergeben haben.

Im März 2013 erging eine Entscheidung des Bezirksgerichts, in der die Mehrzahl der gegen die Bank sowie gegen die anderen Banken gerichteten Klagen, die jeweils als drei Hauptsammelklagen ("**Hauptsammelklagen**") und drei Haupteinzelklagen ("**Haupteinzelklagen**") anhängig gemacht werden sollen, abgewiesen wurde. Nach der Entscheidung ersuchten die Kläger der Hauptsammelklagen das Bezirksgericht, entweder die Einreichung einer geänderten Klage oder die Berufung gegen einen Aspekt der Entscheidung vom März 2013 zuzulassen. Im August 2013 wies das Bezirksgericht die Mehrzahl der im Rahmen der Hauptsammelklagen gestellten Anträge ab. Infolgedessen wurden die Ansprüche der Schuldtitel-Gruppe vollumfänglich abgewiesen; die Ansprüche der Börsengeschäft-Gruppe sind auf Ansprüche nach dem CEA beschränkt und die Ansprüche der OTC-Gruppe sind auf Bereicherungsansprüche und Ansprüche aufgrund einer Verletzung des Grundsatzes von Treu und Glauben und des Fairnessgebots beschränkt. Im Anschluss an die Entscheidung des Bezirksgerichts vom März 2013 strengten die Kläger der Haupteinzelklagen erneut beim zuständigen Gericht (*State Court*) in Kalifornien ein Verfahren an (das inzwischen dem Bezirksgericht übertragen wurde), in dessen Rahmen sie ihr ursprüngliches Vorbringen aus den vorstehend beschriebenen Verfahren, die als Sammelklagen anhängig gemacht werden sollten, wiederholen. Es ist möglich, dass in Zukunft verschiedene Kläger versuchen werden, Berufung gegen einige oder alle Entscheidungen des Bezirksgerichts einzulegen.

Ferner wird eine Reihe weiterer beim Bezirksgericht anhängig gemachter Klagen, vorbehaltlich weiterer Verfahren hinsichtlich der Hauptsammelklagen, weiter ausgesetzt.

Solange die Verfahren nicht weiter verhandelt werden, ist die letztendliche Auswirkung der Entscheidungen des Bezirksgerichts unklar, wobei die Entscheidung jedoch möglicherweise im Rahmen der Auslegung durch Gerichte Auswirkungen auf andere Prozesse haben wird, darunter die nachfolgend beschriebenen Verfahren, von denen einige verschiedene Referenzzinssätze zum Gegenstand haben.

Gegen die Bank und andere Banken wurden überdies weitere Einzelklagen und Verfahren angestrengt, die als Sammelklagen vor anderen US-Bezirksgerichten anhängig gemacht werden sollen und in deren Rahmen die Kläger – in ähnlicher Weise wie die Kläger der USD-LIBOR-Klagen, auf die vorstehend Bezug genommen wurde – geltend machen, die Beklagten hätten in

verschiedenen Zeiträumen (einzeln oder kollektiv) die USD-LIBOR-, Yen-LIBOR-, Euroyen-TIBOR und/oder EURIBOR-Sätze manipuliert. Grundsätzlich bringen die Kläger vor, Transaktionen mit Darlehen, Derivaten und/oder anderen Finanzinstrumenten getätigt zu haben, deren Wert jeweils von den Änderungen der USD-LIBOR-, Yen-LIBOR-, Euroyen-TIBOR und/oder EURIBOR-Sätze beeinträchtigt wurde, und machen Ansprüche nach einzel- und bundesstaatlichem Recht geltend. Im Oktober 2012 wies das US-Bezirksgericht von Kalifornien (*District Court for the Central District of California*) eine Sammelklage ab, die im Namen von Inhabern von auf USD-LIBOR-bezogenen variabel verzinslichen Hypotheken anhängig gemacht werden sollte. Von den Klägern wurde Berufung eingelegt und die vollständige Berufungsbegründung liegt vor.

Barclays PLC wurde von der Antitrust Division des US-Justizministeriums (*Department of Justice*), der DOJ-AD, ein bedingter Nachlass im Zusammenhang mit möglichen Verstößen gegen US-Kartellrecht bei Finanzinstrumenten mit Bezug auf EURIBOR zugestanden. Infolge der Gewährung dieses bedingten Nachlasses hat Barclays PLC Anspruch auf (i) eine Haftungsobergrenze in Höhe des tatsächlichen anstatt des dreifachen Schadenersatzes, wenn in einem zivilrechtlichen Kartellverfahren nach US-amerikanischem Kartellrecht auf Grundlage eines Verhaltens, dass durch den bedingten Nachlass abgedeckt ist, dem Kläger Schadenersatz zugesprochen wurde, und (ii) eine Befreiung im Hinblick auf eine mögliche gesamtschuldnerische Haftung in Verbindung mit einem derartigen zivilrechtlichen Kartellverfahren, vorbehaltlich der Bedingung, dass Barclays PLC das DOJ sowie das über die entsprechende zivilrechtliche Klage befindende Gericht davon überzeugt, dass sie ihre Mitwirkungspflichten erfüllt hat.

Darüber hinaus sind die Barclays PLC, die Bank, BCI sowie vier ehemalige Führungskräfte und Direktoren der Bank, Beklagte einer vor dem SDNY anhängigen Wertpapier-Sammelklage im Zusammenhang mit der Rolle der Bank als an der LIBOR-Festlegung beteiligte Panel-Bank. In der Klageschrift werden Ansprüche nach Maßgabe von *Section 10(b)* und *Section 20(a)* des *U.S. Securities Exchange Act 1934* geltend gemacht; hauptsächlich wird darin der Vorwurf erhoben, die Geschäftsberichte der Bank für die Jahre 2006 bis 2011 hätten Unrichtigkeiten und Auslassungen hinsichtlich (unter anderem) der Einhaltung ihrer Verfahren für das Betriebsrisikomanagement und bestimmter Gesetze und Rechtsvorschriften aufgewiesen. Weiterhin wird in der Klageschrift der Vorwurf erhoben, dass die täglichen Einreichungen der Bank zur Festlegung des USD-LIBOR Falschaussagen unter Verletzung des US-Wertpapierrechts darstellten. Der Kreis der Sammelkläger, in deren Auftrag die Klage eingereicht wird, setzt sich aus allen natürlichen und juristischen Personen zusammen, die im Zeitraum vom 10. Juli 2007 bis zum 27. Juni 2012 an einer US-Wertpapierbörse von Barclays PLC geförderte *American Depositary Receipts* erworben haben. Im Mai 2013 hat das Gericht dem Antrag der Bank auf vollständige Klageabweisung stattgegeben. Von den Klägern wurde Berufung eingelegt und die vollständige Berufungsbegründung liegt vor.

Neben den Klagen in den USA sind gegen die Gruppe in zahlreichen Ländern Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit den angeblichen LIBOR- and EURIBOR-Manipulationen angestrengt oder angedroht worden. Das erste dieser Verfahren wurde in England und Wales von Graiseley Properties Limited anhängig gemacht; ein Verhandlungstermin beim *High Court of Justice* ist für April 2014 angesetzt. Die Zahl dieser Verfahren, der Referenzindizes, auf die sie sich beziehen, und der Länder, in denen sie angestrengt werden können, wird sich voraussichtlich im Laufe der Zeit erhöhen.



### *Zivilklagen in Bezug auf den Devisenhandel*

Seit November 2013 wurde beim SDNY eine Reihe Zivilklagen im Namen von Klägern, die in Klägergruppen (*proposed classes of plaintiffs*) zusammengefasst werden sollen, eingereicht, im Rahmen derer eine Manipulation von Devisenmärkten und somit ein Verstoß nach dem *U.S. Sherman Antitrust Act* sowie nach dem Recht des Bundesstaates New York behauptet und mehrere internationale Banken, darunter die Bank, als Beklagte genannt werden.

Nähere Einzelheiten zu mit 'Zivilklagen im Zusammenhang mit der Festlegung des LIBOR und anderer Bezugswerte' verbundenen wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Angelegenheiten sind dem nachstehenden Abschnitt 'Ermittlungen in Bezug auf LIBOR, ISDAfix, andere Bezugswerte und Wechselkurse' zu entnehmen.

### *Ermittlungen in Bezug auf LIBOR, ISDAfix, andere Bezugswerte und Wechselkurse*

Zu den verschiedenen Behörden, die Ermittlungen zu den Einreichungen der Bank und anderer Finanzinstitute an die für die Festlegung und Zusammenstellung verschiedener finanzieller Bezugswerte (z. B. den London Interbank Offered Rate ("**LIBOR**") und den Euro Interbank Offered Rate ("**EURIBOR**") zuständigen Gremien durchführen ("**Ermittlungen**") gehören unter anderen die FCA, die US-Aufsichtsbehörde für den Warenterminhandel (*U.S. Commodity Futures Trading Commission* – "**CFTC**"), die US-Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde SEC, die Abteilung für Betrugsbekämpfung des US-Justizministeriums (*U.S. Department of Justice Fraud Section* – "**DOJ-FS**"), dessen *Antitrust Division* ("**DOJ-AD**"), die Europäische Kommission, die für schwere Betrugsdelikte zuständige britische Behörde (*Serious Fraud Office* – "**SFO**"), die Zentralbank und Finanzaufsichtsbehörde von Singapur (*Monetary Authority of Singapore*), die japanische Finanzdienstleistungsbehörde (*Japan Financial Services Agency*), die Staatsanwaltschaft in Trani, Italien, sowie die Generalanwaltschaften verschiedener US-Bundesstaaten.

Am 27. Juni 2012 gab die Bank bekannt, dass sie mit der FSA (als der Vorgängerbehörde der FCA), der CFTC und der DOJ-FS jeweils einen Vergleich bezüglich deren Ermittlungen geschlossen hat; dabei hat sich die Bank zur Zahlung einer Strafe in Höhe von insgesamt GBP 290 Mio. verpflichtet, die als Betriebsaufwand für 2012 verbucht wurden. Der Vergleichsschluss erfolgte jeweils auf Grundlage entsprechender Vereinbarungen: ein sog. *Settlement Agreement* mit der FSA, ein *Non-Prosecution Agreement* (eine Vereinbarung über den Verzicht auf Strafverfolgung – "**NPA**") mit der DOJ-FS und ein sog. *Settlement Order Agreement* mit der CFTC ("**CFTC-Vereinbarung**"). Ferner wurde der Bank von der DOJ-AD ein bedingter Strafnachlass im Rahmen von Kronzeugenregelungen (*conditional leniency*) im Zusammenhang mit möglichen Verstößen gegen US-Kartellrecht bei Finanzinstrumenten mit EURIBOR als Referenzzinssatz zugestanden.

Die Bedingungen des *Settlement Agreement* mit der FSA sind vertraulich. Die *Final Notice* der FSA, in der eine Geldstrafe in Höhe von GBP 59,5 Mio. verhängt wird, ist jedoch auf der Website der FSA allgemein zugänglich. Diese enthält die Argumentation für die Geldstrafe, nimmt Bezug auf die Abwicklungsgrundsätze und erläutert den Sachzusammenhang der festgelegten Bedingungen und die Begründung für diese. Die NPA und die CFTC-Vereinbarung werden im Folgenden kurz zusammengefasst. Der vollständige Text der NPA und der CFTC-Vereinbarung kann auf den jeweiligen Websites von DOJ und CFTC abgerufen werden.

Neben einer zivilen Geldstrafe in Höhe von USD 200 Mio. sieht die CFTC-Vereinbarung vor, dass die Bank weitere Verletzungen bestimmter Bestimmungen des *U.S. Commodity Exchange Act* zu

unterlassen und bestimmte Schritte zur Sicherstellung der Integrität und Zuverlässigkeit ihrer Einreichungen zu Referenzzinssätzen (darunter LIBOR und EURIBOR) und zur Verbesserung damit verbundener interner Kontrollen zu unternehmen hat. Die CFTC-Vereinbarung sieht u. a. vor, dass die Bank zu Folgendem verpflichtet wird:

- Vornahme ihrer Einreichungen zur Festlegung der Referenzzinssätze auf der Grundlage bestimmter festgelegter Faktoren, wobei den Transaktionen der Bank, vorbehaltlich bestimmter festgelegter Anpassungen und Erwägungen, das größte Gewicht beigemessen wird;
- Implementierung von Firewalls, mit denen der unzulässige Informationsaustausch, auch zwischen Händlern und den für diese Einreichungen zuständigen Mitarbeitern verhindert werden soll;
- Erstellung und Aufbewahrung bestimmter Unterlagen in Bezug auf die Einreichungen und Aufbewahrung entsprechender Mitteilungen;
- Umsetzung von Prüfungs-, Überwachungs- und Schulungsmaßnahmen in Bezug auf die Einreichungen der Bank und der damit verbundenen Prozesse;
- regelmäßige Berichterstattung an die CFTC hinsichtlich der Einhaltung der Bedingungen der CFTC-Vereinbarung;
- Förderung der Entwicklung strenger Kriterien für Referenzzinssätze nach besten Kräften; und
- Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der CFTC bei deren laufenden Ermittlungen zu Referenzzinssätzen.

Im Rahmen der NPA hat sich die Bank zu einer Strafzahlung in Höhe von USD 160 Mio. verpflichtet. Außerdem hat sich das DOJ bereit erklärt, von einer strafrechtlichen Verfolgung strafbarer Handlungen der Bank im Zusammenhang mit deren Einreichungen zur Festlegung von Referenzzinssätzen, darunter LIBOR und EURIBOR, abzusehen (hiervon ausgenommen ist die Verfolgung steuerstrafrechtlicher Verstöße, hinsichtlich derer das DOJ keine Vereinbarungen schließt und dies auch nicht darf), sofern die Bank im Rahmen der NPA festgelegte Verpflichtungen erfüllt. Insbesondere verpflichtete sich die Bank im Rahmen der NPA u. a. dazu, während eines Zeitraums von zwei Jahren ab dem 26. Juni 2012:

- keine wie auch immer gearteten, in den Vereinigten Staaten strafbaren Handlungen zu begehen;
- nicht schutzwürdige Informationen über die Aktivitäten der Bank, ihrer Führungskräfte und Mitarbeiter, sowie sonstige Informationen über sämtliche Angelegenheiten, zu denen das DOJ Fragen stellt, wahrheitsgemäß und vollständig offenzulegen; diese Informationen können zu jedem Zweck verwendet werden, sofern nach der NPA keine sonstigen Einschränkungen vorgesehen sind;
- das DOJ auf jedes potenziell strafbare Verhalten der Bank oder ihrer Mitarbeiter im Zusammenhang mit Betrugsdelikten oder Verstößen gegen die Wertpapier- und Rohstoffmärkte regelnde Gesetze aufmerksam zu machen; und
- das DOJ auf alle straf- oder aufsichtsrechtlichen Ermittlungen, Verwaltungsverfahren und Zivilklagen aufmerksam zu machen, die von staatlichen Behörden in den Vereinigten Staaten aufgrund angeblicher Betrugsdelikte oder Verstöße gegen die Wertpapier- und Rohstoffmärkte regelnde Gesetze entweder seitens der Bank bzw. ihrer Mitarbeiter oder gegen diese eingeleitet werden.

Ein Verstoß gegen eine Bestimmung des NPA könnte zur strafrechtlichen Verfolgung im Zusammenhang mit den Einreichungen der Gruppe zu Referenzzinssätzen führen und erhebliche Konsequenzen für die gegenwärtige und künftige Geschäftstätigkeit der Gruppe in den Vereinigten Staaten haben.

Die Bank hat sich darüber hinaus zur Zusammenarbeit mit dem DOJ und anderen staatlichen Behörden in den Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit allen sich aus dem in der NPA beschriebenen Verhalten ergebenden Ermittlungs- oder Strafverfolgungsaktivitäten verpflichtet; diese Verpflichtung bleibt bis zum Abschluss aller entsprechenden Ermittlungs- bzw. Strafverfolgungsaktivitäten in Kraft. Außerdem kooperiert die Bank auch weiterhin im Rahmen der sonstigen laufenden Ermittlungen.

Nach den im Juni 2012 bekanntgegebenen Vergleichsabschlüssen nahmen 31 Generalanwaltschaften verschiedener US-Bundesstaaten eigene Ermittlungen in Sachen LIBOR, EURIBOR und Tokyo Interbank Offered Rate auf. Die Generalanwaltschaft von New York schickte im Juli 2012 im Auftrag der anderen Generalanwaltschaften eine Vorladung mit der Aufforderung zur Übermittlung weitreichender Informationen an die Bank (und weitere Vorladungen an eine Reihe anderer Banken) und hat seitdem weitere Auskunftsverlangen im Hinblick auf Dokumente und Transaktionsdaten an die Bank gerichtet.

Die Bank beantwortet diese Auskunftsverlangen fortlaufend. Außerdem gab die SFO nach den Vergleichsabschlüssen im Juli bekannt, sie habe Ermittlungen hinsichtlich des LIBOR-Sachverhalts beschlossen. In diesem Zusammenhang hat die Bank Auskunftersuchen erhalten, die sie weiterhin beantwortet.

Die Europäische Kommission führt ebenfalls seit einiger Zeit Ermittlungen hinsichtlich der Manipulation u. a. des EURIBOR durch. Am 4. Dezember 2013 gab die Europäische Kommission eine Einigung mit der Gruppe sowie einer Reihe anderer Banken hinsichtlich wettbewerbswidrigen Verhaltens im Zusammenhang mit dem EURIBOR bekannt. Die Gruppe hatte der Europäischen Kommission ihr Verhalten im Zusammenhang mit dem EURIBOR freiwillig gemeldet und bei der Ermittlung der Europäischen Kommission vollumfänglich kooperiert. Aufgrund dieser Kooperation wurde der Gruppe ein vollständiger Erlass der Geldstrafen, die ansonsten verhängt worden wären, gewährt.

Die CFTC und die FCA ermitteln außerdem unabhängig voneinander hinsichtlich Vorgängen in der Vergangenheit im Zusammenhang mit dem ISDAfix, neben anderen Referenzindizes. Die Bank hat strafbewehrte Anordnungen zur Vorlage von Beweismitteln und Auskunftersuchen erhalten, die sie weiterhin beantwortet.

Verschiedene Aufsichts- und Vollzugsbehörden, darunter die FCA im Vereinigten Königreich, die CFTC, das DOJ, die SEC und das Ministerium für Finanzdienstleistungen des Staates New York (*New York State Department of Financial Services*) in den Vereinigten Staaten sowie die Hongkonger Währungsbehörde (*Hong Kong Monetary Authority*) haben darauf hingewiesen, dass sie Ermittlungen in Bezug auf den Devisenhandel, einschließlich möglicher Versuche, bestimmte Referenzwechselkurse zu manipulieren oder andere Handlungen zur Verbesserung von Handelspositionen durchzuführen, aufgenommen haben. Einige dieser Ermittlungen betreffen eine Vielzahl von Marktteilnehmern in verschiedenen Ländern. Einige dieser Behörden sind mit Fragen im Zusammenhang mit ihren jeweiligen Ermittlungen an die Bank herangetreten; entsprechende Nachfragen gab es auch seitens anderer Aufsichtsbehörden, die sich mit Devisenangelegenheiten

befassen. Die Gruppe prüft ihren Devisenhandel in Bezug auf einen mehrjährigen Zeitraum bis Oktober 2013 und kooperiert mit den betreffenden Behörden im Rahmen ihrer Ermittlungen.

Nähere Einzelheiten zu den Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Ermittlungen sind den Abschnitten "Zivilklagen im Zusammenhang mit der Festlegung des LIBOR und anderer Bezugswerte" und "Zivilklage in Bezug auf den Devisenhandel" zu entnehmen.

#### FERC

##### Hintergrundinformationen

Die Vollzugsbehörde (*Office of Enforcement*) der US-Energiemarktaufsicht *Federal Energy Regulatory Commission* ("FERC") führte Ermittlungen bezüglich des Stromhandels der Gruppe im Westen der USA für den Zeitraum ab Ende 2006 bis 2008 durch. Im Oktober 2012 erließ die FERC im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit eine Anordnung zur Abgabe einer Stellungnahme nebst Bescheid über Strafvorschläge (eine sog. *Order to Show Cause and Notice of Proposed Penalties* – die "*Order and Notice*") gegen die Bank und vier ihrer ehemaligen Händler. In der *Order and Notice* machte die FERC geltend, die Bank und ihre ehemaligen Händler hätten gegen die Anti-Manipulationsbestimmungen der FERC, die sog. *Anti-Manipulation Rule*, verstoßen, indem sie in der Zeit von November 2006 bis Dezember 2008 die Strommärkte in Kalifornien und Umgebung manipulierten, und schlug die Zahlung zivilrechtlicher Strafen sowie die Herausgabe entstandener Gewinne durch die Bank vor. Im Juli 2013 erließ die FERC einen Bescheid über die Festsetzung zivilrechtlicher Strafen (*Order Assessing Civil Penalties*), in dem sie eine zivilrechtliche Strafe in Höhe von USD 435 Mio. gegen die Bank festsetzte und an sie die Anordnung erließ, zusätzlich ihr entstandene Gewinne in Höhe von USD 34,9 Mio., zuzüglich Zinsen, herauszugeben (wobei die beiden Beträge jeweils mit den in der *Order and Notice* angegebenen Beträgen übereinstimmen).

##### Status

Im Oktober 2013 reichte die FERC zur Beitreibung der Strafe und des herauszugebenden Gewinns eine Zivilklage gegen die Bank und ihre ehemaligen Händler beim Bezirksgericht (*District Court*) von Kalifornien ein. In der im Rahmen der Zivilklage eingereichten Klageschrift wiederholt die FERC ihre zuvor in der *Order and Notice* vom Oktober 2012 und der *Order Assessing Civil Penalties* vom Juli 2013 erhobenen Anschuldigungen. Die Bank verteidigt sich nachdrücklich gegen diese Klage. Die Bank und ihre ehemaligen Händler haben Antrag auf Abweisung der Klage wegen fehlender örtlicher Zuständigkeit oder – hilfsweise – Verweisung der Klage an das US-Beriksgericht für den *Southern District of New York* ("SDNY") sowie Antrag auf Abweisung der Klage aufgrund ungenügender Klageerhebung gestellt. Im September 2013 wandte sich die für Strafsachen zuständige Abteilung des *United States Attorney's Office* im *Southern District of New York* an die Bank und teilte mit, dass sie den in den FERC-Ermittlungen gegenständlichen Sachverhalt ebenfalls prüfe.

#### BDC Finance L.L.C.

##### Hintergrundinformationen

Im Oktober 2008 reichte die BDC Finance L.L.C. ("BDC") beim Obersten Gerichtshof des Bundesstaates New York (*Supreme Court of the State of New York* – "NY Supreme Court") eine Klage ein, in deren Rahmen sie den Vorwurf erhob, die Bank habe gegen einen für eine Total Return Swap-Transaktion geltenden ISDA-Rahmenvertrag und den entsprechenden Einzelabschluss (*Master Confirmation*) betreffend einen kreditbezogenen Total Return Swap (*Total Return Loan Swap*) (der "Vertrag") verstoßen, als sie im Oktober 2008 der Forderung von BDC nach Übertragung angeblicher

überschüssiger Sicherheiten in Höhe von ca. USD 40 Mio. ("**Forderung**") nicht nachkam. BDC macht geltend, die Bank sei nach dem Vertrag nicht berechtigt gewesen, die Forderung vor der Übertragung der angeblichen überschüssigen Sicherheiten zu bestreiten, und selbst wenn die Bank dazu berechtigt gewesen wäre, habe sie es versäumt, die Forderung zu bestreiten. BDC verlangt Schadenersatz in einer Gesamthöhe von USD 297 Mio. nebst Rechtsanwaltskosten und vorprozessualen Zinsen.

#### Status

Im August 2012 erging ein Teilurteil im abgekürzten Verfahren, ein sog. *Partial Summary Judgement*, des NY Supreme Court zugunsten der Bank, in dem entschieden wurde, dass die Bank berechtigt war, die Forderung vor der Übertragung der angeblichen überschüssigen Sicherheiten zu bestreiten, jedoch auch festgestellt wurde, dass im Rahmen einer Verhandlung ermittelt werden müsse, ob die Bank diese auch tatsächlich bestritten hatte. Die Parteien legten bei der Berufungskammer, der sog. *Appellate Division* des NY Supreme Court ("**Appellate Division**") Anschlussberufung ein. Im Oktober 2013 hob die Appellate Division das Teilurteil im abgekürzten Verfahren des NY Supreme Court zugunsten der Bank auf und gab stattdessen dem Antrag von BDC auf ein Teilurteil im abgekürzten Verfahren statt, da sie die Ansicht vertrat, die Bank habe gegen den Vertrag verstoßen. Die Appellate Division traf keine Entscheidung hinsichtlich der Höhe des Schadenersatzes für BDC, die vom NY Supreme Court bislang noch nicht festgelegt wurde. Am 25. November 2013 stellte die Bank bei der Appellate Division Antrag auf neue Verhandlung oder – hilfsweise – Zulassung der Berufung beim Berufungsgericht des Bundesstaates New York, dem sog. *New York Court of Appeals*. Im Januar 2014 erging ein Beschluss der Appellate Division, in dem der Antrag auf neue Verhandlung abgewiesen und dem Antrag auf Zulassung der Berufung beim *New York Court of Appeals* stattgegeben wurde. Im September 2011 wurden die Bank und BCI auch von der Anlageberaterin von BDC, BDCM Fund Adviser, L.L.C. und deren Mutterunternehmen, Black Diamond Capital Holdings, L.L.C. beim zuständigen Gericht von Connecticut (*Connecticut State Court*) auf Schadenersatz in unbestimmter Höhe verklagt, der angeblich durch das Verhalten der Bank im Zusammenhang mit dem Vertrag begründet sei; dabei wurden Ansprüche aufgrund der Verletzung von Vorschriften gegen unlautere Handelspraktiken gemäß dem *Connecticut Unfair Trade Practices Act* sowie Ansprüche aus unerlaubter Handlung im Zusammenhang mit dem Eingriff in Geschäftsbeziehungen und potenzielle Geschäftsbeziehungen geltend gemacht. Die Parteien haben einer Aussetzung des Verfahrens zugestimmt.

#### *Ermittlungen bezüglich der Interchange-Gebührensätze*

Sowohl das britische *Office of Fair Trading* als auch Kartellbehörden anderer europäischer Länder führen nach wie vor Ermittlungen bezüglich der Interchange-Gebührensätze bei Kredit- und Debitkarten von Visa and MasterCard durch. Als Kartenherausgeber erhält die Gruppe Interchange-Gebühren von Anbietern von Acquiring-Dienstleistungen für Händler. Die Hauptrisiken, die diese Ermittlungen mit sich bringen, sind die mögliche Verhängung von Geldbußen durch Kartellbehörden, mögliche Rechtsverfahren und neue Gesetzesvorschläge. Die Gruppe muss möglicherweise Bußgelder zahlen oder Schadenersatz leisten und sie könnte von Gesetzesänderungen hinsichtlich Interchange-Regelungen betroffen sein.

#### *Zinssicherungsprodukte*

Im Jahr 2012 gab die Financial Services Authority bekannt, dass eine Reihe britischer Banken, darunter die Gruppe, eine Überprüfung im Hinblick auf Entschädigungen (sog. *Review and Redress*

*Exercise*) im Zusammenhang mit Zinssicherungsprodukten durchführen werde, die am 1. Dezember 2001 oder danach an Privatkunden verkauft wurden, die als nicht sachkundig (*non-sophisticated*) gemäß den Bedingungen der Vereinbarung eingestuft wurden. Während des maßgeblichen Zeitraums hat die Gruppe Zinssicherungsprodukte an ungefähr 4.000 Privatkunden verkauft; ca. 2.900 von ihnen wurden als nicht sachkundige (*non-sophisticated*) Kunden eingestuft.

Nach kumulierter Verwendung eines hauptsächlich auf Verwaltungskosten bezogenen Betrages von GBP 331 Mio. sowie eines für Entschädigungen aufzuwendenden Betrages von GBP 87 Mio. beträgt die von der Gruppe zum 31. Dezember 2013 ausgewiesene Rückstellung für Entschädigungen als nicht sachkundig (*non-sophisticated*) eingestuft der Kunden und damit verbundene Kosten GBP 1.169 Mio. Fast 30 % der als nicht sachkundig (*non-sophisticated*) eingestuften Kunden, die Teil der Überprüfung waren, wurde bereits über erste Ergebnisse der Überprüfung hinsichtlich der Entschädigungen informiert.

Die Gruppe geht davon aus, dass die Rückstellung zum 31. Dezember 2013 zur Abdeckung der Gesamtkosten für die Entschädigungen ausreichen wird. Dennoch wird die Angemessenheit des Rückstellungsbetrags weiterhin laufend überprüft; sollten die aktuellen Schätzungen nicht mit der Realität übereinstimmen, ist es möglich, dass die letztendlich tatsächlich anfallenden Kosten wesentlich abweichen.

#### *Entschädigung für Restschuldversicherungen*

Nach Abschluss der gerichtlichen Überprüfung in Bezug auf die Bewertung der und Entschädigung für Restschuldversicherungen (*payment protection insurance – "PPI"*) im Jahr 2011 hat die Gruppe Rückstellungen für entsprechende Kosten im Zusammenhang mit Entschädigungen für Restschuldversicherungen und Klagen in einer Gesamthöhe von GBP 3,95 Mrd. gebildet. Zum 31. Dezember 2013 sind GBP 2,98 Mrd. der Rückstellung verwendet worden, sodass ein Rückstellungsbetrag in Höhe von GBP 0,97 Mrd. verbleibt.

Die aktuelle Höhe der Rückstellung wird anhand mehrerer Schlüsselannahmen berechnet, die nach wie vor maßgeblich im Ermessen des Managements liegen: Die sich auf dieser Grundlage ergebende Rückstellung stellt die bestmögliche Schätzung der Gruppe hinsichtlich aller künftig erwarteten Entschädigungskosten für Restschuldversicherungen dar. Es ist jedoch möglich, dass das Ergebnis letztlich von der gegenwärtigen Schätzung abweicht; im Falle wesentlicher, sich nachteilig auswirkender Abweichungen wird eine weitere Rückstellung gebildet; andernfalls werden etwaige verbleibende Kosten voraussichtlich im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit abgewickelt. Die Rückstellung beinhaltet auch eine Schätzung der Kosten der Gruppe für die Bearbeitung von Ansprüchen sowie der Kosten in Zusammenhang mit Ansprüchen, die später an den *Financial Ombudsman Service (FOS)* weitergeleitet werden.

Die Gruppe wird die tatsächliche Anzahl der geltend gemachten Ansprüche und die der Berechnung ihrer Rückstellungen für Entschädigungen für Restschuldversicherungen zugrundeliegenden Annahmen weiterhin beobachten. Sollten die Schätzungen des Managements nicht mit der tatsächlichen Realität übereinstimmen, ist es möglich, dass die letztendlich tatsächlich anfallenden Kosten wesentlich abweichen.

#### *Kartellrechtliche Ermittlungen am CDS-Markt*

Sowohl die Europäische Kommission als auch die DOJ-AD hat Ermittlungen am CDS-Markt eingeleitet (im Jahr 2011 bzw. 2009). Im Juli 2013 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung

der Beschwerdepunkte an die Bank sowie 12 weitere Banken, die Markit und die ISDA gerichtet. In dem betreffenden Fall geht es um Bedenken, dass bestimmte Banken kollektiv darauf hingewirkt haben könnten, den Eintritt von Börsen in den Kreditderivatemarkt zu verzögern und zu verhindern. Hinsichtlich einer möglichen Entscheidung der Europäischen Kommission hat diese angedeutet, dass sie beabsichtigt, Sanktionen aufzuerlegen. Zu den möglichen von der Europäischen Kommission aufzuerlegenden Sanktionen gehören Bußgelder. Bei den Ermittlungen der DOJ-AD handelt es sich um zivilrechtliche Ermittlungen, die sich auf ähnliche Angelegenheiten beziehen. Auch in den Vereinigten Staaten sollen im Zusammenhang mit ähnlichen Angelegenheiten Sammelklagen anhängig gemacht werden. Der zeitliche Ablauf dieser Fälle ist ungewiss.

#### *Schweizer / US-Steuerprogramme*

Im August 2013 gaben das DOJ und das Eidgenössische Finanzdepartement das sog. *Programme for Non-Prosecution Agreements or Non-Target Letters for Swiss Banks* bekannt – ein Programm, in dessen Rahmen unter bestimmten Umständen von der strafrechtlichen Verfolgung von Schweizer Banken abgesehen bzw. bescheinigt wird, dass diese nicht Gegenstand entsprechender Untersuchungen sind ("**Programm**"). Dem vorausgegangen ist ein langwieriger Streit zwischen den Vereinigten Staaten und der Schweiz über steuerliche Verpflichtungen aufgrund von bei Schweizer Banken unterhaltenen Konten mit US-Bezug (sog. *U.S. Related Accounts*).

Die Barclays Bank (Suisse) SA und die Genfer Niederlassung der Barclays Bank PLC nehmen an dem Programm teil, in dessen Rahmen eine strukturierte Überprüfung der US-Konten erforderlich ist. Diese Überprüfung wird derzeit durchgeführt; das Ergebnis der Überprüfung entscheidet darüber, ob im Falle der Barclays Bank (Suisse) SA und der Genfer Niederlassung der Barclays Bank PLC von der strafrechtlichen Verfolgung abgesehen wird oder ihnen Sanktionen auferlegt werden. Das Fristende für den Abschluss der Überprüfung ist der 30. April 2014.

#### *Ermittlungen in Bezug auf bestimmte Verträge*

Die FCA hat Ermittlungen hinsichtlich bestimmter Verträge durchgeführt, darunter zwei zwischen der Bank und der Qatar Holding LLC ("**Qatar Holding**") im Juni beziehungsweise Oktober 2008 geschlossene Beratungsverträge, sowie hinsichtlich der Frage, ob diese in Zusammenhang mit den Kapitalbeschaffungen der Gruppe im Juni und im November 2008 gestanden haben könnten.

Die FCA hat im September 2013 Warnhinweise ("**Warnhinweise**") gegen Barclays PLC und die Bank erteilt. Das Bestehen des im Juni 2008 geschlossenen Beratungsvertrag wurde in den Bekanntmachungen oder öffentlichen Dokumenten im Zusammenhang mit den Kapitalbeschaffungen im Juni und November 2008 offengelegt, der Abschluss des Beratungsvertrags im Oktober 2008 und die unter beiden Verträgen zu zahlenden Honorare, die sich insgesamt auf GBP 322 Mio., zahlbar über einen Zeitraum von fünf Jahren, belaufen, jedoch nicht. In den Warnhinweisen ist zwar berücksichtigt, dass Barclays PLC und die Bank damals davon ausgingen, dass zumindest ein nicht spezifizierter und unbestimmter Wert aus den Verträgen bezogen werden sollte, es wird jedoch darauf hingewiesen, dass es in erster Linie nicht Zweck der Verträge war, Beratungsleistungen zu beziehen, sondern zusätzliche, Zahlungen für die katarische Beteiligung an den Kapitalbeschaffungen zu leisten, die nicht offengelegt wurden. In den Warnhinweisen wird festgestellt, dass Barclays PLC und die Bank gegen bestimmte Notierungsregeln in Bezug auf Offenlegungspflichten verstießen und Barclays PLC auch gegen das *Listing Principle 3* (die Pflicht, sich gegenüber Inhabern und potentiellen Inhabern von Aktien des Unternehmens integer zu verhalten). In dieser Hinsicht ist die FCA der Ansicht, dass Barclays PLC und die Bank leichtfertig

(*recklessly*) handelten. Das in den Warnhinweisen gegen die Gruppe verhängte Bußgeld beträgt GBP 50 Mio. Barclays PLC und die Bank bestreiten die Feststellungen weiterhin.

Das FCA-Verfahren ruht derzeit, bis sich Fortschritte bei den Ermittlungen des SFO bezüglich derselben Verträge einstellen. Die Ermittlungen des SFO sind noch nicht so weit fortgeschritten und die Gruppe hat Auskunftersuchen erhalten, die sie weiterhin beantwortet hat.

Das DOJ und die SEC führen Ermittlungen im Zusammenhang mit der Frage, ob im Rahmen der Beziehungen der Gruppe zu Dritten, die der Gruppe beim Aufbau neuer bzw. der Aufrechterhaltung bestehender Geschäftsverbindungen behilflich sind, die Vorschriften des *United States Foreign Corrupt Practices Act* eingehalten werden. Das DOJ und die SEC untersuchen auch die oben genannten Verträge, einschließlich der beiden Beratungsverträge. Die *US Federal Reserve* hat verlangt, laufend informiert zu werden.

*Allgemeines*

Die Gruppe ist an verschiedenen anderen, im Vereinigten Königreich und einigen anderen Jurisdiktionen geführten Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren, die von Zeit zu Zeit im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs entstehen, beteiligt. Derzeit geht die Gruppe nicht davon aus, dass das endgültige Ergebnis dieser anderen Verfahren sich wesentlich nachteilig auf ihre Finanzlage auswirkt.

Der Ausgang von Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren, einschließlich der oben offengelegten, ist jeweils schwer vorherzusagen. Von einer Schätzung, in welchem Umfang sich die aus oder im Zusammenhang mit ihnen begründeten Eventualverbindlichkeiten möglicherweise finanziell auf die Gruppe auswirken könnten, hat die Gruppe sowohl in Fällen, in denen dies nicht praktikabel ist, als auch in solchen, in denen dies zwar praktikabel, jedoch auch potenziell nachteilig für die Verfahrensführung ist, abgesehen. In Fällen, in denen die Gruppe mögliche Verluste zuverlässig beziffern kann und die möglichen Verluste unter keine Kleinbetragsregelung fallen, wurden Rückstellungen gebildet.

- 20. Unterabschnitt "DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE", in dem Unterabschnitt "Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten" wird der Unterabschnitt mit der Überschrift "Gerichtsverfahren" gelöscht (nachtragsbegründender Umstand VIII.).
- 21. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN", in dem Unterabschnitt "DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE", der Unterabschnitt mit der Überschrift "Directors" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand VII.):

**Direktoren**

Der folgenden Übersicht sind folgende Informationen zu entnehmen: die Direktoren (*directors*) der Bank, ihre jeweilige Position innerhalb der Gruppe sowie ggf. die wichtigsten von ihnen außerhalb der Gruppe ausgeübten Tätigkeiten, soweit diese für die Gruppe von Bedeutung sind. Alle als Directors aufgeführten Personen haben jeweils die Geschäftsanschrift 1 Churchill Place, London E14 5HP, Vereinigtes Königreich.

Name	Funktion(en) innerhalb der Gruppe	Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Gruppe
Sir David Walker	Vorsitzender	Consultative Group on International Economic and



Name	Funktion(en) innerhalb der Gruppe	Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Gruppe
		Monetary Affairs, Inc. (Group of Thirty)
Antony Jenkins	Chief Executive der Gruppe	Cicely Saunders International Director, The Institute of International Finance, Mitglied des International Advisory Panel der Monetary Authority von Singapur
Tushar Morzaria	Finanzvorstand der Gruppe (Group Finance Director)	
Tim Breedon CBE	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter Director	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter Director, Ministry of Justice Departmental Board
Fulvio Conti	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter Director	Chief Executive Officer, Enel SpA; Director, AON PLC; Independent Director, RCS MediaGroup S.p.A, Director, Endesa SA
Simon Fraser	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter Director	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter Director, Fidelity Japanese Values Plc und Fidelity European Values Plc; Vorsitzender, Foreign & Colonial Investment Trust PLC; Vorsitzender, The Merchants Trust PLC; Nicht an der Geschäftsführung beteiligter Director, Ashmore Group PLC
Reuben Jeffery III	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter Director	Senior Adviser, Center for Strategic & International Studies; Chief Executive Officer, Rockefeller & Co., Inc.
Dambisa Moyo	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter Director	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter Director, SABMiller plc; Nicht an der Geschäftsführung beteiligter Director, Barrick Gold Corporation
Sir Michael Rake	Stellvertretender Vorsitzender (Deputy Chairman) und Senior Independent Director	Vorsitzender, BT Group PLC; Director, McGraw-Hill Financial Inc.; President, Confederation of British Industry, Mitglied der Business Advisory Group des britischen Premierministers
Sir John Sunderland	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter Director	Vorsitzender, Merlin Entertainments Group; Nicht an der Geschäftsführung

Name	Funktion(en) innerhalb der Gruppe	Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Gruppe
		beteiligter Director, AFC Energy plc
Diane de Saint Victor	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter Director	General Counsel, Company Secretary und Mitglied des Group Executive Committee von ABB Limited, Mitglied des Beirats des World Economic Forum: Open Forum in Davos (2013-2015)
Frits van Paasschen	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter Director	CEO und President der Starwood Hotels and Resorts Worldwide Inc., Chief Executive Officer, Coors Brewing Co.
Mike Ashley	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter Director	Mitglied im Prüfungsausschuss des britischen Finanzministeriums (HM Treasury Audit Committee)
Wendy Lucas-Bull	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter Director; Vorsitzende der Barclays Africa Group Limited	
Stephen Thieke	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter Director	

Es bestehen keine potenziellen Interessenskonflikte zwischen den Pflichten der vorstehend aufgeführten Directors gegenüber der Bank und deren privaten Interessen bzw. sonstigen Pflichten.

22. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**", in dem Unterabschnitt "**DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE**", der Unterabschnitt mit der Überschrift "**Mitarbeiter**" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand II.):

#### **Mitarbeiter**

Zum 31. Dezember 2013 belief sich die Gesamtzahl der von der Gruppe beschäftigten Personen (Vollzeitäquivalent) auf ca. 140.000 (31. Dezember 2012: 139.200).

23. In dem RSSP Basisprospekt A, RSSP Basisprospekt B, RSSP Basisprospekt C, RSSP Basisprospekt D und RSSP Basisprospekt G in Abschnitt C – Bedingungen in Bezug auf alle anderen Aspekte der Wertpapiere ("**Zusätzliche Bedingungen**") / Section C – Conditions relating to all other aspects of the Securities ("**Additional Conditions**") und in dem RSSP Basisprospekt E in Abschnitt B – Bedingungen in Bezug auf alle anderen Aspekte der Wertpapiere ("**Zusätzliche Bedingungen**") / Section B – Conditions relating to all other aspects of the Securities ("**Additional Conditions**") wird unter der Überschrift "Steuern / Taxation" der folgende neue Absatz (c) hinter Absatz (b) eingefügt und alle nachfolgenden Absätze werden entsprechend neu nummeriert (nachtragsbegründender Umstand IV.):

- (c) wenn ein solcher Abzug oder Einbehalt gemäß der Regeln der Paragraphen 1471 (c) where such withholding or deduction is required by the rules of the US Internal

bis 1474 des *US Internal Revenue Code 1986*, in seiner jeweils gültigen Fassung, (der "**IR Code**") (oder etwaiger Änderungs- oder Nachfolgevorschriften) oder gemäß einer Vereinbarung mit dem *US Internal Revenue Service* erfolgt; oder

Revenue Code 1986, as amended, (the "**IR Code**") sections 1471 through 1474 (or any amended or successor provisions) or pursuant to any agreement with the US Internal Revenue Service; or

24. In dem RSSP Basisprospekt E wird in Nummer 12 unter der Variante a. [ISDA-Festsetzung] die Angabe "[Variabler-Zinssatz-Option:]/ [Floating Interest Option:]" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand III.):

[Variabler-Zinssatz-Option:]

[GBP-LIBOR-ICE]

[Floating Interest Option:]

[EUR-EURIBOR-REUTERS]

[Vollständige Definitionen aus den ISDA 2006 Definitionen einfügen.]

[Full definitions from ISDA 2006 Definitions to be included.]

25. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "**BESTEUERUNG**", in dem Unterabschnitt "**Besteuerung in den Vereinigten Staaten von Amerika**", der letzte Absatz im Unterabschnitt mit der Überschrift "**Behandlung von Nicht-U.S.-Inhabern nach U.S.-Bundessteuerrecht**" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand V.):

Darüber hinaus hat das Treasury Department die Vorschläge für Regelungen (*Regulations*) im Rahmen von Section 871(m) des Code kürzlich überarbeitet. Werden diese Vorschläge in der jetzigen Form endgültig beschlossen, könnten sie die Emittentin möglicherweise dazu verpflichten, Zahlungen in Bezug auf Wertpapiere die sich auf U.S.-Aktien beziehen, vollständig oder anteilig als "dividendengleiche" (*dividend equivalent*) Zahlungen zu behandeln, welche einer Quellensteuer von 30 Prozent (oder einem geringeren Steuersatz gemäß einem geltenden Abkommen) unterliegen.

26. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "**BESTEUERUNG**", in dem Unterabschnitt "**Besteuerung in den Vereinigten Staaten von Amerika**", der Unterabschnitt mit der Überschrift "**Steuereinbehalt nach dem U.S. Foreign Account Tax Compliance Act**" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand IV.):

#### **Steuereinbehalt nach dem U.S. Foreign Account Tax Compliance Act**

Eine FATCA-Quellensteuer von 30 Prozent wird auf bestimmte Zahlungen an bestimmte Nicht-U.S.-Finanzinstitute erhoben, die Bescheinigungspflichten in Bezug auf deren direkte oder indirekte U.S.-Anteilhaber und/oder U.S.-Kontoinhaber nicht nachkommen. Diesen Melde- oder Bescheinigungspflichten unterliegende U.S.-Kontoinhaber können auch Inhaber der Wertpapiere einschließen. Um die Quellenbesteuerung von 30 Prozent auf diese Zahlungen zu vermeiden, können die Emittentin und andere Nicht-U.S.-Finanzinstitute verpflichtet sein, Informationen in Bezug auf die Inhaber der Wertpapiere an den IRS weiterzuleiten und, im Falle von Inhabern, die (i) die entsprechenden Informationen nicht bereitstellen, (ii) Nicht-U.S.-Finanzinstitute sind und nicht eingewilligt haben, diesen Meldepflichten nachzukommen, oder (iii) Wertpapiere direkt oder indirekt

über entsprechende nicht-kooperierende Nicht-U.S.-Finanzinstitute halten, einen Teil der in Bezug auf die Wertpapiere erfolgten Zahlungen einzubehalten. Gemäß vom Treasury Department herausgegebenen endgültigen Regelungen gilt eine entsprechende Einbehaltung nicht für Zahlungen, die vor dem 1. Juli 2014 in Bezug auf Zahlungen aus U.S.-Quellen (z. B. "dividendengleiche" Zahlungen) und vor dem 1. Januar 2017 in Bezug auf Zahlungen aus Nicht-U.S.-Quellen erfolgen.

London, 17. April 2014

**Barclays Bank PLC, London**

Durch:

Tim Varchmin

Zeichnungsberechtigter

The following non-binding English language translation of the foregoing German language content of the supplement dated 17 April 2014 to the RSSP Base Prospectus A dated 8 July 2013, RSSP Base Prospectus B dated 24 July 2013, RSSP Base Prospectus C dated 25 July 2013, RSSP Base Prospectus D dated 25 July 2013, RSSP Base Prospectus E dated 4 July 2013 and RSSP Base Prospectus G dated 12 November 2013 (the "**Base Prospectuses**") is not a supplement in accordance with Section 16(1) of the German Securities Prospectus Act (*Wertpapierprospektgesetz*) and was not approved by the German Federal Financial Supervisory Authority (*Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*).

Die nachfolgende unverbindliche englischsprachige Übersetzung des vorstehenden deutschsprachigen Inhalts des Nachtrags vom 17. April 2014 zum RSSP Basisprospekt A vom 8. Juli 2013, RSSP Basisprospekt B vom 24. Juli 2013, RSSP Basisprospekt C vom 25. Juli 2013, RSSP Basisprospekt D vom 25. Juli 2013, RSSP Basisprospekt E vom 4. Juli 2013 und RSSP Basisprospekt G vom 12. November 2013 (die "Basisprospekte") stellt keinen Nachtrag gemäß § 16 Abs. 1 Wertpapierprospektgesetz dar und wurde nicht von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligt.



17 April 2014

**BARCLAYS BANK PLC**

*(Incorporated with limited liability in England and Wales)*

---

SUPPLEMENT

PURSUANT TO § 16 PARA. 1 GERMAN SECURITIES PROSPECTUS ACT ("**WpPG**")

TO THE FOLLOWING BASE PROSPECTUSES

(THE "**BASE PROSPECTUSES**"):

RSSP BASE PROSPECTUS A DATED 8 JULY 2013 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS SUPPLEMENTS  
DATED 23 OCTOBER 2013 AND 13 JANUARY 2014

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS A**")

RELATING TO

EQUITY LINKED AUTOCALL SECURITIES (THE "**RSSP A SECURITIES**")

(**THIRD SUPPLEMENT**)

RSSP BASE PROSPECTUS B DATED 24 JULY 2013 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS SUPPLEMENTS  
DATED 23 OCTOBER 2013 AND 13 JANUARY 2014

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS B**")

RELATING TO

EQUITY LINKED NON LINEAR SECURITIES (THE "**RSSP B SECURITIES**")

(**THIRD SUPPLEMENT**)

RSSP BASE PROSPECTUS C DATED 25 JULY 2013 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS SUPPLEMENTS  
DATED 23 OCTOBER 2013 AND 13 JANUARY 2014

(THE "RSSP BASE PROSPECTUS C")

RELATING TO

COMMODITY LINKED AUTOCALL AND REVERSE CONVERTIBLE OR WORST-OF REVERSE CONVERTIBLE  
SECURITIES (THE "RSSP C SECURITIES")

(THIRD SUPPLEMENT)

RSSP BASE PROSPECTUS D DATED 25 JULY 2013 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS SUPPLEMENTS  
DATED 23 OCTOBER 2013 AND 13 JANUARY 2014

(THE "RSSP BASE PROSPECTUS D")

RELATING TO

REVERSE CONVERTIBLE EQUITY LINKED AUTOCALL SECURITIES (THE "RSSP D SECURITIES")

(THIRD SUPPLEMENT)

RSSP BASE PROSPECTUS E DATED 4 JULY 2013 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS SUPPLEMENTS  
DATED 23 OCTOBER 2013 AND 13 JANUARY 2014

(THE "RSSP BASE PROSPECTUS E")

RELATING TO

FIXED RATE INTEREST, FLOATING RATE INTEREST, INFLATION LINKED INTEREST AND ZERO COUPON  
SECURITIES (THE "RSSP E SECURITIES")

(THIRD SUPPLEMENT)

AND



RSSP BASE PROSPECTUS G DATED 12 NOVEMBER 2013 AS SUPPLEMENTED BY A PREVIOUS  
SUPPLEMENT DATED 13 JANUARY 2014

(THE "RSSP BASE PROSPECTUS G")

RELATING TO

FX LINKED AUTOCALL SECURITIES (THE "RSSP G SECURITIES")

(SECOND SUPPLEMENT)

(THE RSSP A SECURITIES, THE RSSP B SECURITIES, THE RSSP C SECURITIES, THE RSSP D  
SECURITIES, THE RSSP E SECURITIES AND THE RSSP G SECURITIES, THE "SECURITIES")

---

If, before this Supplement is published, investors have already agreed to purchase or subscribe for Securities issued under the Final Terms to the Base Prospectuses, such investors shall have the right to withdraw their declaration of purchase or subscription in accordance with Section 16(3) WpPG within a period of two working days from the date of publication of this Supplement, provided that the new factor, mistake or inaccuracy referred to in Section 16(1) WpPG arose before the final closing of the offer to the public and the delivery of the securities.

The withdrawal (for which no reasons need to be given) must be declared by written notice to that entity to which the relevant investor addressed the declaration of purchase or subscription. Timely dispatch of notice is sufficient to comply with the notice period.

During the validity of the Base Prospectuses and as long as any Securities issued in connection with the Base Prospectuses are listed on any stock exchange or offered to the public, copies of this Supplement and of the Base Prospectuses, as supplemented, will be available free of charge upon request from Barclays Bank plc, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, United Kingdom and on the website of the Issuer [www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors](http://www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors) (or any successor website).

The circumstances giving rise to this Supplement are:

- I. the update of the Base Prospectuses with respect to the audited Annual Report of Barclays PLC and the Issuer which was published on 5 March 2014 (items of the Supplement no. 1, 2, 13, 14, 16 and 17);
- II. the update of the Base Prospectuses with respect to the number the Group's employees, as at 31 December 2013 (item of the Supplement no. 22);
- III. the update of the Base Prospectuses with respect to the replacement of the British Bankers Association by the Intercontinental Exchange as administrator of the London Interbank Offered Rate (LIBOR) as of 1 February 2014 (items of the Supplement no. 5, 6, 7, 8, 11 and 24);
- IV. the update of the Base Prospectuses with respect to amendments regarding the U.S. Foreign Account Tax Compliance Withholding as of 28 February 2014 (items of the Supplement no. 9, 23 and 26);
- V. the update of the Base Prospectuses with respect to the revised proposals of the U.S. Treasury Department regarding regulations under section 871(m) of the U.S. Internal Revenue Code of 1986 as of 20 January 2014 (items of the Supplement no. 10 and 25);
- VI. the update of the Base Prospectus with respect to the measures taken by the Issuer in order to achieve its leverage plan as of 9 March 2014 (items of the Supplement no. 3, 4, and 18);
- VII. the update of the Base Prospectus with respect to the directors of the Issuer as of 9 March 2014 (item of the Supplement no. 21);
- VIII. the update of the Base Prospectus with respect to the currently pending legal proceedings in 2013 as of 9 March 2014 (items of the Supplement no. 15, 19 and 20); and
- IX. the update of the Base Prospectus with respect to the risks associated with the Issuer's ability to fulfil its obligations under the securities as of 9 March 2014 (item of the Supplement no. 5, 6 and 12).

1. For an English translation of instruction No. 1 of the German language version of the Supplement please refer to No. 2 in the German language version of the Supplement (circumstances giving rise to the Supplement no. I.).
2. Instruction No. 2 of the German language version of the Supplement does not include any German language content (circumstances giving rise to the Supplement no. I.).
3. For an English translation of instruction No. 3 of the German language version of the Supplement please refer to No. 4 in the German language version of the Supplement (circumstances giving rise to the Supplement no. VI.).
4. Instruction No. 4 of the German language version of the Supplement does not include any German language content (circumstances giving rise to the Supplement no. VI.).
5. For an English translation of instruction No. 5 of the German language version of the Supplement please refer to No. 6 in the German language version of the Supplement (circumstances giving rise to the Supplement no. III. and IX.).
6. Instruction No. 6 of the German language version of the Supplement does not include any German language content (circumstances giving rise to the Supplement no. III. and IX.).
7. For an English translation of instruction No. 7 of the German language version of the Supplement please refer to No. 8 in the German language version of the Supplement (circumstances giving rise to the Supplement no. III.).
8. Instruction No. 8 of the German language version of the Supplement does not include any German language content (circumstances giving rise to the Supplement no. III.).
9. In the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus A, RSSP Base Prospectus B, RSSP Base Prospectus C, RSSP Base Prospectus D and RSSP Base Prospectus E, in the section "**RISK FACTORS**", the wording under the heading "**2.8 U.S. Foreign Account Tax Compliance Withholding**" and in the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus G, the wording under the heading "**2.9 U.S. Foreign Account Tax Compliance Withholding**" shall be replaced as follows (circumstances giving rise to the Supplement no. IV.):

A 30 per cent. FATCA withholding tax will be imposed on certain payments to certain non-U.S. financial institutions that fail to comply with certification requirements in respect of their direct and indirect United States shareholders and/or United States accountholders. United States accountholders subject to such information reporting or certification requirements may include holders of the Securities.

10. In the non-binding English language translation of the of the RSSP Base Prospectus A, RSSP Base Prospectus B, RSSP Base Prospectus C, RSSP Base Prospectus D and RSSP Base Prospectus E, in the section "**RISK FACTORS**", the subsection "**2.9 Withholding on Dividend Equivalent Payments**" shall be replaced as follows (circumstances giving rise to the Supplement no. V.):

The U.S. Treasury Department has recently revised proposed regulations under section 871(m) of the U.S. Internal Revenue Code of 1986, as amended which would, if finalised in current form, possibly require the Issuer to treat all or a portion of any payment in respect of Securities that reference U.S. equities as a "dividend equivalent" payment that is subject to withholding tax at a rate of 30 per cent. (or a lower rate under an applicable treaty). If any amount were to be deducted

or withheld from payments on the Securities as a result of the above, investors may receive significantly less than expected.

11. In the non-binding English language translation of the of the RSSP Base Prospectus E, in the section "RISK FACTORS", in the subsection "5.2 Risks associated with interest rates" the section with the heading "*Proposals to reform LIBOR*" shall be deleted (circumstances giving rise to the Supplement no. III.).
12. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "RISK FACTORS", the subsection "6 Risks associated with the Issuer's ability to fulfil its obligations under the Securities" shall be replaced as follows (circumstances giving rise to the Supplement no. IX.):

**6.1 *Investors in Securities are exposed to the creditworthiness of the Issuer***

The Securities are direct, unsecured and unsubordinated obligations of the Issuer and will rank equally among themselves. Any payments to be made by the Issuer under the Securities are dependent upon the Issuer's ability to fulfil its obligations when they fall due. Investors are therefore exposed to the creditworthiness of the Issuer and any deterioration in the Issuer's creditworthiness or perceived creditworthiness (whether measured by actual or anticipated changes in the credit ratings of the Issuer) may adversely affect the value of the Securities.

The Issuer is a major, global financial services company and, as such, faces a variety of risks that are substantial and inherent in its businesses, and which may affect its ability to fulfil its payment, delivery or other obligations under the relevant Securities. The following information describes the material risks which the Issuer believes could cause its future results of operations, financial condition and prospects to differ materially from current expectations. Certain of the risks below also have the potential to adversely impact the Issuer's reputation and brand which could in turn adversely affect the Issuer's results of its operations, financial condition and prospects.

**6.2 *Business conditions and the general economy***

***Weak or deteriorating economic conditions or political instability in the Group's main countries of operation could adversely affect the Group's trading performance***

The Group offers a broad range of services to retail and institutional customers, including governments, and it has significant activities in a large number of countries. Consequently, the operations, financial condition and prospects of the Group, its individual business units and/or specific countries of operation could be materially adversely impacted by weak or deteriorating economic conditions or political instability in one or a number of countries in any of the Group's main business areas (being the UK, the US, the Eurozone and South Africa) or any other globally significant economy through, for example: (i) deteriorating business, consumer or investor confidence leading to reduced levels of client activity and consequently a decline in revenues and/or higher costs; (ii) mark-to-market losses in trading portfolios resulting from changes in credit ratings, share prices and solvency of counterparties; and (iii) higher levels of impairment and default rates.

The global economy continues to face an environment characterised by low growth. However, governments and central banks in advanced economies have maintained highly accommodative policies that have helped to support demand at a time of very pronounced fiscal tightening and balance sheet repair. During the next few years, a combination of forecasts of and actual recovery in private sector demand and of a reduced pace of fiscal austerity in Europe and the United States is likely to result in a return by central banks towards more conventional monetary policies. Decreasing monetary support by central banks could have a further adverse impact on volatility in the financial markets and on the performance of significant parts of the Group's business, which could, in each case, have an adverse effect on the Group's future results of operations, financial condition and prospects.

### **6.3 Credit risk**

***The financial condition of the Group's customers, clients and counterparties, including governments and other financial institutions, could adversely affect the Group***

The Group may suffer financial loss if any of its customers, clients or market counterparties fails to fulfil their contractual obligations to the Group. The Group may also suffer loss when the value of the Group's investment in the financial instruments of an entity falls as a result of that entity's credit rating being downgraded. In addition, the Group may incur significant unrealised gains or losses due solely to changes in the Group's credit spreads or those of third parties, as these changes may affect the fair value of the Group's derivative instruments, debt securities that the Group holds or issues, or any loans held at fair value.

#### *Deteriorating economic conditions*

The Group may continue to be adversely affected by the uncertainty around the global economy and the economies of certain areas where the Group has operations, as well as areas which may have an impact on the global economy. The Group's performance is at risk from any deterioration in the economic environment which may result from a number of uncertainties, including most significantly the following factors:

- (i) *Interest rate rises, including as a result of slowing of monetary stimulus, could impact on consumer debt affordability and corporate profitability*

The possibility of a slowing of monetary stimulus by one or more governments has increased the uncertainty of the near term economic performance across the Group's major markets as it may lead to significant movements in market rates. Higher interest rates could adversely impact the credit quality of the Group's customers and counterparties, which, coupled with a decline in collateral values, could lead to a reduction in recoverability and value of the Group's assets resulting in a requirement to increase the Group's level of impairment allowance. Any increase in impairment resulting from, for example, higher charge-offs to recovery in the retail book and write-offs could have a material adverse effect on the Group's results of operations, financial condition and prospects.

*(ii) Decline in residential prices in the UK, Western Europe and South Africa*

With UK home loans representing the most significant portion of the Group's total loans and advances to the retail sector, the Group has a large exposure to adverse developments in the UK property sector. Despite a downward correction of 20% in 2009, UK house prices (primarily in London) continue to be far higher than the longer term average and house prices have continued to rise at a faster rate than income. Reduced affordability as a result of, for example, higher interest rates or increased unemployment could lead to higher impairment in the near term, in particular in the UK interest only portfolio.

The Spanish and Portuguese economies, in particular their housing and property sectors, remain under significant stress with falling property prices having led to higher LTV ratios and contributing to higher impairment charges. If these trends continue or worsen, and/or if these developments occur in other European countries such as Italy, the Group may incur significant impairment charges in the future, which may materially adversely affect the Group's results of operations, financial condition and prospects.

The economy in South Africa remains challenging and the risk remains that any deterioration in the economic environment could adversely affect the Group's performance in home loans.

*(iii) Political instability or economic uncertainty in markets in which the Group operates*

Political instability in less developed regions in which the Group operates could weaken growth prospects that could lead to an adverse impact on customers' ability to service debt. For example, economic and political uncertainty in South Africa continues to dampen down investment into the country with lending growth rates persisting, particularly in unsecured lending.

The referenda on Scottish independence in September 2014 and on UK membership of the European Union (expected before 2017) may affect the Group's risk profile through introducing potentially significant new uncertainties and instability in financial markets, both ahead of the respective dates for these referenda and, depending on the outcomes, after the event.

There remain concerns in the market about credit risk (including that of sovereign states) and the Eurozone crisis. The large sovereign debts and/or fiscal deficits of a number of Eurozone countries and the sustainability of austerity programmes that such countries have introduced have raised concerns among market participants regarding the financial condition of these countries as well as financial institutions, insurers and other corporates that are located in, or have direct or indirect exposures to, such Eurozone countries.

*(iv) Exit of one or more countries from the Eurozone*

The Group is exposed to an escalation of the Eurozone crisis, whereby a sovereign defaults and exits the Eurozone, in the following ways:

- The direct risk arising from the sovereign default of an existing country in which the Group has significant operations and the adverse impact on the economy of that

exiting country and the credit standing of the Group's clients and counterparties in that country.

- The subsequent adverse impact on the economy of other Eurozone countries and the credit standing of the Group's clients and counterparties in such other Eurozone countries.
- Indirect risk arising from credit derivatives that reference Eurozone sovereign debt.
- Direct redenomination risk on the balance sheets of the Group's local operations in countries in the Eurozone should the value of the assets and liabilities be affected differently as a result of one or more countries reverting to a locally denominated currency.
- The introduction of capital controls or new currencies by any such exiting countries.
- Significant effects on existing contractual relations and the fulfilment of obligations by the Group and/or its customers.

If some or all of these conditions arise, persist or worsen, as the case may be, they may have a material adverse effect on the Group's operations, financial condition and prospects. The current absence of a predetermined mechanism for a member state to exit the Euro means that it is not possible to predict the outcome of such an event or to accurately quantify the impact of such an event on the Group's operations, financial condition and prospects.

#### *Specific sectors/geographies*

The Group is subject to risks arising from changes in credit quality and recovery of loans and advances due from borrowers and counterparties in a specific portfolio or geography or from a large individual name. Any deterioration in credit quality could lead to lower recoverability and higher impairment in a specific sector, geography or in respect of specific large counterparties.

##### *(i) Exit Quadrant assets*

The Investment Bank holds a large portfolio of assets which the Group has determined to exit on the basis such assets are unlikely to achieve sustainable returns or are operating in segments of low attractiveness. These include, for example, certain commercial real estate and leveraged finance loans, which (i) remain illiquid; (ii) are valued based upon assumptions, judgements and estimates which may change over time; and (iii) which are subject to further deterioration and write downs.

##### *(ii) Corporate Banking assets held at fair value*

Corporate Banking holds a portfolio of longer term loans to the Education, Social Housing and Local Authority (ESHLA) sectors which are marked on a fair value basis. The value of these loans is therefore subject to market movements and may give rise to losses.

##### *(iii) Large single name losses*

In addition, the Group has large individual exposures to single name counterparties. The default of obligations by such counterparties could have a significant impact on the carrying value of these assets. In addition, where such counterparty risk has been mitigated

by taking collateral, credit risk may remain high if the collateral held cannot be realised or has to be liquidated at prices which are insufficient to recover the full amount of the loan or derivative exposure. Any such defaults could have a material adverse effect on the Group's results of operations, financial condition and prospects.

#### **6.4 Market Risk**

##### ***The Group's financial position may be adversely affected by changes in both the level and volatility of prices***

The Group is at risk from its earnings or capital being reduced due to: (i) changes in the level or volatility of positions in its trading books, primarily in the Investment Bank, including changes in interest rates, inflation rates, credit spreads, commodity prices, equity and bond prices and foreign exchange levels; (ii) the Group being unable to hedge its banking book balance sheet at prevailing market levels; and (iii) the risk of the Group's defined benefit pensions obligations increasing or the value of the assets backing these defined benefit pensions obligations decreasing due to changes in either the level or volatility of prices. These market risks could lead to significantly lower revenues, which could have an adverse impact on the Group's results of operations, financial condition and prospects.

Specific examples of scenarios where market risk could lead to significantly lower revenues and adversely affect the Group's operating results include:

##### ***(i) Reduced client activity and decreased market liquidity***

The Investment Bank's business model is focused on client intermediation. A significant reduction in client volumes or market liquidity could result in lower fees and commission income and a longer time period between executing a client trade, closing out a hedge, or exiting a position arising from that trade. Longer holding periods in times of higher volatility could lead to revenue volatility caused by price changes. Such conditions could have a material adverse effect on the Group's results of operations, financial condition and prospects.

##### ***(ii) Uncertain interest rate environment***

Interest rate volatility can impact the Group's net interest margin, which is the interest rate spread earned between lending and borrowing costs. The potential for future volatility and margin changes remains, and it is difficult to predict with any accuracy changes in absolute interest rate levels, yield curves and spreads. Rate changes, to the extent they are not neutralised by hedging programmes, may have a material adverse effect on the Group's results of operations, financial condition and prospects.

##### ***(iii) Pension fund risk***

Adverse movements between pension assets and liabilities for defined benefit pension schemes could contribute to a pension deficit. Inflation is a key risk to the pension fund and the Group's defined benefit pension net position has been adversely affected, and could be adversely affected again, by any increase in long term inflation assumptions. A decrease in the discount rate, which is derived from yields of corporate bonds with AA



ratings and consequently includes exposure both to risk-free yields and credit spreads, may also impact pension valuations and may therefore have a material adverse effect on the Group's results of operations, financial condition and prospects.

## 6.5 *Funding risk*

***The ability of the Group to achieve its business plans may be adversely impacted if it does not effectively manage its capital, liquidity and leverage ratios***

Funding risk is the risk that the Group may not be able to achieve its business plans due to: being unable to maintain appropriate capital ratios (Capital risk); being unable to meet its obligations as they fall due (Liquidity risk); adverse changes in interest rate curves impacting structural hedges of non-interest bearing assets/liabilities or foreign exchange rates on capital ratios (Structural risk).

### *(i) Maintaining capital strength in increasingly challenging environment*

Should the Group be unable to maintain or achieve appropriate capital ratios this could lead to: an inability to support business activity; a failure to meet regulatory requirements; changes to credit ratings, which could also result in increased costs or reduced capacity to raise funding; and/or the need to take additional measures to strengthen the Group's capital or leverage position. Basel III and CRD IV have increased the amount and quality of capital that the Group is required to hold. CRD IV requirements adopted in the UK may change, whether as a result of further changes to CRD IV agreed by EU legislators, binding regulatory technical standards being developed by the European Banking Authority or changes to the way in which the PRA interprets and applies these requirements to UK banks (including as regards individual model approvals granted under CRD II and III). Such changes, either individually and/or in aggregate, may lead to further unexpected enhanced requirements in relation to the Group's CRD IV capital.

Additional capital requirements will also arise from other proposals, including the recommendations of the UK Independent Commission on Banking, the EU High Level Expert Group Review (Liikanen Review) and section 165 of the Dodd-Frank Act. It is not currently possible to predict with accuracy the detail of secondary legislation or regulatory rulemaking expected under any of these proposals, and therefore the likely consequences to the Group. However, it is likely that these changes in law and regulation would require changes to the legal entity structure of the Group and how its businesses are capitalised and funded and/or are able to continue to operate and as such could have an adverse impact on the operations, financial condition and prospects of the Group. Any such increased capital requirements or changes to what is defined to constitute capital may also constrain the Group's planned activities, lead to forced asset sales and/or balance sheet reductions, increase costs and/or impact on the Group's earnings. Moreover, during periods of market dislocation, or when there is significant competition for the type of funding that the Group needs, increasing the Group's capital resources in order to meet targets may prove more difficult and/or costly.

*(ii) Changes in funding availability and costs*

Should the Group fail to manage its liquidity and funding risk sufficiently, this may result in: an inability to support normal business activity; and/or a failure to meet liquidity regulatory requirements; and/or changes to credit ratings. Any material adverse change in market liquidity (such as that experienced in 2008), or the availability and cost of customer deposits and/or wholesale funding, in each case whether due to factors specific to the Group (such as due to a downgrade in credit rating) or to the market generally, could adversely impact the Group's ability to maintain the levels of liquidity required to meet regulatory requirements and sustain normal business activity. In addition, there is a risk that the Group could face sudden, unexpected and large net cash outflows, for example from customer deposit withdrawals, or unanticipated levels of loan drawdowns under committed facilities, which could result in (i) forced reductions in the Group's balance sheet; (ii) members of the Group being unable to fulfil their lending obligations; and (iii) a failure to meet the Group's liquidity regulatory requirements. During periods of market dislocation, the Group's ability to manage liquidity requirements may be impacted by a reduction in the availability of wholesale term funding as well as an increase in the cost of raising wholesale funds. Asset sales, balance sheet reductions and increased costs of raising funding could all adversely impact the results of operations, financial condition and prospects of the Group.

*(iii) Changes in foreign exchange and interest rates*

The Group has capital resources and risk weighted assets denominated in foreign currencies; changes in foreign exchange rates result in changes in the Sterling equivalent value of foreign currency denominated capital resources and risk weighted assets. As a result, the Group's regulatory capital ratios are sensitive to foreign currency movements. The Group also has exposure to non-traded interest rate risk, arising from the provision of retail and wholesale (non-traded) banking products and services. This includes current accounts and equity balances which do not have a defined maturity date and an interest rate that does not change in line with base rate changes. Failure to appropriately manage the Group's balance sheet to take account of these risks could result in: (i) in the case of foreign exchange risk, an adverse impact on regulatory capital ratios; and (ii) in the case of non-traded interest rate risk, an adverse impact on income. Structural risk is difficult to predict with accuracy and may have a material adverse effect on the Group's results of operations, financial condition and prospects.

## **6.6 Operational risk**

***The operational risk profile of the Group may change as a result of human factors, inadequate or failed internal processes and systems, and external events***

The Group is exposed to many types of operational risk, including fraudulent and other criminal activities (both internal and external), the risk of breakdowns in processes, controls or procedures (or their inadequacy relative to the size and scope of the Group's business) and systems failure or non-availability. The Group is also subject to the risk of disruption of its business arising from events that are wholly or partially beyond its control (for example natural disasters, acts of terrorism, epidemics and transport or utility failures)

which may give rise to losses or reductions in service to customers and/or economic loss to the Group. The operational risks that the Group is exposed to could change rapidly and there is no guarantee that the Group's processes, controls, procedures and systems are sufficient to address, or could adapt promptly to, such changing risks. All of these risks are also applicable where the Group relies on outside suppliers or vendors to provide services to it and its customers.

*(i) Infrastructure and technology resilience*

The Group's technological infrastructure is critical to the operation of the Group's businesses and delivery of products and services to customers and clients. Any disruption in a customer's access to their account information or delays in making payments will have a significant impact on the Group's reputation and may also lead to potentially large costs to both rectify the issue and reimburse losses incurred by customers. Technological efficiency and automation is also important to the control environment and improvement is an area of focus for the Group (for example, via updating of legacy systems, and introducing additional security, access management and segregation of duty controls).

*(ii) Ability to hire and retain appropriately qualified employees*

The Group is largely dependent on highly skilled and qualified individuals. Therefore, the Group's continued ability to manage and grow its business, to compete effectively and to respond to an increasingly complex regulatory environment is dependent on attracting new talented and diverse employees and retaining appropriately qualified employees. In particular, as a result of the work repositioning compensation while ensuring the Group remains competitive and as the global economic recovery continues, there is a risk that some employees may decide to leave the Group. This may be particularly evident amongst those employees due to be impacted by the introduction of role based pay and bonus caps in response to new legislation and employees with skill sets that are currently in high demand.

Failure by the Group to prevent the departure of appropriately qualified employees, to retain qualified staff who are dedicated to oversee and manage current and future regulatory standards and expectations, or to quickly and effectively replace such employees, could negatively impact the Group's results of operations, financial condition, prospects and level of employee engagement.

*(iii) Cyber-security*

The threat to the security of the Group's information and customer data from cyber-attacks is real and continues to grow at pace. Activists, rogue states and cyber criminals are among those targeting computer systems. Risks to technology and cyber-security change rapidly and require continued focus and investment. Given the increasing sophistication and scope of potential cyber-attack, it is possible that future attacks may lead to significant breaches of security. Failure to adequately manage cyber-security risk and continually review and update current processes in response to new threats could adversely affect the Group's reputation, operations, financial condition and prospects.

*(iv) Critical accounting estimates and judgments*

The preparation of financial statements in accordance with IFRS requires the use of estimates. It also requires management to exercise judgement in applying relevant accounting policies. The key areas involving a higher degree of judgement or complexity, or areas where assumptions are significant to the consolidated and individual financial statements, include credit impairment charges for amortised cost assets, impairment and valuation of available-for-sale investments, calculation of income and deferred tax, fair value of financial instruments, valuation of goodwill and intangible assets, valuation of provisions and accounting for pensions and post-retirement benefits. There is a risk that if the judgement exercised or the estimates or assumptions used subsequently turn out to be incorrect then this could result in significant loss to the Group, beyond that anticipated or provided for, which could have an adverse impact on the Group's operations, financial results and condition.

In accordance with International Accounting Standard (IAS) 37 'Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets' where provisions have already been taken in published financial statements or results announcements for on-going legal or regulatory matters (including in relation to payment protection insurance (PPI) and interest rate hedging products.), these have been recognised as the best estimate of the expenditure required to settle the obligation as at the reporting date. Such estimates are inherently uncertain and it is possible that the eventual outcomes may differ materially from current estimates, resulting in future increases to the required provisions (as has, for example, been the case in relation to the provisions that the Group has made in relation to PPI redress payments), or actual losses that exceed the provisions taken.

In addition, provisions have not been taken where no obligation (as defined in IAS 37) has been established, whether associated with a known or potential future litigation or regulatory matter. Accordingly, an adverse decision in any such matters could result in significant losses to the Group which have not been provided for. Such losses would have an adverse impact on the Group's operations, financial results and condition and prospects.

Observable market prices are not available for many of the financial assets and liabilities that the Group holds at fair value and a variety of techniques to estimate the fair value are used. Should the valuation of such financial assets or liabilities become observable, for example as a result of sales or trading in comparable assets or liabilities by third parties, this could result in a materially different valuation to the current carrying value in the Group's financial statements.

The further development of standards and interpretations under IFRS could also significantly impact the financial results, condition and prospects of the Group. For example, the introduction of IFRS 9 Financial Instruments is likely to have a material impact on the measurement and impairment of financial instruments held.

(v) *Risks arising from legal, competition and regulatory matters*

***The Group operates in highly regulated industries, and the Group's businesses and results may be significantly affected by the laws and regulations applicable to it and by proceedings involving the Group***

As a global financial services firm, the Group is subject to extensive and comprehensive regulation under the laws of the various jurisdictions in which it does business. These laws and regulations significantly affect the way that the Group does business, can restrict the scope of its existing businesses and limit its ability to expand its product offerings or to pursue acquisitions, or can result in an increase in operating costs for the business and/or make its products and services more expensive for clients and customers. There has also been an increased focus on regulation and procedures for the protection of customers and clients of financial services firms. This has resulted, moreover, in increased willingness on the part of regulators to investigate past practices, vigorously pursue alleged violations and impose heavy penalties on financial services firms.

The Group is exposed to many forms of risk relating to legal, competition and regulatory matters, including that: (i) business may not be, or may not have been, conducted in accordance with applicable laws and regulations in the relevant jurisdictions around the world and financial and other penalties may result; (ii) contractual obligations may either not be enforceable as intended or may be enforced in a way adverse to the Group; (iii) intellectual property may not be protected as intended or the Group may use intellectual property which infringes, or is alleged to infringe, the rights of third parties; and (iv) liability may be incurred to third parties harmed by the conduct of the Group's business.

***Risks arising from material legal, competition and regulatory matters***

The Group, in common with other global financial services firms, has in recent years faced a risk of increased levels of legal proceedings in jurisdictions in which it does business. This is particularly true in the US where the Group is facing and may in the future face legal proceedings relating to its business activities, including in the form of class actions.

The Group also faces existing regulatory and other investigations in various jurisdictions as well as the risk of potential future regulatory and other investigations or proceedings and/or further private actions and/or class actions being brought by third parties.

The outcome of current (and any future) material legal, competition and regulatory matters is difficult to predict. However, it is likely that the Group will incur significant expense in connection with such matters, regardless of the ultimate outcome, and one or more of such matters could expose the Group to any of the following: substantial monetary damages and/or fines; other penalties and injunctive relief; additional civil or private litigation; criminal prosecution in certain circumstances; the loss of any existing agreed protection from prosecution; regulatory restrictions on the Group's business; increased regulatory compliance requirements; suspension of operations; public reprimands; loss of significant assets; and/or a negative effect on the Group's reputation.

Details of material legal, competition and regulatory matters to which the Group is currently exposed are set out below in "*The Bank and the Group - Legal, Competition and Regulatory Matters*"

*Potential financial and reputational impacts of other legal, competition and regulatory matters*

The Group is engaged in various other legal, competition and regulatory matters both in the UK and a number of overseas jurisdictions. It is subject to legal proceedings by and against the Group which arise in the ordinary course of business from time to time, including (but not limited to) disputes in relation to contracts, securities, debt collection, consumer credit, fraud, trusts, client assets, competition, data protection, money laundering, employment, environmental and other statutory and common law issues. The Group is also subject to enquiries and examinations, requests for information, audits, investigations and legal and other proceedings by regulators, governmental and other public bodies in connection with (but not limited to) consumer protection measures, compliance with legislation and regulation, wholesale trading activity and other areas of banking and business activities in which the Group is or has been engaged.

There may also be legal, competition and regulatory matters currently not known to the Group or in respect of which it is currently not possible to ascertain whether there could be a material adverse effect on the Group's position. In light of the uncertainties involved in legal, competition and regulatory matters, there can be no assurance that the outcome of a particular matter or matters will not be material to the Group's results of operations or cashflow for a particular period, depending on, among other things, the amount of the loss resulting from the matter(s) and the amount of income otherwise reported for the reporting period. Non-compliance by the Group with applicable laws, regulations and codes of conduct relevant to its businesses in all jurisdictions in which it operates, whether due to inadequate controls or otherwise, could expose the Group, now or in the future, to any of the consequences set out above as well as withdrawal of authorisations to operate particular businesses.

Non-compliance may also lead to costs relating to investigations and remediation of affected customers. The latter may, in some circumstances, exceed the direct costs of regulatory enforcement actions. In addition, reputational damage may lead to a reduction in franchise value.

There is also a risk that the outcome of any legal, competition or regulatory matters, investigations or proceedings to which the Group is subject and/or a party (whether current or future, specified in this risk factor or not) may give rise to changes in law or regulation as part of a wider response by relevant law makers and regulators. An adverse decision in any one matter, either against the Group or another financial institution facing similar claims, could lead to further claims against the Group.

Any of these risks, should they materialise, could have an adverse impact on the Group's results of operations, financial condition and prospects.

*(vi) Regulatory risk*

*The financial services industry continues to be the focus of significant regulatory change and scrutiny which may adversely affect the Group's business, financial performance, capital and risk management strategies.*

Regulatory risk arises from a failure or inability to comply fully with the laws, regulations or codes applicable specifically to the financial services industry which are currently subject to significant changes. Non-compliance could lead to fines, public reprimands, damage to reputation, increased prudential requirements, changes to the Group's structure and/or strategy, enforced suspension of operations or, in extreme cases, withdrawal of authorisations to operate. Non-compliance may also lead to costs relating to investigations and remediation of affected customers. The latter may exceed the direct costs of regulatory enforcement actions. In addition, reputational damage may lead to a reduction in franchise value.

### ***Regulatory change***

The Group, in common with much of the financial services industry, continues to be subject to significant levels of regulatory change and increasing scrutiny in many of the countries in which it operates (including, in particular, the UK and the US and in light of its significant investment banking operations). This has led to a more intensive approach to supervision and oversight, increased expectations and enhanced requirements, including with regard to: (i) capital, liquidity and leverage requirements (for example arising from Basel III and CRDIV); (ii) structural reform and recovery and resolution planning; and (iii) market infrastructure reforms such as the clearing of over-the-counter derivatives. As a result, regulatory risk will continue to be a focus of senior management attention and consume significant levels of business resources. Furthermore, this more intensive approach and the enhanced requirements, uncertainty and extent of international regulatory coordination as enhanced supervisory standards are developed and implemented may adversely affect the Group's business, capital and risk management strategies and/or may result in the Group deciding to modify its legal entity structure, capital and funding structures and business mix or to exit certain business activities altogether or to determine not to expand in areas despite their otherwise attractive potential.

### ***Implementation of Basel III/CRD IV and additional PRA supervisory expectations***

CRD IV introduces significant changes in the prudential regulatory regime applicable to banks including: increased minimum capital ratios; changes to the definition of capital and the calculation of risk weighted assets; and the introduction of new measures relating to leverage, liquidity and funding. CRD IV entered into force in the UK and other EU member states on 1 January 2014. CRD IV permits a transitional period for certain of the enhanced capital requirements and certain other measures, such as the CRD IV leverage ratio, which are not expected to be finally implemented until 2018. Notwithstanding this, the PRA's supervisory expectation is for the Group to meet certain capital and leverage ratio targets within certain prescribed timeframes. The Group met the PRA's expectation to have an adjusted fully loaded CET 1 ratio of 7% by 31 December 2013 and will be expected to meet a PRA Leverage Ratio of 3% by 30 June 2014.

There is a risk that CRD IV requirements adopted in the UK may change, whether as a result of further changes to global standards, EU legislation (including the CRDIV text and/or via binding regulatory technical standards being developed by the European Banking Authority) or changes to the way in which the PRA interprets and applies these

requirements to UK banks, including as regards individual models approvals granted under CRD II and III. For example, further guidelines published by the Basel Committee in January 2014 regarding the calculation of the leverage ratio are expected to be incorporated into EU and UK law during 2014.

In addition the Financial Policy Committee of the Bank of England has legal powers, where this is required to protect financial stability, to make recommendations about the application of prudential requirements, and has, or may be given, other powers including powers to direct the PRA and FCA to adjust capital requirements through sectoral capital requirements. Directions would apply to all UK banks and building societies, rather than to the Group specifically.

Such changes, either individually or in aggregate, may lead to unexpected enhanced requirements in relation to the Group's capital, leverage, liquidity and funding ratios or alter the way such ratios are calculated. This may result in a need for further management actions to meet the changed requirements, such as: increasing capital, reducing leverage and risk weighted assets, modifying legal entity structure (including with regard to issuance and deployment of capital and funding for the Group) and changing the Group's business mix or exiting other businesses and/or undertaking other actions to strengthen the Group's position.

### ***Structural reform***

A number of jurisdictions have enacted or are considering legislation and rule making that could have a significant impact on the structure, business risk and management of the Group and of the financial services industry more generally. Key developments that are relevant to the Group include:

- The UK Financial Services (Banking Reform) Act 2013 gives UK authorities the power to implement key recommendations of the Independent Commission on Banking, including: (i) the separation of the UK and EEA retail banking activities of the largest UK banks into a legally, operationally and economically separate and independent entity (so called 'ring fencing'); (ii) statutory depositor preference in insolvency; (iii) a reserve power for the PRA to enforce full separation of the retail operations of UK banks to which the reforms apply under certain circumstances; and (iv) a 'bail-in' stabilisation option as part of the powers of the UK resolution authority;
- The European Commission proposals of January 2014 for a directive to implement recommendations of the Liikanen Review, would apply to EU globally significant financial institutions and envisages, among other things: (i) a ban on engaging in proprietary trading in financial instruments and commodities; (ii) giving supervisors the power and, in certain instances, the obligation to require the transfer of other trading activities deemed to be 'high risk' to separate legal trading entities within a banking group; and (iii) rules governing the economic, legal, governance and operational links between the separated trading entity and the rest of the banking group;



- The US Board of Governors of the Federal Reserve System (FRB) issued final rules in February 2014 (to implement various enhanced prudential standards introduced under Section 165 of the Dodd Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act 2010) applicable to certain foreign banking organisations and their US operations, including the Group. Because its total US and non-US assets exceed \$50bn, the Group would be subject to the most stringent requirements of the final rules, including the requirement to create a US intermediate holding company (IHC) structure to hold its US banking and non-banking subsidiaries, including Barclays Capital Inc. the Group's US broker-dealer subsidiary). The IHC would generally be subject to supervision and regulation, including as to regulatory capital and stress testing, by the FRB as if it were a US bank holding company of comparable size. In particular, under the final rules, the consolidated IHC would be subject to a number of additional supervisory and prudential requirements, including: (i) subject to certain limited exceptions, FRB regulatory capital requirements and leverage limits that are the same as those applicable to US banking organisations of comparable size; (ii) mandatory company-run and supervisory stress testing of capital levels and submission of a capital plan to the FRB; (iii) supervisory approval of and limitations on capital distributions by the IHC to the Bank; (iv) additional substantive liquidity requirements (including monthly internal liquidity stress tests and maintenance of specified liquidity buffers) and other liquidity risk management requirements; and (v) overall risk management requirements, including a US risk committee and a US chief risk officer. The effective date of the final rule is 1 June 2014, although compliance with most of its requirements will be phased-in between 2015 and 2018. The Group will not be required to form its IHC until 1 July 2016. The IHC will be subject to the US generally applicable minimum leverage capital requirement (which is different than the Basel III international leverage ratio, including to the extent that the generally applicable US leverage ratio does not include off-balance sheet exposures) starting 1 January 2018;
  
- Final rules (issued in December 2013) implementing the requirements of Section 619 of the Dodd-Frank Act – the so-called 'Volcker Rule', once fully effective, will prohibit banking entities, including Barclays PLC, the Bank and their various subsidiaries and affiliates from undertaking certain 'proprietary trading' activities and will limit the sponsorship of, and investment in, private equity funds and hedge funds, in each case broadly defined, by such entities. These restrictions are subject to certain important exceptions and exemptions, as well as exemptions applicable to transactions and investments occurring 'solely outside of the United States'. The rules will also require the Group to develop an extensive compliance and monitoring programme (both inside and outside of the United States), subject to various executive officer attestation requirements, addressing proprietary trading and covered fund activities, and the Group therefore expects compliance costs to increase. Subject entities are generally required to be in compliance by July 2015 (with certain provisions subject to possible extensions); and
  
- In December 2013, the European Parliament and the EU Council Presidency negotiators reached a political agreement on the draft legislative proposal for a

directive providing for the establishment of a European-wide framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms (Recovery and Resolution Directive or RRD), which is expected to be finalised in 2014.

- These laws and regulations and the way in which they are interpreted and implemented by regulators may have a number of significant consequences, including changes to the legal entity structure of the Group, changes to how and where capital and funding is raised and deployed within the Group, increased requirements for loss-absorbing capacity within the Group and/or at the level of certain legal entities or sub-groups within the Group and potential modifications to the business mix and model (including potential exit of certain business activities). These and other regulatory changes and the resulting actions taken to address such regulatory changes, may have an adverse impact on the Group's profitability, operating flexibility, flexibility of deployment of capital and funding, return on equity, ability to pay dividends and/or financial condition. It is not yet possible to predict the detail of such legislation or regulatory rulemaking or the ultimate consequences to the Group which could be material.

#### ***Recovery and resolution planning***

There continues to be a strong regulatory focus on resolvability from international and UK regulators. The Group continues to work with all relevant authorities on recovery and resolution plans (RRP) and the detailed practicalities of the resolution process. This includes the provision of information that would be required in the event of a resolution, in order to enhance the Group's resolvability. The Group made its first formal RRP submissions to the UK and US regulators in mid-2012 and has continued to work with the relevant authorities to identify and address any impediments to resolvability. The second US resolution plan was submitted in October 2013 and the Group anticipates annual submissions hereafter.

The EU has agreed the text of the RRD and expects to finalise the legislation in 2014. The RRD establishes a framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms. The aim of this regime is to provide authorities with the tools to intervene sufficiently early and quickly in a failing institution so as to ensure the continuity of the institution or firm's critical financial and economic functions while minimising the impact of its failure on the financial system. The regime is also intended to ensure that shareholders bear losses first and that certain creditors bear losses after shareholders, provided that no creditor should incur greater losses than it would have incurred if the institution had been wound up under normal insolvency proceedings. The RRD provides resolution authorities with powers to require credit institutions to make significant changes in order to enhance recovery or resolvability. These include, amongst others, the powers to require the Group to: make changes to its legal or operational structures (including demanding that the Group be restructured into units which are more readily resolvable); limit or cease specific existing or proposed activities; hold a specified minimum amount of liabilities subject to write down or conversion powers under the so-called 'bail-in' tool. The

proposal is to be implemented in all European Member States by 1 January 2015, with the exception of the bail-in powers which must be implemented by 1 January 2016.

In the UK, recovery and resolution planning is now considered part of continuing supervision. Removal of barriers to resolution will be considered as part of the PRA's supervisory strategy for each firm, and the PRA can require firms to make significant changes in order to enhance resolvability. The UK will also need to consider how it will transpose the RRD into UK law.

Whilst the Group believes that it is making good progress in reducing impediments to resolution, should the relevant authorities ultimately decide that the Group or any significant subsidiary is not resolvable, the impact of such structural changes (whether in connection with RRP or other structural reform initiatives) could impact capital, liquidity and leverage ratios, as well as the overall profitability of the Group, for example via duplicated infrastructure costs, lost cross-rate revenues and additional funding costs.

### ***Market infrastructure reforms***

The European Market Infrastructure Regulation (EMIR) introduces requirements to improve transparency and reduce the risks associated with the derivatives market. Certain of these requirements came into force in 2013 and others will enter into force in 2014. EMIR requires entities that enter into any form of derivative contract to: report every derivative contract entered into to a trade repository; implement new risk management standards for all bilateral over-the-counter derivative trades that are not cleared by a central counterparty; and clear, through a central counterparty, over-the-counter derivatives that are subject to a mandatory clearing obligation. CRD IV aims to complement EMIR by applying higher capital requirements for bilateral, over-the-counter derivative trades. Lower capital requirements for cleared trades are only available if the central counterparty is recognised as a 'qualifying central counterparty', which has been authorised or recognised under EMIR (in accordance with related binding technical standards). Further significant market infrastructure reforms will be introduced by amendments to the EU Markets in Financial Instruments Directive that are being finalised by the EU legislative institutions and are expected to be implemented in 2016.

In the US, the Dodd-Frank Act also mandates that many types of derivatives now traded in the over-the-counter markets must be traded on an exchange or swap execution facility and must be centrally cleared through a regulated clearing house. In addition, participants in these markets are now made subject to US Commodity Futures Trading Commission (CFTC) and US Securities and Exchange Commission regulation and oversight. Entities required to register with the CFTC as 'swap dealers' or 'major swap participants' and/or with the SEC as 'security-based swap dealers' or 'major security-based swap dealers' are or will be subject to business conduct, capital, margin, record keeping and reporting requirements. The Bank has registered with the CFTC as a swap dealer.

It is possible that other additional regulations, and the related expenses and requirements, will increase the cost of and restrict participation in the derivative markets, thereby increasing the costs of engaging in hedging or other transactions and reducing liquidity and the use of the derivative markets.

The new regulation of the derivative markets could adversely affect the Group's business in these markets and could make it more difficult and expensive to conduct hedging and trading activities, which could in turn reduce the demand for swap dealer and similar services of the Group. In addition, as a result of these increased costs, the new regulation of the derivative markets may also result in the Group deciding to reduce its activity in these markets.

*(vii) Losses due to additional tax charges*

The Group is subject to the tax laws in all countries in which it operates, including tax laws adopted at the EU level, and is impacted by a number of double taxation agreements between countries.

There is risk that the Group could suffer losses due to additional tax charges, other financial costs or reputational damage due to: failure to comply with, or correctly assess the application of, relevant tax law; failure to deal with tax authorities in a timely, transparent and effective manner (including in relation to historic transactions which might have been perceived as aggressive in tax terms); incorrect calculation of tax estimates for reported and forecast tax numbers; or provision of incorrect tax advice. Such charges, or conducting any challenge to a relevant tax authority, could lead to adverse publicity, reputational damage and potentially to costs materially exceeding current provisions, in each case to an extent which could have an adverse effect on the Group's operations, financial conditions and prospects.

In addition, any changes to the tax regimes applicable to the Group could have a material adverse effect on it. For example, depending on the terms of the final form of legislation as implemented, the introduction of the proposed EU Financial Transaction Tax could adversely affect certain of the Group's businesses and have a material adverse effect on the Group's operations, financial conditions and prospects.

*(viii) Implementation of the Transform programme and other strategic plans*

The 'Transform programme' represents the current strategy of the Group, both for improved financial performance and cultural change, and the Group expects to incur significant restructuring charges and costs associated with implementing this strategic plan. The successful development and implementation of such strategic plans requires difficult, subjective and complex judgements, including forecasts of economic conditions in various parts of the world, and is subject to significant execution risks. For example, the Group's ability to implement successfully the Transform programme and other such strategic plans may be adversely impacted by a significant global macroeconomic downturn, legacy issues, limitations in the Group's management or operational capacity or significant and unexpected regulatory change in countries in which the Group operates. Moreover, progress on the various components of Transform (including reduction in costs relative to net operating income) is unlikely to be uniform or linear, and certain targets may be achieved slower than others, if at all.

Failure to implement successfully the Transform programme could have a material adverse effect on the Group's ability to achieve the stated targets, estimates (including with respect to future capital and leverage ratios and dividends payout ratios) and other expected

benefits of the Transform programme and there is also a risk that the costs associated with implementing the strategy may be higher than the financial benefits expected to be achieved through the programme. In addition, the goals of embedding a culture and set of values across the Group and achieving lasting and meaningful change to the Group's culture may not succeed, which could negatively impact the Group's operations, financial condition and prospects.

## **6.7 Conduct risk**

***Detriment may be caused to the Group's customers, clients, counterparties or the Group and its employees because of inappropriate judgement in the execution of the Group's business activities***

Ineffective management of conduct risk may lead to poor outcomes for the Group's customers, clients and counterparties or damage to market integrity. It may also lead to detriment to the Group and its employees. Such outcomes are inconsistent with the Group's purpose and values and may negatively impact the Group's results of operations, financial condition and prospects. They may lead to negative publicity, loss of revenue, litigation, higher scrutiny and/or intervention from regulators, regulatory or legislative action, loss of existing or potential client business, reduced workforce morale, and difficulties in recruiting and retaining talent. This could reduce – directly or indirectly – the attractiveness of the Group to stakeholders, including customers.

There are a number of areas where the Group has sustained financial and reputational damage due to conduct related matters, and where the consequences are likely to endure. These include matters relating to London interbank offered rates (LIBOR), interest rate hedging products and Payment Protection Insurance (PPI). Provisions totalling £650m were raised in respect of interest rate hedging products in 2013, bringing the cumulative provisions as at 31 December 2013 to £1.5bn. Provisions of £1.35bn were raised against PPI in 2013, bringing cumulative provisions to £3.95bn. To the extent that future experience is not in line with management's current estimates, additional provisions may be required and further reputational damage may be incurred.

In addition the Group has identified certain issues with the information contained in historic statements and arrears notices relating to certain consumer loan accounts and has therefore implemented a plan to return interest incorrectly charged to customers. The Group is also undertaking a review of all its businesses where similar issues could arise, including Business Banking, Barclaycard, Wealth and Investment Management and Corporate Bank, to assess any similar or related issues. There is currently no certainty as to the outcome of this review. The findings of such review could have an adverse impact on the Group's operations, financial results and prospects.

Furthermore, the Group is from time to time subject to regulatory investigations which carry the risk of a finding that the Group has been involved in some form of wrongdoing. It is not possible to foresee the outcome or impact of such findings other than fines or other forms of regulatory censure would be possible. There is a risk that there may be other conduct issues, including in business already written, of which the Group is not presently aware.

### ***Anti-money laundering, anti-bribery, sanctions and other compliance risks***

A major focus of government policy relating to financial institutions in recent years (including, in particular, the UK and the US) has been combating money laundering, bribery and terrorist financing and enforcing compliance with economic sanctions. In particular, regulations applicable to the US operations of the Group impose obligations to maintain appropriate policies, procedures and internal controls to detect, prevent and report money laundering and terrorist financing. In addition, such regulations in the US require the Group to ensure compliance with US economic sanctions against designated foreign countries, organisations, entities and nationals among others.

The risk of non-compliance for large global banking groups, such as the Group, is high given the nature, scale and complexity of the organisation and the challenges inherent in implementing robust controls. The Group also operates in some newer markets, such as Africa, Asia and the Middle East, where the risks of non-compliance are higher than in more established markets. Failure by the Group to maintain and implement adequate programs to combat money laundering, bribery and terrorist financing or to ensure economic sanction compliance could have serious legal and reputational consequences for the organisation, including exposure to fines, criminal and civil penalties and other damages, as well as adverse impacts on the Group's ability to do business in certain jurisdictions.

### **6.8 Reputation risk**

***Damage may occur to the Group's brand arising from any association, action or inaction which is perceived by stakeholders to be inappropriate or unethical***

Failure to appropriately manage reputation risk may reduce – directly or indirectly – the attractiveness of the Group to stakeholders, including customers and clients, and may lead to negative publicity, loss of revenue, litigation, higher scrutiny and/or intervention from regulators, regulatory or legislative action, loss of existing or potential client business, reduced workforce morale, and difficulties in recruiting and retaining talent. Sustained damage arising from conduct and reputation risks could have a materially negative impact on the Group's ability to operate fully and the value of the Group's franchise, which in turn could negatively affect the Group's results of operations, financial condition and prospects.

### **6.9 Risks relating to regulatory actions in the event of a bank failure, including the UK Bail-In Power**

***European resolution regime and loss absorption at the point of non-viability***

The draft Recovery and Resolution Directive will need to be formally adopted by the EU Council and the European Parliament and is expected to enter into force in 2015. The stated aim of the RRD is to provide supervisory authorities, including the relevant UK resolution authority, with common tools and powers to address banking crises pre-emptively in order to safeguard financial stability and minimise taxpayers' exposure to losses.

The powers proposed to be granted to supervisory authorities under the draft RRD include (but are not limited to) the introduction of a statutory 'write-down and conversion power'

and a ‘bail-in’ power, which would give the relevant UK resolution authority the power to cancel all or a portion of the principal amount of, or interest on, certain unsecured liabilities (which could include the Securities) of a failing financial institution and/or to convert certain debt claims (which could include the Securities) into another security, including ordinary shares of the surviving Group entity, if any. It is currently contemplated that the majority of measures set out in the draft RRD will be implemented with effect from 1 January 2015, with the bail-in power for eligible liabilities (which could include any Securities) expected to be introduced by 1 January 2016. However, the draft RRD is not in final form, and changes could be made to it in the course of the final legislative process and anticipated implementation dates could change. Moreover, as discussed under ‘Bail-in option in the UK Banking Act’ below, the amendments to the Banking Act 2009 of the UK as amended (UK Banking Act), are likely to accelerate the implementation timeframe of some or all of these resolution powers in the UK.

In addition to a ‘write-down and conversion power’ and a ‘bail-in’ power, the powers currently proposed to be granted to the relevant UK resolution authority under the draft RRD include the power to (i) direct the sale of the relevant financial institution or the whole or part of its business on commercial terms without requiring the consent of the shareholders or complying with the procedural requirements that would otherwise apply, (ii) transfer all or part of the business of the relevant financial institution to a ‘bridge bank’ (a publicly controlled entity) and (iii) transfer the impaired or problem assets of the relevant financial institution to an asset management vehicle to allow them to be managed over time. In addition, the draft RRD proposes, among the broader powers proposed to be granted to the relevant resolution authority, to provide powers to the relevant resolution authority to amend the maturity date and/or any interest payment date of debt instruments or other eligible liabilities of the relevant financial institution and/or impose a temporary suspension of payments.

The draft RRD contains proposed safeguards for shareholders and creditors in respect of the application of the ‘write down and conversion’ and ‘bail-in’ powers which aim to ensure that they do not incur greater losses than they would have incurred had the relevant financial institution been wound up under normal insolvency proceedings.

There remains uncertainty regarding the ultimate nature and scope of these powers and, when implemented, how they would affect the Issuer, the Group and the Securities. Accordingly, it is not yet possible to assess the full impact of the draft RRD on the Issuer, the Group and on holders of Securities, and there can be no assurance that, once it is implemented, the manner in which it is implemented or the taking of any actions by the relevant UK resolution authority currently contemplated in the draft RRD would not adversely affect the rights of holders of Securities, the price or value of an investment in Securities and/or the Issuer’s ability to satisfy its obligations under the Securities.

The exercise of any such power or any suggestion of such exercise could, therefore, materially adversely affect the value of any Securities subject to the RRD and could lead to the holders of the Securities losing some or all of their investment in the Securities.

### *UK resolution regime*

In the UK, the UK Banking Act provides for a regime (resolution regime) to allow the Bank of England (or, in certain circumstances, UK HM Treasury (UK Treasury)) to resolve failing banks in the UK, in consultation with the PRA, the FCA and UK Treasury, as appropriate. Under the UK Banking Act, these authorities are given powers, including (a) the power to make share transfer orders pursuant to which all or some of the securities issued by a UK bank may be transferred to a commercial purchaser or the UK government; and (b) the power to transfer all or some of the property, rights and liabilities of a UK bank to a commercial purchaser or Bank of England entity. A share transfer order can extend to a wide range of securities, including shares and bonds issued by a UK bank (including the Issuer) or its holding company (Barclays PLC) and warrants for such shares and bonds. Certain of these powers have been extended to companies within the same group as a UK bank.

The UK Banking Act also gives the authorities powers to override events of default or termination rights that might be invoked as a result of the exercise of the resolution powers. The UK Banking Act powers apply regardless of any contractual restrictions and compensation may be payable in the context of both share transfer orders and property appropriation.

The UK Banking Act also gives the Bank of England the power to override, vary or impose contractual obligations between a UK bank, its holding company and its group undertakings for reasonable consideration, in order to enable any transferee or successor bank to operate effectively. There is also power for the UK Treasury to amend the law (excluding provisions made by or under the UK Banking Act) for the purpose of enabling it to use the regime powers effectively, potentially with retrospective effect.

If these powers were to be exercised in respect of the Issuer (or any member of the Group), there could be a material adverse effect on the rights of holders of Securities, including through a material adverse effect on the price of the Securities.

### *Bail-in option in the UK Banking Act*

In December 2013, the UK Financial Services (Banking Reform) Act 2013 (UK Banking Reform Act) became law in the UK. Among the changes introduced by the UK Banking Reform Act, the UK Banking Act is amended to insert a bail-in option as part of the powers of the UK resolution authority. The bail-in option will come into force when stipulated by the UK Treasury.

The bail-in option is introduced as an additional power available to the UK resolution authority, to enable it to recapitalise a failed institution by allocating losses to its shareholders and unsecured creditors in a manner that ought to respect the hierarchy of claims in an insolvency of a relevant financial institution, consistent with shareholders and creditors of financial institutions not receiving less favourable treatment than they would have done in insolvency. The bail-in option includes the power to cancel a liability or modify the terms of contracts for the purposes of reducing or deferring the liabilities of the bank under resolution and the power to convert a liability from one form to another. The conditions for use of the bail-in option are, in summary, that (i) the regulator determines



that the bank is failing or likely to fail, (ii) it is not reasonably likely that any other action can be taken to avoid the bank's failure and (iii) the UK resolution authority determines that it is in the public interest to exercise the bail-in power.

The UK Government has expressed that it was confident that such bail-in option could be introduced without the risk of having to adapt to a radically different regime when the RRD is implemented, given the legislative progress of the RRD. However, the RRD is still in draft form and changes could be made to the expected powers, which may require amendments to the bail-in option included in the UK Banking Act.

In addition, the UK Banking Act may be amended and/or other legislation may be introduced in the UK to amend the resolution regime that would apply in the event of a bank failure or to provide regulators with other resolution powers.

*The circumstances under which the relevant UK resolution authority would exercise its proposed UK bail-in power are currently uncertain.*

Despite there being proposed pre-conditions for the exercise of the UK bail-in power, there remains uncertainty regarding the specific factors which the relevant UK resolution authority would consider in deciding whether to exercise the UK bail-in power with respect to the relevant financial institution and/or securities, such as the Securities, issued by that institution.

Moreover, as the final criteria that the relevant UK resolution authority would consider in exercising any UK bail-in power are expected to provide it with considerable discretion, holders of the Securities may not be able to refer to publicly available criteria in order to anticipate a potential exercise of any such UK bail-in power and consequently its potential effect on the Issuer, the Group and the Securities.

*The rights of holders of the Securities to challenge the exercise of any UK bail-in power by the relevant UK resolution authority are likely to be limited.*

There is some uncertainty as to the extent of any due process rights or procedures that will be provided to holders of securities (including the Securities) subject to the UK bail-in power and to the broader resolution powers of the relevant UK resolution authority when the final RRD rules are implemented in the UK. Holders of the Securities may have only limited rights to challenge and/or seek a suspension of any decision of the relevant UK resolution authority to exercise its UK bail-in power or to have that decision reviewed by a judicial or administrative process or otherwise.

#### **6.10 *The Issuer is affected by risks affecting the Group***

The Issuer is also affected by risks affecting the Group as there is substantial overlap in the businesses of the Issuer and its subsidiaries. Further, the Issuer can be negatively affected by risks and other events affecting its subsidiaries even where the Issuer is not directly affected. For example, where reputation of one of its subsidiaries is damaged, the Issuer's reputation would likely also be damaged which could negatively affect the Issuer.

13. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, the section "**INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE**" shall be replaced as follows (circumstances giving rise to the Supplement no. I):

#### **INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE**

The following information has been deposited with the Financial Conduct Authority (FCA) and shall be deemed to be incorporated in, and to form part of, this Base Prospectus pursuant § 11 para. 1 sent. 2 of the WpPG:

- the joint Annual Report of Barclays PLC and Barclays Bank PLC ("**Issuer**"), as filed with the US Securities and Exchange Commission (SEC) on Form 20 F in respect of the years ended 31 December 2012 and 31 December 2013 ("**Joint Annual Report**"), with the exception of the information incorporated by reference in the Joint Annual Report referred to in the Exhibit Index of the Joint Annual Report, which shall not be deemed to be incorporated in this Base Prospectus;
- the Annual Reports of the Issuer containing the audited consolidated financial statements of the Issuer in respect of the years ended 31 December 2012 ("**2012 Issuer Annual Report**") and 31 December 2013 ("**2013 Issuer Annual Report**"), respectively;
- the announcement by Barclays PLC of its leverage plan as filed with the SEC on Form 6-K on Film Number 13995561 on 30 July 2013;

The table below sets out the relevant page references for the information contained within the Joint Annual Report:

Corporate Governance Report	29
Directors' report	54
Board of Directors	59
People	62
Remuneration Report	65
Risk Review	107
Financial Review	211
Financial Statements	243
Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays PLC	245
Consolidated Financial Statements Barclays PLC	246
Notes to the Financial Statements	253
Risk Management	346
Shareholder Information	391
Additional Information	405
Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays Bank PLC	444
Barclays Bank PLC Data	445

To the extent that information is incorporated into this Prospectus by making reference only to certain parts of a document, the non-incorporated parts are not relevant for investors in the Securities. The above documents may be inspected during normal business hours at the registered office of the Issuer, at <http://group.barclays.com/about-barclays/investor-relations/results-announcements> and at the specified office of the Paying Agent as described in the section entitled "*Documents Available*" of "*General Information*".

The Issuer has applied International Financial Reporting Standards ("IFRS") as issued by the International Accounting Standards Board and as adopted by the European Union (the "EU") in the financial statements incorporated by reference above. A summary of the significant accounting policies for the Issuer is included in the 2012 Issuer Annual Report and the 2013 Issuer Annual Report.

14. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "**GENERAL INFORMATION**", the subsections headed "**Significant Change Statement**" and "**Material Adverse Change Statement**" shall be replaced as follows (circumstance giving rise to the Supplement no. I.):

**Significant Change Statement**

There has been no significant change in the financial position of the Group since 31 December 2013.

**Material Adverse Change Statement**

There has been no material adverse change in the prospects of the Issuer since 31 December 2013, the date of its last published audited financial statements.

15. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "**GENERAL INFORMATION**", the subsection headed "**Legal Proceedings**" shall be replaced as follows (circumstance giving rise to the Supplement no. VIII.):

Save as disclosed under 'The Bank and the Group — Legal, Competition and Regulatory Matters' (other than under the heading 'General'), no member of the Group is or has been involved in any governmental, legal or arbitration proceedings (including any such proceedings which are pending or threatened of which the Bank is aware), which may have or have had during the 12 months preceding the date of this Base Prospectus, a significant effect on the financial position or profitability of the Bank and/or the Group.

16. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**", in the subsection "**THE ISSUER AND THE GROUP**", the following paragraph shall replace the table containing financial information extracted from the interim results announcement of the Issuer for the six months ended 30 June 2013 (circumstance giving rise to the Supplement no. I):

The following financial information is extracted from the unaudited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2013 and 31 December 2012 respectively:

	2013	2012
	£m	£m
Total Assets	1,312,840	1,488,761
Total Net Loans and advances	468,664	464,777
Total Deposits	482,770	462,512
Total Shareholders' equity	63,220	59,923
Non-controlling interests	2,211	2,856
Profit before tax from continuing operations of the Group	2,855	650
After credit impairment charges	3,071	3,340

17. In the non-binding English language translation of Base Prospectuses, in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER", in the subsection "THE ISSUER AND THE GROUP", the table containing financial information extracted from unaudited interim results announcement of the Issuer for the half year ended 30 June 2013 (including the introductory paragraph) shall be deleted (circumstance giving rise to the Supplement no. I).
18. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER", in the subsection "THE ISSUER AND THE GROUP", in the subsection "Acquisitions, Disposals and Recent Developments" the subsection headed "PRA Capital Adequacy Review and the Issuer's Leverage Plan" shall be replaced as follows (circumstance giving rise to the Supplement no. VI.):

#### *Strategic combination of Barclays Africa with Absa Group Limited*

On 6 December 2012, the Bank entered into an agreement to combine the majority of its Africa operations ("African Business") with Absa Group Limited ("Absa"). Under the terms of the combination, Absa acquired Barclays Africa Limited, the holding company of the African Business, for a consideration of 129,540,636 Absa ordinary shares (representing a value of approximately £1.3bn for Barclays Africa Limited). The combination completed on 31 July 2013 and, on completion, the Bank's stake in Absa increased from 55.5% to 62.3%. Absa was subsequently renamed Barclays Africa Group Limited but continues to trade under its old commercial name Absa.

#### *PRA Capital Adequacy Review*

In 2013 the UK Financial Policy Committee asked the PRA to take steps to ensure that, by the end of 2013, major UK banks and building societies, including the Group, held capital resources equivalent to 7% of their risk weighted assets. As part of its review, the PRA also introduced a 3% leverage ratio target, which the PRA requested the Group plan to achieve by 30 June 2014. The PRA's calculations for both capital and leverage ratios were based on CRD IV definitions, applied on a fully loaded basis with further prudential adjustments.

In order to achieve these targets within the PRA's expected timeframes the Group formulated and agreed with the PRA a plan comprised of capital management and leverage exposure actions which was announced on 30 July 2013. The Group executed on this plan in 2013 by completing an underwritten rights issue to raise approximately £5.8bn (net of expenses) in common equity tier 1 capital; issuing £2.1bn (equivalent) CRD IV qualifying contingent convertible Additional Tier 1 securities with a 7% fully loaded CET1 ratio trigger; and reducing PRA leverage exposure to £1,363bn. These actions resulted in the Group reporting a fully loaded CRD IV CET1 ratio of 9.3% and an estimated PRA leverage ratio of just under 3% as at 31 December 2013.

19. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER", in the subsection "THE ISSUER AND THE GROUP", the subsection "Competition and Regulatory Matters" shall be replaced as follows (circumstance giving rise to the Supplement no.VIII.):

#### **Legal, Competition and Regulatory Matters**

The Group faces legal, competition and regulatory challenges, many of which are beyond the Group's control. The extent of the impact on the Group of the legal, competition and regulatory

matters in which the Group is or may in the future become involved, cannot always be predicted but may materially impact the Group's results of operations, financial condition and prospects.

## **Lehman Brothers**

### *Background Information*

In September 2009, motions were filed in the United States Bankruptcy Court for the Southern District of New York (Bankruptcy Court) by Lehman Brothers Holdings Inc. (LBHI), the SIPA Trustee for Lehman Brothers Inc. (Trustee) and the Official Committee of Unsecured Creditors of Lehman Brothers Holdings Inc. (Committee). All three motions challenged certain aspects of the transaction pursuant to which Barclays Capital Inc. (BCI) and other companies in the Group acquired most of the assets of Lehman Brothers Inc. (LBI) in September 2008, as well as the court order approving the sale (Sale). The claimants sought an order voiding the transfer of certain assets to BCI, requiring BCI to return to the LBI estate any excess value BCI allegedly received, and declaring that BCI is not entitled to certain assets that it claims pursuant to the Sale documents and order approving the Sale (Rule 60 Claims). In January 2010, BCI filed its response to the motions and also filed a motion seeking delivery of certain assets that LBHI and LBI had failed to deliver as required by the Sale documents and the court order approving the Sale (together with the Trustee's competing claims to those assets, Contract Claims).

### *Status*

In February 2011, the Bankruptcy Court issued an Opinion rejecting the Rule 60 Claims and deciding some of the Contract Claims in the Trustee's favour and some in favour of the Group. In July 2011, the Bankruptcy Court entered final Orders implementing its Opinion. The Group and the Trustee each appealed the Bankruptcy Court's adverse rulings on the Contract Claims to the US District Court for the Southern District of New York (SDNY). LBHI and the Committee did not appeal the Bankruptcy Court's ruling on the Rule 60 Claims. After briefing and argument, the SDNY issued an Opinion in June 2012, reversing one of the Bankruptcy Court's rulings on the Contract Claims that had been adverse to the Group and affirming the Bankruptcy Court's other rulings on the Contract Claims. In July 2012, the SDNY issued an amended Opinion, correcting certain errors but not otherwise modifying the rulings, along with an agreed judgement implementing the rulings in the Opinion (Judgement). Under the Judgement, the Group is entitled to receive: (i) \$1.1bn (£0.7bn) from the Trustee in respect of 'clearance box' assets (Clearance Box Assets); and (ii) property held at various institutions in respect of the exchange traded derivatives accounts transferred to BCI in the Sale (ETD Margin). The Trustee has appealed the SDNY's adverse rulings to the US Court of Appeals for the Second Circuit (Second Circuit). The current Judgement is stayed pending resolution of the Trustee's appeal.

Approximately \$4.3bn (£2.6bn) of the assets to which the Group is entitled as part of the acquisition had not been received by 31 December 2013, approximately \$2.7bn (£1.6bn) of which have been recognised as a receivable on the balance sheet as at that date. The unrecognised amount, approximately \$1.6bn (£1.0bn) as of 31 December 2013 effectively represents a provision against the uncertainty inherent in the litigation and potential post-appeal proceedings and issues relating to the recovery of certain assets held by an institution outside the US. To the extent the Group ultimately receives in the future assets with a value in excess of the approximately \$2.7bn (£1.6bn) recognised on the balance sheet as of 31 December 2013, it would result in a gain in

income equal to such excess. It appears that the Trustee may dispute the Group's entitlement to certain of the ETD Margin even in the event the Group prevails in the pending Second Circuit appeal proceedings. Moreover, there is uncertainty regarding recoverability of a portion of the ETD Margin not yet delivered to the Group that is held by an institution outside the US. Thus, the Group cannot reliably estimate how much of the ETD Margin the Group is ultimately likely to receive. Nonetheless, if the SDNY's rulings are unaffected by future proceedings, but conservatively assuming the Group does not receive any ETD Margin that the Group believes may be subject to a post-appeal challenge by the Trustee or to uncertainty regarding recoverability, the Group will receive assets in excess of the \$2.7bn (£1.6bn) recognised as a receivable on the Group's balance sheet as at 31 December 2013. In a worst case scenario in which the Second Circuit reverses the SDNY's rulings and determines that the Group is not entitled to any of the Clearance Box Assets or ETD Margin, the Group estimates that, after taking into account its effective provision, its total losses would be approximately \$6bn (£3.6bn). Approximately \$3.3bn (£2bn) of that loss would relate to Clearance Box Assets and ETD Margin previously received by the Group and pre-judgement and post-judgement interest on such Clearance Box Assets and ETD Margin that would have to be returned or paid to the Trustee. In this context, the Group is satisfied with the valuation of the asset recognised on its balance sheet and the resulting level of effective provision.

#### *Other*

In May 2013 Citibank N.A. (Citi) filed an action against the Bank in the SDNY alleging breach of an indemnity contract. In November 2008, the Bank provided an indemnity to Citi in respect of losses incurred by Citi between 17 and 19 September 2008 in performing foreign exchange settlement services for LBI as LBI's designated settlement member with CLS Bank International. Citi did not make a demand for payment under this indemnity until 1 February 2013 when it submitted a demand that included amounts which the Group concluded it was not obligated to pay. Citi proceeded to file the action in May 2013, in which it claimed that the Group was responsible for a 'principal loss' of \$90.7m, but also claimed that the Bank was obligated to pay Citi for certain alleged 'funding losses' from September 2008 to December 2012. In a June 2013 filing with the Court, Citi claimed that, in addition to the \$90.7m principal loss claim, it was also claiming funding losses in an amount of at least \$93.5m, consisting of alleged interest losses of over \$55m and alleged capital charges of \$38.5m. Both parties filed motions for partial summary judgement, and in November 2013 the SDNY ruled that: (i) Citi may only claim statutory pre-judgment interest from 1 February 2013, the date upon which it made its indemnification demand on the Bank; (ii) to the extent that Citi can prove it incurred actual funding losses in the form of interest and capital charges between September 2008 and December 2012, it is entitled to recover these losses under the indemnity provided by the Bank; and (iii) the Bank is entitled under the contract to demonstrate, as a defence to the funding loss claim, that Citi had no funding losses between September 2008 and December 2012 due to the fact that it held LBI deposits during that period in an amount greater than the principal amount Citi claims it lost in performing CLS services for LBI between 17 and 19 September 2008. Citi and the Bank have reached an agreement in principle to settle this action (subject to negotiation and execution of definitive documentation).

## **American Depositary Shares**

### *Background Information*

Barclays PLC, the Bank and various current and former members of Barclays PLC's Board of Directors have been named as defendants in five proposed securities class actions consolidated in the SDNY. The consolidated amended complaint, filed in February 2010, asserted claims under Sections 11, 12(a)(2) and 15 of the Securities Act of 1933, alleging that registration statements relating to American Depositary Shares representing preferred stock, series 2, 3, 4 and 5 (Preferred Stock ADS) offered by the Bank at various times between 2006 and 2008 contained misstatements and omissions concerning (amongst other things) the Bank's portfolio of mortgage-related (including US subprime-related) securities, the Bank's exposure to mortgage and credit market risk, and the Bank's financial condition.

### *Status*

In January 2011, the SDNY granted the defendants' motion to dismiss the complaint in its entirety, closing the case. In February 2011, the plaintiffs filed a motion asking the SDNY to reconsider in part its dismissal order, and, in May 2011, the SDNY denied in full the plaintiffs' motion for reconsideration. The plaintiffs appealed both the dismissal and the denial of the motion for reconsideration to the Second Circuit.

In August 2013, the Second Circuit upheld the dismissal of the plaintiffs' claims related to the series 2, 3 and 4 offerings, finding that they were time barred. However, the Second Circuit ruled that the plaintiffs should have been permitted to file a second amended complaint in relation to the series 5 offering claims, and remanded the action to the SDNY for further proceedings consistent with the Second Circuit's decision. In September 2013, the plaintiffs filed a second amended complaint, which purports to assert claims concerning the series 5 offering as well as dismissed claims concerning the series 2, 3 and 4 offerings, and the defendants have moved to dismiss.

The Bank considers that these Preferred Stock ADS-related claims against it are without merit and is defending them vigorously.

## **Mortgage-Related Activity and Litigation**

The Group's activities within the US residential mortgage sector during the period of 2005 through 2008 included sponsoring and underwriting approximately \$39bn of private-label securitisations; economic underwriting exposure of approximately \$34bn for other private-label securitisations; sales of approximately \$0.2bn of loans to government sponsored enterprises (GSEs); and sales of approximately \$3bn of loans to others. In addition, during this time period, approximately \$19.4bn of loans (net of approximately \$500m of loans sold during this period and subsequently repurchased) were also originated and sold to third parties by mortgage originator affiliates of an entity that the Group acquired in 2007 (Acquired Subsidiary).

In connection with the Group's loan sales and sponsored private-label securitisations, the Group provided certain loan level representations and warranties (R&Ws) generally relating to the underlying mortgages, the property, mortgage documentation and/or compliance with law. The Group was the sole provider of R&Ws with respect to approximately \$5bn of Group sponsored securitisations, approximately \$0.2bn of sales of loans to GSEs, and approximately \$3bn of loans sold to others. In addition, the Acquired Subsidiary was the sole provider of R&Ws on all of the

loans it sold to third parties. Other than approximately \$1bn of loans sold to others for which R&Ws expired prior to 2012, there are no stated expiration provisions applicable to the R&Ws made by the Group or the Acquired Subsidiary. The Group's R&Ws with respect to the \$3bn of loans sold to others are related to loans that were generally sold at significant discounts and contained more limited R&Ws than loans sold to GSEs, the loans sold by the Acquired Subsidiary or those provided by the Group on approximately \$5bn of the Group's sponsored securitisations discussed above. R&Ws on the remaining approximately \$34bn of the Group's sponsored securitisations were primarily provided by third party originators directly to the securitisation trusts with a Group subsidiary, as depositor to the securitisation trusts, providing more limited R&Ws. Under certain circumstances, the Group and/or the Acquired Subsidiary may be required to repurchase the related loans or make other payments related to such loans if the R&Ws are breached. The unresolved repurchase requests received on or before 31 December 2013 associated with all R&Ws made by the Group or the Acquired Subsidiary on loans sold to GSEs and others and private-label activities had an original unpaid principal balance of approximately \$1.7bn at the time of such sale.

#### *Repurchase Claims*

Substantially all of the unresolved repurchase requests discussed above relate to civil actions that have been commenced by the trustees for certain residential mortgage-backed securities (RMBS) securitisations, in which the trustees allege that the Group and/or the Acquired Subsidiary must repurchase loans that violated the operative R&Ws. The trustees in these actions have alleged that the operative R&Ws may have been violated with respect to a greater (but unspecified) amount of loans than the amount of loans previously stated in specific repurchase requests made by such trustees.

#### *Residential Mortgage-Backed Securities Claims*

The US Federal Housing Finance Agency (FHFA), acting for two US government-sponsored enterprises, Fannie Mae and Freddie Mac, filed lawsuits against 17 financial institutions in connection with Fannie Mae's and Freddie Mac's purchases of RMBS. The lawsuits allege, amongst other things, that the RMBS offering materials contained materially false and misleading statements and/or omissions. The Bank and/or certain of its affiliates or former employees are named in two of these lawsuits, relating to sales between 2005 and 2007 of RMBS in which a Group subsidiary was lead or co-lead underwriter.

Both complaints demand, amongst other things: rescission and recovery of the consideration paid for the RMBS; and recovery for Fannie Mae's and Freddie Mac's alleged monetary losses arising out of their ownership of the RMBS. The complaints are similar to a number of other civil actions filed against the Bank and/or certain of its affiliates by a number of other plaintiffs relating to purchases of RMBS. The Group considers that the claims against it are without merit and intends to defend them vigorously.

The original face amount of RMBS related to the claims against the Group in the FHFA actions and the other civil actions referred to above against the Group totalled approximately \$9bn, of which approximately \$2.6bn was outstanding as at 31 December 2013. Cumulative losses reported on these RMBS as at 31 December 2013 were approximately \$0.5bn. If the Group were to lose these actions the Group believes it could incur a loss of up to the outstanding amount of the RMBS at the time of judgement (taking into account further principal payments after 31 December 2013), plus



any cumulative losses on the RMBS at such time and any interest, fees and costs, less the market value of the RMBS at such time and less any reserves taken to date. The Group has estimated the total market value of these RMBS as at 31 December 2013 to be approximately \$1.6bn. The Group may be entitled to indemnification for a portion of such losses.

#### *Regulatory Inquiries*

The Group has received inquiries, including subpoenas, from various regulatory and governmental authorities regarding its mortgage-related activities, and is cooperating with such inquiries.

#### **Devonshire Trust**

##### *Background Information*

In January 2009, the Bank commenced an action in the Ontario Superior Court seeking an order that its early terminations of two credit default swaps under an ISDA Master Agreement with the Devonshire Trust (Devonshire), an asset-backed commercial paper conduit trust, were valid. On the same day that the Bank terminated the swaps, Devonshire purported to terminate the swaps on the ground that the Bank had failed to provide liquidity support to Devonshire's commercial paper when required to do so.

##### *Status*

In September 2011, the Ontario Superior Court ruled that the Bank's early terminations were invalid, Devonshire's early terminations were valid and, consequently, Devonshire was entitled to receive back from the Bank cash collateral of approximately C\$533m together with accrued interest. The Bank appealed the Ontario Superior Court's decision to the Court of Appeal for Ontario. In July 2013, the Court of Appeal delivered its decision dismissing the Bank's appeal. In September 2013, the Bank sought leave to appeal the decision to the Supreme Court of Canada. In January 2014, the Supreme Court of Canada denied the Bank's application for leave to appeal the decision of the Court of Appeal. The Bank is considering its continuing options with respect to this matter. If the Court of Appeal's decision is unaffected by any future proceedings, the Bank estimates that its loss would be approximately C\$500m, less any impairment provisions recognised to date. These provisions take full account of the Court of Appeal's decision.

#### **LIBOR and other Benchmarks Civil Actions**

Following the settlements of the investigations referred to below in '*Investigations into LIBOR, ISDAfix, other benchmarks and foreign exchange rates*', a number of individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against the Group in relation to LIBOR and/or other benchmarks. The majority of the USD LIBOR cases, which have been filed in various US jurisdictions, have been consolidated for pre-trial purposes in the US District Court for the Southern District of New York (MDL Court). The complaints are substantially similar and allege, amongst other things, that the Bank and the other banks individually and collectively violated provisions of the US Sherman Act, the US Commodity Exchange Act (CEA), the US Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO) and various state laws by manipulating USD LIBOR rates. The lawsuits seek unspecified damages with the exception of three lawsuits, in which the plaintiffs are seeking a combined total of approximately \$910m in actual damages against all defendants, including the Bank, plus punitive damages. Some of the lawsuits seek trebling of

damages under the US Sherman Act and RICO. Certain of the civil actions are proposed class actions that purport to be brought on behalf of (amongst others) plaintiffs that (i) engaged in USD LIBOR-linked over-the-counter transactions (OTC Class); (ii) purchased USD LIBOR-linked financial instruments on an exchange (Exchange-Based Class); (iii) purchased USD LIBOR-linked debt securities (Debt Securities Class); (iv) purchased adjustable-rate mortgages linked to USD LIBOR; or (v) issued loans linked to USD LIBOR.

In March 2013, the MDL Court issued a decision dismissing the majority of claims against the Bank and the other banks in three lead proposed class actions (Lead Class Actions) and three lead individual actions (Lead Individual Actions). Following the decision, plaintiffs in the Lead Class Actions sought permission to either file an amended complaint or appeal an aspect of the March 2013 decision. In August 2013, the MDL Court denied the majority of the motions presented in the Lead Class Actions. As a result, the Debt Securities Class has been dismissed entirely; the claims of the Exchange-Based Class have been limited to claims under the CEA; and the claims of the OTC Class have been limited to claims for unjust enrichment and breach of the implied covenant of good faith and fair dealing. Subsequent to the MDL Court's March 2013 decision, the plaintiffs in the Lead Individual Actions filed a new action in California state court (since moved to the MDL Court) based on the same allegations as those initially alleged in the proposed class action cases discussed above. Various plaintiffs may attempt to bring appeals of some or all of the MDL Court's decisions in the future.

Additionally, a number of other actions before the MDL Court remain stayed, pending further proceedings in the Lead Class Actions.

Until there are further decisions, the ultimate impact of the MDL Court's decisions will be unclear, although it is possible that the decisions will be interpreted by courts to affect other litigation, including the actions described below, some of which concern different benchmark interest rates.

The Bank and other banks also have been named as defendants in other individual and proposed class actions filed in other US District Courts in which plaintiffs allege, similar to the plaintiffs in the USD LIBOR cases referenced above, that in various periods defendants either individually or collectively manipulated the USD LIBOR, Yen LIBOR, Euroyen TIBOR and/or EURIBOR rates. Plaintiffs generally allege that they transacted in loans, derivatives and/or other financial instruments whose values are affected by changes in USD LIBOR, Yen LIBOR, Euroyen TIBOR and/or EURIBOR, and assert claims under federal and state law. In October 2012, the US District Court for the Central District of California dismissed a proposed class action on behalf of holders of adjustable rate mortgages linked to USD LIBOR. Plaintiffs have appealed, and briefing of the appeal is complete.

Barclays PLC has been granted conditional leniency from the Antitrust Division of the US Department of Justice (DOJ-AD) in connection with potential US antitrust law violations with respect to financial instruments that reference EURIBOR. As a result of that grant of conditional leniency, Barclays PLC is eligible for (i) a limit on liability to actual rather than treble damages if damages were to be awarded in any civil antitrust action under US antitrust law based on conduct covered by the conditional leniency and (ii) relief from potential joint-and-several liability in connection with such civil antitrust action, subject to Barclays PLC satisfying the DOJ-AD and the court presiding over the civil litigation of its satisfaction of its cooperation obligations.

Barclays PLC, the Bank and BCI have also been named as defendants along with four former officers and directors of the Bank in a proposed securities class action pending in the SDNY in connection with the Bank's role as a contributor panel bank to LIBOR. The complaint asserts claims under Sections 10(b) and 20(a) of the US Securities Exchange Act 1934, principally alleging that the Bank's Annual Reports for the years 2006 to 2011 contained misstatements and omissions concerning (amongst other things) the Bank's compliance with its operational risk management processes and certain laws and regulations. The complaint also alleges that the Bank's daily USD LIBOR submissions constituted false statements in violation of US securities law. The complaint was brought on behalf of a proposed class consisting of all persons or entities that purchased Barclays PLC-sponsored American Depositary Receipts on a US securities exchange between 10 July 2007 and 27 June 2012. In May 2013, the court granted the Bank's motion to dismiss the complaint in its entirety. Plaintiffs have appealed, and briefing of the appeal is complete.

In addition to US actions, legal proceedings have been brought or threatened against the Group in connection with alleged manipulation of LIBOR and EURIBOR, in a number of jurisdictions. The first of which in England and Wales, brought by Graiseley Properties Limited, is set down for trial in the High Court of Justice in April 2014. The number of such proceedings, the benchmarks to which they relate, and the jurisdictions in which they may be brought are anticipated to increase over time.

#### **Civil Actions in Respect of Foreign Exchange Trading**

Since November 2013, a number of civil actions have been filed in the SDNY on behalf of proposed classes of plaintiffs alleging manipulation of foreign exchange markets under the US Sherman Antitrust Act and New York state law and naming several international banks as defendants, including the Bank.

Please see below 'Investigations into LIBOR, ISDAfix, other benchmarks and foreign exchange rates' for a discussion of competition and regulatory matters connected to '*LIBOR and other Benchmark Civil Actions*'.

#### **Investigations into LIBOR, ISDAfix, other Benchmarks and Foreign Exchange Rates**

The Financial Conduct Authority (FCA), the CFTC, the SEC, the US Department of Justice (DOJ) Fraud Section (DOJ-FS) and Antitrust Division (DOJ-AD), the European Commission (Commission), the UK Serious Fraud Office (SFO), the Monetary Authority of Singapore, the Japan Financial Services Agency, the prosecutors' office in Trani, Italy and various US state attorneys general are amongst various authorities conducting investigations (Investigations) into submissions made by the Bank and other financial institutions to the bodies that set or compile various financial benchmarks, such as LIBOR and EURIBOR.

On 27 June 2012, the Bank announced that it had reached settlements with the Financial Services Authority (FSA) (as predecessor to the FCA), the CFTC and the DOJ-FS in relation to their Investigations and the Bank agreed to pay total penalties of £290m, which were reflected in operating expenses for 2012. The settlements were made by entry into a Settlement Agreement with the FSA, a Non-Prosecution Agreement (NPA) with the DOJ-FS and a Settlement Order Agreement with the CFTC (CFTC Order). In addition, the Bank was granted conditional leniency from the DOJ-AD in connection with potential US antitrust law violations with respect to financial instruments that reference EURIBOR.

The terms of the Settlement Agreement with the FSA are confidential. However, the Final Notice of the FSA, which imposed a financial penalty of £59.5m, is publicly available on the website of the FCA. This sets out the FSA's reasoning for the penalty, references the settlement principles and sets out the factual context and justification for the terms imposed. Summaries of the NPA and the CFTC Order are set out below. The full text of the NPA and the CFTC Order are publicly available on the websites of the DOJ and the CFTC, respectively.

In addition to a \$200m civil monetary penalty, the CFTC Order requires the Bank to cease and desist from further violations of specified provisions of the US Commodity Exchange Act and take specified steps to ensure the integrity and reliability of its benchmark interest rate submissions, including LIBOR and EURIBOR, and improve related internal controls. Amongst other things, the CFTC Order requires the Bank to:

- make its submissions based on certain specified factors, with the Bank's transactions being given the greatest weight, subject to certain specified adjustments and considerations;
- implement firewalls to prevent improper communications including between traders and submitters;
- prepare and retain certain documents concerning submissions and retain relevant communications;
- implement auditing, monitoring and training measures concerning its submissions and related processes;
- make regular reports to the CFTC concerning compliance with the terms of the CFTC Order;
- use best efforts to encourage the development of rigorous standards for benchmark interest rates; and
- continue to cooperate with the CFTC's ongoing investigation of benchmark interest rates.

As part of the NPA, the Bank agreed to pay a \$160m penalty. In addition, the DOJ agreed not to prosecute the Bank for any crimes (except for criminal tax violations, as to which the DOJ cannot and does not make any agreement) related to the Bank's submissions of benchmark interest rates, including LIBOR and EURIBOR, contingent upon the Bank's satisfaction of specified obligations under the NPA. In particular, under the NPA, the Bank agreed for a period of two years from 26 June 2012, amongst other things, to:

- commit no US crime whatsoever;
- truthfully and completely disclose non-privileged information with respect to the activities of the Bank, its officers and employees, and others concerning all matters about which the DOJ inquires of it, which information can be used for any purpose, except as otherwise limited in the NPA;
- bring to the DOJ's attention all potentially criminal conduct by the Bank or any of its employees that relates to fraud or violations of the laws governing securities and commodities markets; and
- bring to the DOJ's attention all criminal or regulatory investigations, administrative proceedings or civil actions brought by any governmental authority in the US by or against the Bank or its employees that alleges fraud or violations of the laws governing securities and commodities markets.

A breach of any of the NPA provisions could lead to prosecutions in relation to the Group's benchmark interest rate submissions and could have significant consequences for the Group's current and future business operations in the US.

The Bank also agreed to cooperate with the DOJ and other government authorities in the US in connection with any investigation or prosecution arising out of the conduct described in the NPA, which commitment shall remain in force until all such investigations and prosecutions are concluded. The Bank also continues to cooperate with the other ongoing investigations.

Following the settlements announced in June 2012, 31 US state attorneys general commenced their own investigations into LIBOR, EURIBOR and the Tokyo Interbank Offered Rate. The New York Attorney General, on behalf of this coalition of attorneys general, issued a subpoena in July 2012 to the Bank (and subpoenas to a number of other banks) to produce wide-ranging information and has since issued additional information requests to the Bank for both documents and transactional data. The Bank is responding to these requests on a rolling basis. In addition, following the settlements, the SFO announced in July 2012 that it had decided to investigate the LIBOR matter, in respect of which the Bank has received and continues to respond to requests for information.

The Commission has also been conducting investigations into the manipulation of, among other things, EURIBOR. On 4 December 2013, the Commission announced that it has reached a settlement with the Group and a number of other banks in relation to anti-competitive conduct concerning EURIBOR. The Group had voluntarily reported the EURIBOR conduct to the Commission and cooperated fully with the Commission's investigation. In recognition of this cooperation, the Group was granted full immunity from the financial penalties that would otherwise have applied.

The CFTC and the FCA are also conducting separate investigations into historical practices with respect to ISDAfix, amongst other benchmarks. The Bank has received and continues to respond to subpoenas and requests for information.

Various regulatory and enforcement authorities, including the FCA in the UK, the CFTC, the DOJ, the SEC and the New York State Department of Financial Services in the US, and the Hong Kong Monetary Authority are investigating foreign exchange trading, including possible attempts to manipulate certain benchmark currency exchange rates or engage in other activities that would benefit their trading positions. Certain of these investigations involve multiple market participants in various countries. The Bank has received enquiries from certain of these authorities related to their particular investigations, and from other regulators interested in foreign exchange issues. The Group is reviewing its foreign exchange trading covering a several year period through October 2013 and is cooperating with the relevant authorities in their investigations.

For a discussion of litigation arising in connection with these investigations see '*LIBOR and other Benchmarks Civil Actions*' and '*Civil Actions in Respect of Foreign Exchange Trading*' above.

## **FERC**

### *Background Information*

The US Federal Energy Regulatory Commission (FERC) Office of Enforcement investigated the Group's power trading in the western US with respect to the period from late 2006 through 2008. In October 2012, FERC issued an Order to Show Cause and Notice of Proposed Penalties (Order and Notice) against the Bank and four of its former traders in relation to this matter. In the Order

and Notice, FERC asserted that the Bank and its former traders violated FERC's Anti-Manipulation Rule by manipulating the electricity markets in and around California from November 2006 to December 2008, and proposed civil penalties and profit disgorgement to be paid by the Bank. In July 2013, FERC issued an Order Assessing Civil Penalties in which it assessed a \$435m civil penalty against the Bank and ordered the Bank to disgorge an additional \$34.9m of profits plus interest (both of which are consistent with the amounts proposed in the Order and Notice).

#### *Status*

In October 2013, FERC filed a civil action against the Bank and its former traders in the US District Court in California seeking to collect the penalty and disgorgement amount. FERC's complaint in the civil action reiterates the allegations previously made by FERC in its October 2012 Order and Notice and its July 2013 Order Assessing Civil Penalties. The Bank is vigorously defending this action. The Bank and its former traders have filed a motion to dismiss the action for improper venue or, in the alternative, to transfer it to the SDNY, and a motion to dismiss the complaint for failure to state a claim. In September 2013, the Bank was contacted by the criminal division of the US Attorney's Office in the Southern District of New York and advised that such office is looking at the same conduct at issue in the FERC matter.

#### **BDC Finance L.L.C.**

#### *Background Information*

In October 2008, BDC Finance L.L.C. (BDC) filed a complaint in the Supreme Court of the State of New York (NY Supreme Court) alleging that the Bank breached an ISDA Master Agreement and a Total Return Loan Swap Master Confirmation (Agreement) governing a total return swap transaction when it failed to transfer approximately \$40m of alleged excess collateral in response to BDC's October 2008 demand (Demand). BDC asserts that under the Agreement the Bank was not entitled to dispute the Demand before transferring the alleged excess collateral and that even if the Bank was entitled to do so, it failed to dispute the Demand. BDC demands damages totalling \$297m plus attorneys' fees, expenses, and prejudgement interest.

#### *Status*

In August 2012, the NY Supreme Court granted partial summary judgement for the Bank, ruling that the Bank was entitled to dispute the Demand, before transferring the alleged excess collateral, but determining that a trial was required to determine whether the Bank actually did so. The parties cross-appealed to the Appellate Division of the NY Supreme Court (Appellate Division). In October 2013, the Appellate Division reversed the NY Supreme Court's grant of partial summary judgement to the Bank, and instead granted BDC's motion for partial summary judgement, holding that the Bank breached the Agreement. The Appellate Division did not rule on the amount of BDC's damages, which has not yet been determined by the NY Supreme Court. On 25 November 2013, the Bank filed a motion with the Appellate Division for reargument or, in the alternative, for leave to appeal to the New York Court of Appeals. In January 2014, the Appellate Division issued an order denying the motion for reargument and granting the motion for leave to appeal to the New York Court of Appeals. In September 2011, BDC's investment advisor, BDCM Fund Adviser, L.L.C. and its parent company, Black Diamond Capital Holdings, L.L.C. also sued the Bank and BCI in Connecticut state court for unspecified damages allegedly resulting from the Bank's conduct relating to the

Agreement, asserting claims for violation of the Connecticut Unfair Trade Practices Act and tortious interference with business and prospective business relations. The parties have agreed to a stay of that case.

### **Interchange Investigations**

The Office of Fair Trading, as well as other competition authorities elsewhere in Europe, continues to investigate Visa and MasterCard credit and debit interchange rates. The Group receives interchange fees, as a card issuer, from providers of card acquiring services to merchants. The key risks arising from the investigations comprise the potential for fines imposed by competition authorities, litigation and proposals for new legislation. The Group may be required to pay fines or damages and could be affected by legislation amending interchange rules.

### **Interest Rate Hedging Products**

In 2012, the Financial Services Authority announced that a number of UK banks, including the Group, would conduct a review and redress exercise in respect of interest rate hedging products sold on or after 1 December 2001 to retail clients or private customers categorised as being 'non-sophisticated'. The Group sold interest rate hedging products to approximately 4,000 retail clients or private customers within the relevant timeframe, of which approximately 2,900 have been categorised as non-sophisticated.

As at 31 December 2013 the Group recognised a provision of \$1,169m against the cost of redress for non-sophisticated customers and related costs, after cumulative utilisation of £331m to that date, primarily relating to administrative costs and £87m of redress costs incurred. An initial redress outcome had been communicated to nearly 30% of customers categorised as non-sophisticated that are being covered by the review.

While the Group expects that the provision as at 31 December 2013 will be sufficient to cover the full cost of completing the redress, the appropriate provision level will be kept under review and it is possible that the eventual costs could materially differ to the extent experience is not in line with current estimates.

### **Payment Protection Insurance Redress**

Following the conclusion of the 2011 Judicial Review regarding the assessment and redress of PPI, the Group has raised provisions totalling £3.95bn against the cost of PPI redress and complaint handling costs. As at 31 December 2013 £2.98bn of the provision had been utilised, leaving a residual provision of £0.97bn.

The current provision is calculated using a number of key assumptions which continue to involve significant management judgement. The resulting provision represents the Group's best estimate of all future expected costs of PPI redress. However, it is possible the eventual outcome may differ from the current estimate and if this were to be material and adverse a further provision will be made, otherwise it is expected that any residual costs will be handled as part of normal operations. The provision also includes an estimate of the Group's claims handling costs and those costs associated with claims that are subsequently referred to the Financial Ombudsman Service (FOS).

The Group will continue to monitor actual claims volumes and the assumptions underlying the calculation of its PPI provision. It is possible that the eventual costs may materially differ to the extent that actual experience is not in line with management estimates.

### **Credit Default Swap (CDS) Antitrust Investigations**

Both the Commission and the DOJ-AD have commenced investigations in the CDS market (in 2011 and 2009, respectively). In July 2013 the Commission addressed a Statement of Objections to the Bank and 12 other banks, Markit and ISDA. The case relates to concerns that certain banks took collective action to delay and prevent the emergence of exchange traded credit derivative products. If the Commission does reach a decision in this matter it has indicated that it intends to impose sanctions. The Commission's sanctions can include fines. The DOJ-AD's investigation is a civil investigation and relates to similar issues. Proposed class actions alleging similar issues have also been filed in the US. The timing of these cases is uncertain.

### **Swiss/US Tax Programme**

In August 2013, the DOJ and the Swiss Federal Department of Finance announced the Programme for Non-Prosecution Agreements or Non-Targeted letters for Swiss Banks (Programme). This agreement is the consequence of a long-running dispute between the US and Switzerland regarding tax obligations of US Related Accounts held in Swiss banks.

Barclays Bank (Suisse) SA and Barclays Bank PLC Geneva Branch are participating in the Programme, which requires a structured review of US accounts. This review is ongoing and the outcome of the review will determine whether any agreement will be entered into or sanction applied to Barclays Bank (Suisse) SA and Barclays Bank PLC Geneva Branch. The deadline for completion of the review is 30 April 2014.

### **Investigations into Certain Agreements**

The FCA has investigated certain agreements, including two advisory services agreements entered into by the Bank with Qatar Holding LLC (Qatar Holding) in June and October 2008 respectively, and whether these may have related to the Group's capital raisings in June and November 2008.

The FCA issued warning notices (Warning Notices) against Barclays PLC and the Bank in September 2013. The existence of the advisory services agreement entered into in June 2008 was disclosed but the entry into the advisory services agreement in October 2008 and the fees payable under both agreements, which amount to a total of £322m payable over a period of five years, were not disclosed in the announcements or public documents relating to the capital raisings in June and November 2008. While the Warning Notices consider that Barclays PLC and the Bank believed at the time that there should be at least some unspecified and undetermined value to be derived from the agreements, they state that the primary purpose of the agreements was not to obtain advisory services but to make additional payments, which would not be disclosed, for the Qatari participation in the capital raisings. The Warning Notices conclude that Barclays PLC and the Bank were in breach of certain disclosure-related listing rules and Barclays PLC was also in breach of Listing Principle 3 (the requirement to act with integrity towards holders and potential holders of the company's shares). In this regard, the FCA considers that Barclays PLC and the Bank acted recklessly. The financial penalty in the Warning Notices against the group is £50m. Barclays PLC and the Bank continue to contest the findings.



The FCA proceedings are now subject to a stay pending progress in an investigation by the SFO into the same agreements. The SFO's investigation is at an earlier stage and the Group has received and has continued to respond to requests for further information.

The DOJ and the SEC are undertaking an investigation into whether the Group's relationships with third parties who assist the Group to win or retain business are compliant with the United States Foreign Corrupt Practices Act. They are also investigating the agreements referred to above including the two advisory services agreements. The US Federal Reserve has requested to be kept informed.

### General

The Group is engaged in various other legal, competition and regulatory matters both in the UK and a number of overseas jurisdictions which arise in the ordinary course of business from time to time. At the present time, the Group does not expect the ultimate resolution of any of these other matters to have a material adverse effect on its financial position.

The outcomes of legal, competition and regulatory matters, including those disclosed above, are difficult to predict. The Group has not disclosed an estimate of the potential financial effect on the Group of contingent liabilities arising from or associated with these matters where it is not practicable to do so or, in cases where it is practicable, where disclosure could prejudice conduct of the matters. Provisions have been recognised for those matters where the Group is able reliably to estimate the probable losses where the probable loss is not *de minimis*.

20. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER", in the subsection "THE ISSUER AND THE GROUP", the subsection "Legal Proceedings" shall be deleted (circumstance giving rise to the Supplement no. VIII.):
21. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER", in the subsection "THE ISSUER AND THE GROUP", the subsection headed "Directors" shall be replaced as follows (circumstances giving rise to the Supplement no. VII.):

### Directors

The Directors of the Bank, each of whose business address is 1 Churchill Place, London E14 5HP, United Kingdom, their functions in relation to the Group and their principal outside activities (if any) of significance to the Group are as follows:

<u>Name</u>	<u>Function(s) within the Group</u>	<u>Principal outside activities</u>
Sir David Walker	Chairman	Consultative Group on International Economic and Monetary Affairs, Inc. (Group of Thirty)  Cicely Saunders International
Antony Jenkins	Group Chief Executive	Director, The Institute of International Finance; Member, International Advisory Panel of

<i>Name</i>	<i>Function(s) within the Group</i>	<i>Principal outside activities</i>
		the Monetary Authority of Singapore
Tushar Morzaria	Group Finance Director	
Tim Breedon CBE	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Ministry of Justice Departmental Board
Fulvio Conti	Non-Executive Director	Chief Executive Officer, Enel SpA; Director, AON PLC; Independent Director, RCS MediaGroup S.p.A; Director, Endesa SA
Simon Fraser	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Fidelity Japanese Values Plc and Fidelity European Values Plc; Chairman, Foreign & Colonial Investment Trust PLC; Chairman, The Merchants Trust PLC; Non-Executive Director, Ashmore Group PLC
Reuben Jeffery III	Non-Executive Director	Senior Adviser, Center for Strategic & International Studies; Chief Executive Officer, Rockefeller & Co., Inc.
Dambisa Moyo	Non-Executive Director	Non-Executive Director, SABMiller plc; Non-Executive Director, Barrick Gold Corporation
Sir Michael Rake	Deputy Chairman and Senior Independent Director	Chairman, BT Group PLC; Director, McGraw-Hill Financial Inc.; President, Confederation of British Industry; Member, Prime Minister's Business Advisory Group
Sir John Sunderland	Non-Executive Director	Chairman, Merlin Entertainments Group; Non-Executive Director, AFC Energy plc
Diane de Saint Victor	Non-Executive Director	General Counsel, Company Secretary and a member of the Group Executive Committee of ABB Limited; Advisory Board Member, world economic Forum: Davos Open Forum (2013-2015)
Frits van Paasschen	Non-Executive Director	CEO and President of Starwood Hotels and Resorts Worldwide

<i>Name</i>	<i>Function(s) within the Group</i>	<i>Principal outside activities</i>
		Inc.; CEO, Coors Brewing Co.
Mike Ashley	Non-Executive Director	Member, HM Treasury Audit Committee
Wendy Lucas-Bull	Non-Executive Director; Chairman of Barclays Africa Group Limited	
Stephen Thieke	Non-Executive Director	

No potential conflicts of interest exist between any duties to the Bank of the Directors listed above and their private interests or other duties.

22. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER", in the subsection "THE ISSUER AND THE GROUP", the subsection headed "Employees" shall be replaced as follows (circumstances giving rise to the Supplement no. II.):

As at 31 December 2013, the total number of persons employed by the Group (full time equivalents) was 140,000 (31 December 2012: 139,200).

23. For an English translation of instruction No. 23 of the German language version of the Supplement please refer to No. 23 in the German language version of the Supplement (circumstances giving rise to the Supplement no. IV.).
24. For an English translation of instruction No. 24 of the German language version of the Supplement please refer to No. 24 in the German language version of the Supplement (circumstances giving rise to the Supplement no. III.).
25. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "TAXATION", in the subsection "8 United States Taxation", the last paragraph of the subsection headed "U.S. Federal Tax Treatment of Non-U.S. Holders" shall be replaced as follows (circumstances giving rise to the Supplement no. V.):

In addition, the Treasury Department has recently revised proposed regulations under Section 871(m) of the Code which would, if finalised in current form, possibly require the Issuer to treat all or a portion of any payment in respect of Securities that reference U.S. equities as a "dividend equivalent" payment that is subject to withholding tax at a rate of 30 per cent. (or a lower rate under an applicable treaty).

26. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "TAXATION", in the subsection "8 United States Taxation", the subsection headed "Foreign Account Tax Compliance Withholding" shall be replaced as follows (circumstances giving rise to the Supplement no. IV.):

#### **Foreign Account Tax Compliance Withholding**

A 30 per cent. FATCA withholding tax will be imposed on certain payments to certain non-U.S. financial institutions that fail to comply with certification requirements in respect of their direct and indirect United States shareholders and/or United States accountholders. United States accountholders subject to such information reporting or certification requirements may include

holders of the Securities. To avoid becoming subject to the 30 per cent. withholding tax on such payments, the Issuer and other non-U.S. financial institutions may be required to report information to the IRS regarding the holders of Securities and, in the case of holders who (i) fail to provide the relevant information, (ii) are non-U.S. financial institutions who have not agreed to comply with these information reporting requirements, or (iii) hold Securities directly or indirectly through such non-compliant non-U.S. financial institutions, withhold on a portion of payments under the Securities. Under final regulations issued by the Treasury Department, such withholding will not apply to payments made before July 1, 2014 with respect to U.S. source payments (e.g., "dividend equivalent" payments) and before January 1, 2017 with respect to non-U.S. source payments.